

Preußische Allgemeine



Nr. 35 · 30. August 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Es reicht!

Der Anschlag von Solingen und die Folgen
Seiten 1 und 24



Eröffnet Der Turm der
Potsdamer Garnisonkirche
Seiten 5 und 8



Weltkrieg Der Baubeginn
für das Tannenbergdenkmal
vor 100 Jahren Seite 11

FOTOS: PICTURE ALLIANCE, IMAGO LIFE, ULLSTEIN

VON HOLGER FUSS

TERROR

Das Ende der grün-linken Wirklichkeitsverdrehungen

Die Messermorde von Solingen belegen einmal mehr die Folgen unbegrenzter Zuwanderung – und der ideologisch bedingten Ignoranz bestimmter Kreise

Die schauerliche Bluttat von Solingen hat die Menschen im Lande nicht nur zutiefst verunsichert – sie hat ihnen auch einen verstörenden Blick in die Zukunft gewährt. Ausgerechnet zum 650. Geburtstag der Klingentadt, den der sozialdemokratische Oberbürgermeister drei Tage lang zeitgeistaffin mit einem „Festival der Vielfalt“ feiern wollte, zückte ein 26-jähriger Syrer ein Messer und stach wahllos auf umstehende Konzertbesucher ein. Drei Menschen starben vor Ort, acht weitere wurden schwer und leicht verletzt.

Natürlich weiß jeder, der bei Verstand ist, dass uns diese Gewaltextzesse auch künftig begleiten werden. Messerattacken sind zu einer alltäglichen Schreckenswirklichkeit geworden. Vor wenigen Tagen präsentierte der Präsident der Bundespolizei seinen Jahresbericht 2023 und hob hervor, „Nichtdeutsche“ würden „in der Relation zur Gesamtbevölkerung einen sechsmal häufigeren Gebrauch des Messers bei Gewaltdelikten als von Deutschen“ aufweisen. Auch Sexualdelikte würden in diesem Verhältnis siebenmal häufiger von Nichtdeutschen begangen als von Deutschen.

Kurzum: Die Politik der ungesteuerten Masseneinwanderung, begonnen unter Angela Merkel, fortgeführt unter Olaf Scholz, hat das Land gewalttätiger und unsicherer gemacht – von der Spaltung der Gesellschaft ganz zu schweigen. Viele Menschen empfinden eine Beklommenheit in öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln. Das Risiko, bei alltäglichen Erledigungen wie aus dem Nichts von einem Angreifer attackiert zu werden, hinterlässt seine Spuren im Gemüt.

Das allzulange geltende Tabu, über das schwindende Gefühl von Sicherheit nicht sprechen zu dürfen, ohne sich Vorhalte von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzuhandeln, ist zwar Kraft des Faktischen ins Bröseln geraten – die hohe Kunst, den Elefanten im Raum nicht zu

benennen, wird indes weiterhin gepflegt, wie es die Reaktionen von Politikern und Medien nach den Solinger Morden vor Augen führten. Der Elefant im Raum ist die schlichte Tatsache, dass eine unkontrollierte und unbegrenzte Einwanderung von Menschen aus fremden Kulturen einem Land nicht gut tut. Es überfordert die Leistungsfähigkeit des Aufnahmelandes und die Belastbarkeit seiner Einwohner.

Das Ende des „Gaslighting“

Jahrelang wurden Übergriffe durch Migranten in öffentlichen Debatten zu bedauerlichen Einzelfällen heruntergespielt. Inzwischen sind die Einzelfälle seriell geworden und die Statistiken lassen sich nicht mehr aufhübschen. Das „Gaslighting“, wie das Bestreiten des Offensichtlichen in Anlehnung an den Ingrid-Bergman-Film „Das Haus der Lady Alquist“ genannt wird, ist gleichsam an seine Brandmauer gelangt, ein wachsender Teil der Bürger hat die Wirklichkeitsverdrehungen seitens linker Interessenten satt.

Die Messermorde von Solingen enthüllen auf bestürzende Weise, wie hilflos Politiker wie Sicherheitsbehörden sowohl dem islamistischen Terror als auch der Masseneinwanderung gegenüberstehen. Am Tag nach der Tat verkündete Wuppertals Polizeipräsident Markus Röhr: „Insofern muss jeder auch mit sich das ausmachen, ob er beispielsweise zu Festivitäten geht, ob er zu Fußballspielen geht, ob er

im öffentlichen Personennahverkehr unterwegs ist. Aber die Konsequenz, wenn man zu all dem Nein sagen würde, wäre ja die, dass man sich zuhause einschließen müsste.“ Trostloser ist die Kapitulation eines Staates wohl kaum beschreibbar.

Und doch zeigte Vizekanzler Robert Habeck tags darauf, wie ihm das routinierte Ignorieren von Realitäten von der Hand geht. Ja, sagte er, „wir müssen damit rechnen, dass die Gefährdungslage im Land hoch ist.“ Deshalb müssten Sicherheitsbehörden so ausgestattet werden, dass sie „das Maximum“ leisten können. Und nein, so Habeck, „das Mittelalter ist vorbei. Wir müssen uns nicht mehr selber bewaffnen, wir müssen in den Innenstädten, in den Ballungszentren nicht mit Hieb- und Stichwaffen rumlaufen.“

Stellen wir uns vor, wir hätten es mit der Mafia zu tun, nur so zum Spaß. Mafiosi reden nie gerade heraus, sondern immer verschlüsselt. Da sagt der Pate: „Luigi, ich liebe dich!“ Dann weiß Luigi, dass er gleich sterben wird. So ähnlich könnte dieses Gedankenexperiment uns die Verlautbarungen der Spitzenpolitiker übersetzen. Offiziell fordert Habeck schärfere Waffengesetze, aber unterschwellig gibt er den Bürgern zu verstehen: Bewaffnet euch, wir können euch nicht mehr schützen!

Die Kollateralschäden unkontrollierter Zuwanderung gehören für die Linken zum Lebensrisiko, das hinzunehmen ist. Natürlich finden auch Linke es schade,

dass Menschen erstochen und vergewaltigt werden – aber deswegen gleich die eigenen politischen Überzeugungen durch die Wirklichkeit korrigieren lassen? Kommt gar nicht in Frage!

Entsprechend können wir auch die Aussage von Saskia Esken am Sonntagabend bei „Caren Miosga“ deuten. Dort sagte die SPD-Chefin: „Gerade aus diesem Anschlag lässt sich, glaube ich, nicht allzu viel lernen, weil der Täter ja offenkundig nicht polizeibekannt war und insofern nicht unter Beobachtung stand.“ Was ihr hernach viel Hohn einbrachte, sollte wohl eigentlich bedeuten: Aus Solingen sollen wir nichts lernen, denn dies könnte den Niedergang der SPD verlangsamen.

Damit ist Esken ganz im Einklang mit ihrem Generalsekretär, der am Montag den Forderungen von CDU-Chef Friedrich Merz eine Absage erteilte. Merz, wie von der grausamen Metzelei in Solingen aus einer Erstarrung aufgeschreckt, hatte in einem Papier Ideen für eine Migrationswende notiert, die seit Merkels Versagen von 2015 überfällig sind. Demnach würden Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan überhaupt nicht mehr aufgenommen.

Wenig überraschend, dass SPD-General Kevin Kühnert mit üblichen Reflexen reagierte und Merzens Vorschläge für verfassungswidrig erklärte. Als ob Politik in einer Demokratie nicht dazu da wäre, Gesetze rechtsstaatskonform so zu ändern, dass Probleme gelöst werden können.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das Baltikum ringt mit Demographie und Steuerproblemen
Seite 6

Kultur

Die Musikwelt feiert den 200. Geburtstag Anton Bruckners
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Alleinstein erlebte einen Sommer voller kultureller Attraktionen
Seite 13

Lebensstil

Wie ein Kölner Antiquar mit einem Instagramkanal seine Buchhandlung rettet
Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer
Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Affenpocken Mit Fieber und Hautpusteln fängt es an – von Mensch zu Mensch übertragbar steigt das Infektionsrisiko – Homosexuelle Männer gelten laut Studien als extrem gefährdet – Bisher 456 Todesfälle 2024

Droht eine neue Pandemie?

Die WHO schlägt wieder Alarm – Die Zahl der akuten Fälle gibt jedoch kaum Anlass zu Panik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das 1958 entdeckte Affenpockenvirus (MPXV), das ungeachtet seines Namens weniger von Primaten als von Nagetieren übertragen wird, sprang 1970 erstmals auf den Menschen über. Seitdem gab es in Zentral- und Westafrika immer wieder sporadische Ausbrüche, die zunächst vor allem auf Hygienemängel oder Tierbisse zurückgingen. Dann erfolgten ab 2014 mit dem Auftreten der mutierten Virusvarianten I und II auch Ansteckungen direkt von Mensch zu Mensch.

MPXV-Infektionen äußern sich anfangs durch Fieber, Muskelschmerzen und geschwollene Lymphknoten, woraufhin dann pustelförmige Hautveränderungen auftreten. Als Komplikationen sind unter anderem Hirnhaut- und Lungenentzündungen sowie Augenschäden möglich – diese treten jedoch eher selten auf. In den meisten Fällen heilt die Erkrankung nach zwei bis vier Wochen von selbst aus.

Außerdem ist eine Übertragung des MPXV-Erregers im Gegensatz zu Grippe- oder Coronaviren in aller Regel auch nur durch engen Hautkontakt oder den Austausch von Körperflüssigkeiten möglich, wie er beispielsweise bei sexuellen Handlungen stattfindet, wobei der ungeschützte Analverkehr die größten Risiken birgt. Das erklärt den hohen Anteil von homosexuellen oder bisexuellen Männern an der Gruppe der Infizierten: Einer US-Studie zufolge waren über 98 Prozent der bisher registrierten MPXV-Erkrankten außerhalb der afrikanischen Herkunftsgebiete des Virus männlich, wobei wiederum 95,5 Prozent der betroffenen erwachsenen Männer angaben, gleichgeschlechtlichen Sex zu praktizieren.

Über die MPXV-Fallzahlen und -Todesfälle kursieren recht unterschiedliche und teilweise auch widersprüchliche Aussagen. Nach Angaben der Africa Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC) wurden zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 28. Juli 2024 insgesamt 37.583 Fälle in 15 afrikanischen Staaten gemeldet, wobei 1451 der Betroffenen gestorben sein sollen. Hiervon wiederum fielen 14.250 MPXV-Fälle beziehungsweise 456 Todesfälle ins laufende Jahr 2024. Das ergäbe eine Fallsterblichkeit von drei bis vier Prozent. Gleichzeitig teilten die

Africa CDC jedoch mit, dass nur knapp 4000 der angeblichen Infektionen von 2024 in den afrikanischen Staaten klinisch bestätigt wurden. Das ist insofern bedeutsam, als das pockenähnliche Hautläsionen auch bei Gürtelrose oder Antibiotika-Nebenwirkungen auftreten können. Und von den nachweislich an Affenpocken Erkrankten starben dann lediglich 23. Diese Quote liegt deutlich unter einem Prozent, wie man es gleichermaßen von den üblichen saisonalen Atemwegserkrankungen kennt. Darüber hinaus waren die Toten etwa zur Hälfte immungeschwächte Personen mit einer AIDS-Erkrankung. Auffallend oft sind Jugendliche aus dem Kongo im Alter unter 15 Jahren von der Krankheit mit schwerem Verlauf betroffen.

Trotzdem rief die Weltgesundheitsorganisation WHO bereits am 14. August eine gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite (Public Health Emergency of International Concern; PHEIC) aus. Hierbei handelt es sich um die höchste Alarmstufe der WHO angesichts „ernster,

ungewöhnlicher oder unerwarteter“ Gesundheitsrisiken, welche die UN-Sonderorganisation dazu ermächtigt, zahlreiche Empfehlungen im Hinblick auf Reisebeschränkungen, Quarantänemaßnahmen und Impfungen zu geben.

Parallelen zu Corona-Pandemie

Der Ausrufung der Corona-Pandemie im März 2020 war ebenfalls eine PHEIC vorausgegangen. Allerdings ist die aktuelle MPXV-Notlage kein Novum. Anlässlich des Affenpocken-Ausbruchs von 2022/23 mit 99.518 bestätigten Erkrankungen in 113 Ländern, welche außerhalb der endemischen Regionen Afrikas fast nur bei homosexuellen oder bisexuell orientierten Männern auftraten, hatte die WHO am 23. Juli 2022 ebenso eine PHEIC ausgerufen und diese erst am 11. Mai 2023 wieder aufgehoben, obwohl es insgesamt nur 207 Todesfälle gab.

Die neuerliche Anwendung ihres Instrumentes PHEIC erklärt die WHO so: Nachdem 2022/23 die weniger anstecken-

de, kaum tödliche westafrikanische MPXV-Variante II das Geschehen dominiert habe, sei nun die viel gefährlichere Sublinie Ib der zentralafrikanische Variante I, deren Hauptursprungsgebiet in der Provinz Süd-Kivu in der Demokratischen Republik Kongo liege, auf dem Vormarsch.

Diese Begründung ist aber nicht stichhaltig. Nach den bislang aus den betroffenen afrikanischen Ländern bekannt gewordenen Zahlen liegt die Fallsterblichkeit bei einer Infektion mit MPXV-Ib nicht höher als bei den bestätigten Erkrankungen aufgrund einer Ansteckung mit der Variante II. So zählte man rund um die Bergbaustadt Kamituga in Süd-Kivu 241 Verdachts- und 108 bestätigte MPXV-Ib-Fälle. Gestorben ist jedoch keine einzige der erkrankten Personen.

Dennoch führte die WHO-Entscheidung vom 14. August schon wieder zu diversen Panikreaktionen in den Medien und bei einigen Regierungen rund um die Welt. Gleichzeitig werden jetzt immer öfter Massensimpfungen gefordert.



Affenpocken machen sich neben Fieber und Muskelschmerzen insbesondere durch pockenähnliche Pusteln am ganzen Körper bemerkbar: von der Krankheit gezeichnete Hände
Foto: mauritius images/Marina Demidiuk/Alamy

GENFORSCHUNG

Illegale DNA-Experimente machen Virus künstlich gefährlich

Stecken wieder chinesische Forscher aus dem Labor in Wuhan hinter der erheblich ansteckenderen Variante eines Virus?

Das Affenpockenvirus MPXV ist ein Erreger, der nur sehr träge mutiert, weshalb das Auftauchen von neuen und besser an den Menschen angepassten Varianten eher als großer Zufall gilt. Eine Erklärung dafür, warum es dennoch dazu kam, könnte der Artikel „Effiziente Montage eines großen Fragments des Affenpockenvirus-Genoms als qPCR-Vorlage mithilfe von Dual-Selection-basierter Rekombination“ liefern, der im Juni 2022 in der Fachzeitschrift „Virologica Sinica“ erschien. Darin beschreiben neun chinesische Forscher um Lei Yang vom Wuhan Institute of Virology ihre Experimente mit MPXV.

Zweck derselben war es, ein Verfahren namens Transformation-Associated Re-

combination (TAR) zu verbessern. Dieses wird verwendet, um aus winzigen DNA-Schnipseln längere DNA-Ketten zu bilden oder ganze DNA-Stränge zu klonen. In der Vergangenheit kam es dabei immer wieder zu „illegitimen Rekombinationsprodukten“, sprich zur Entstehung von ungewollten DNA-Sequenzen, deren Eigenschaften unvorhersehbar sind. Yang und seine Kollegen versuchten nun, die Fehlermöglichkeiten bei der TAR zu reduzieren und testeten ihre neue Form des „DNA-Zusammenbaus“, indem sie einen künstlichen DNA-Abschnitt des MPXV-Erregers mit 55.000 Basenpaaren schufen. Das entspricht zwar nur einem Viertel des kompletten DNA-Stranges des Af-

fenpockenvirus, zeugt aber umso mehr von bemerkenswerter Verantwortungslosigkeit. Denn letztendlich ist es mit der verbesserten TAR-Methode relativ einfach möglich, gezielt am MPXV-Genom herumzuexperimentieren und auf diese Weise ein wesentlich infektiöseres oder tödlicheres Virus im Labor zu kreieren.

Solches gaben die chinesischen Forscher auch ganz unverblümt zu: „Dieses ... Werkzeug zur DNA-Assemblierung könnte potentielle Sicherheitsprobleme aufwerfen, insbesondere wenn das zusammengesetzte Produkt einen vollständigen Satz genetischen Materials enthält, das in einen ansteckenden Krankheitserreger umgewandelt werden kann.“

„Es könnte Sicherheitsprobleme geben, wenn das Produkt in einen ansteckenden Erreger umgewandelt werden kann“

Lei Yang
chinesischer Forscher vom
Wuhan Institute of Virology

Um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, verwies die Gruppe um Yang auf die Experimente der kanadischen Virologen David Evans und Ryan Noyce, welche mit Hilfe von Erbgutstücken des faktisch ausgeroteten Pferdepocken-Virus den Erreger wieder „auferstehen“ ließen und die Gebrauchsanweisung dazu dann im Jahre 2018 veröffentlichten. Allerdings hatte dies damals heftige Kritik ausgelöst.

Angesichts der Aussagen des Artikels in „Virologica Sinica“ erscheint es ebenso beunruhigend wie bezeichnend, dass die Volksrepublik China jetzt mit ähnlicher Vehemenz wie bei Corona gegen die Verbreitung der neuartigen MPXV-Variante Ib ankämpft. W.K.

VORSORGE

Ausreichend Impfstoffe sind vorhanden

Im Zusammenhang mit der Ausrufung einer Gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite (PHEIC) durch die Weltgesundheitsorganisation WHO forderte deren Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus zugleich auch die baldige Notfallzulassung von Impfstoffen gegen das Affenpockenvirus (MPXV). Bislang gibt es nur zwei zugelassene Vakzine dieser Art, nämlich Lister Clone 16 des japanischen Herstellers KM Biologics und Imvanex, das von dem dänisch-deutschen Unternehmen Bavarian Nordic produziert wird. Letzteres ist der Marktführer bei MPXV-Impfstoffen, dessen Aktienkurs nach der Verkündung der PHEIC wegen der Ausbreitung der Affenpocken binnen weniger Tage von 25 auf 32 Euro stieg. Doch damit dürfte das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sein.

Mittlerweile liegen 500.000 Dosen Imvanex zur Auslieferung bereit. Darüber hinaus wäre Bavarian Nordic in der Lage, weitere 2,4 Millionen Dosen bis Jahresende herzustellen, wenn es dafür Aufträge erhält. Diese fehlen momentan aber noch weitestgehend. Ein bislang nicht näher benannter europäischer Staat soll 440.000 Dosen bestellt haben. Außerdem will die seit September 2021 existierende EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) weitere 175.420 Dosen Imvanex kaufen und an afrikanische Länder spenden. Allerdings haben die von dem neuen MPXV-Ausbruch besonders betroffenen Staaten in Zentral- und Westafrika bereits signalisiert, dass sie von den reichen Industrienationen mindestens zehn Millionen kostenlose Impfdosen erwarten.

Vor diesem Hintergrund zeigt nun auch das Mainzer Biotechnologieunternehmen BioNTech, dessen Corona-Impfstoff sich inzwischen nur noch sehr schleppend verkauft, Interesse an der Herstellung eines MPXV-Vakzins auf mRNA-Basis, welche in der neuen BioNTech-Produktionsstätte in der ruandischen Hauptstadt Kigali erfolgen könnte, die am 18. Dezember 2023 eingeweiht wurde. W.K.

Avantgarde Ost

Während meinungsbildende Politiker und Journalisten aus dem Westen seit Jahren zumeist herablassend auf die östlichen Bundesländer schauen, könnten sich diese in diesem Spätsommer als Ausgangsort einer abermaligen Zeitenwende erweisen

VON WERNER J. PATZELT

Wer wird wohl für schuldig erklärt an den Wahlergebnissen vom kommenden Sonntag? Vorzüglich werden sie sein für AfD und BSW, demütigend für Union und Linke, niederschmetternd für SPD, Grüne und FDP. Vermutlich sind dann wieder schlicht „die Ossis“ schuld.

Anders als die Wessis, so die gängigen Erzählmuster, seien sie nicht an Demokratie gewöhnt und stimmten deshalb für die undemokratische AfD. Anders als Westdeutschen fehle es den Ossis auch an politischer Reife und Bildung; also gingen sie Populisten auf den Leim. Und anders als im Westen sei man im Osten provinziell und nicht weltoffen; deshalb wähle man eine ausländerfeindliche, rassistische Partei. Flächendeckend seien die „Jammerossis“ auch undankbar, obwohl man doch vom Westen her die heruntergewirtschafteten Ostländer so toll wieder aufgebaut habe – gar schöner noch, als es oft in den Altbundesländern aussieht. Dennoch bekämen die Ossis den Hals nicht voll und kehrten sich von genau jenen Parteien ab, denen doch alles Gute zu verdanken sei: der Union die Einheit, der SPD soziale Gerechtigkeit, den Grünen die Ahnung von einer fortschrittlichen Zukunft.

Obendrein seien die meisten nicht-linksgrün wählenden Ostdeutschen dumm. Eigentlich könnten sie wissen, dass sich bei starken Wahlergebnissen der AfD kaum mehr ein Ausländer in den Osten traute, weshalb die Beschäftigungslücken bei Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten, Pflegeern und Handwerkern offenbleiben. Politisch blind murkse man so die gerade wieder hochgekommene Wirtschaft ab. Doch so sei man nun einmal im Osten, nämlich unfähig zum verantwortungsvollen Umgang mit jener Demokratie, die wir Westdeutschen den Ossis mitsamt unserem Geld großzügig beschert haben.

Was den Osten vom Westen tatsächlich unterscheidet

Viel näher am Tatsächlichen liegt ein nun über zwanzig Jahre alter Buchtitel. Er heißt „Die Ostdeutschen als Avantgarde“. Der Verfasser, Wolfgang Engler, macht darin am Fall der Arbeitswelt allgemein Wichtiges klar. Wo nämlich bestehende Strukturen schwach sind, dort werden sie besonders rasch und tiefreichend durch von außen wirkende Schocks oder durch Veränderungen bisheriger Rahmenbedingungen umgeformt.

Die Parteistrukturen der neuen Bundesländer sind nun aber nur auf den ersten Blick denen im Westen ähnlich. Vor allem gibt es wesentlich weniger Parteimitglieder, was jede Partei viel anfälliger für „innere Kündigungen“ politisch enttäuschter Landsleute macht. Und weil ausgedünnte Parteistrukturen nur wenig als Kommunikationsnetzwerke hinein in die Bürgerschaft leisten, sind im Osten die Parteien viel weniger als im Westen des Landes meinungsstabilisierende Strukturen. Das merkt man vor allem, wenn sich in der Bevölkerung Weltbilder, Interessen und Hinnahmebereitschaften verändern. Also kann ein Empörungsfunkel, der im Westen rasch verglimmt, im Osten ganze Waldbrände entfachen.

An deren Glut wärmte sich einst die PDS. Die aber verlegte sich unter neuerlichen Wohlstandsbedingungen mehr noch als die SPD auf jene minderheitenorientierte „Identitätspolitik“, die bei den Grünen und der grüneprägten Medienmehrheit lange Zeit Hochkonjunktur hatte. Die Rolle einer grundsätzlichen Protestpartei wurde somit frei. Zwar hätte es womöglich eine solche gar nicht mehr gebraucht. Es hätte jenes Deutsch-



Selbstbewusst in den Endspurt: Vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg liegt die AfD fast überall vorn. Wird der Osten der Republik damit schon bald zum Trendsetter für das ganze Land?

Foto: imago/Karina Hessland

land, das dank Gerhard Schröders Reformen vom „kranken Mann“ Europas wieder zum Kraftwerk der Europäischen Union geworden war, den eingeschlagenen Kurs vernünftiger Politik durchaus beibehalten können – vor allem bei der Energiepolitik, der Migrationspolitik und der Sicherung von Frieden durch glaubwürdige Abschreckung. Obendrein wäre es in jüngster Zeit nicht nötig gewesen, die Fehler der niederländischen Drogenpolitik zu wiederholen oder die freie Wahl seines Geschlechts zum strafbewehrt hinzunehmen- den Regelfall zu machen.

Die Wurzeln der Proteststimmung

Mit allen diesen Politiken stießen die jahrzehntelang tonangebenden Parteien viele Leute im Lande lustvoll vor den Kopf. Noch größere Entfremdungs- und Empörungswirkungen als im Westen erzielten sie dabei im Osten der Republik.

Das liegt, wie Umfragen zeigen, keineswegs an einer dort „mangelnden demokratischen Gesinnung“. Die Prinzipien der Demokratie werden im Osten nämlich ebenso geschätzt wie im Westen. Nur hält man dort deren Praxis für sehr unzulänglich. Nicht nur fühlt man sich – auch zahlenmäßig – von Wählern und Parteimitgliedern aus dem Westen dominiert. Sondern vor allem erlebt man immer wieder deren Unwillen, sich auf ostdeutsche Befindlichkeiten und Prioritäten wenigstens zuhörend und argumentierend einzulassen. Schon gar nicht klagen undankbare Jammerossis einfach über ihre eigenen, seit drei Jahrzehnten verbesserten Lebensverhältnisse. Doch sie wählen AfD und BSW aus großer Sorge darüber, dass eine rechthaberisch-selbstgefällig gewordene westdeutsche Politikerschaft das gemeinsame Land ebenso blindlings und unbelehrbar ruinieren wird, wie es einst die SED mit der DDR schaffte.

Nur wer diese Zusammenhänge begreift, kann sich einen stimmigen Reim auf die ostdeutschen Wahlergebnisse machen, oder findet die Ursachen dessen, warum inzwischen auch in den Westen ausstrahlt, was als Systemprotest im Osten begann. Doch viele Westdeutsche, bis weit hinein in Regierungskreise, wollen einfach keine „Ossi-Versteher“

sein, ja interessieren sich oft sogar ausdrücklich nicht dafür, wie in den neuen Bundesländern über Politik gedacht wird. Also weisen sie jeden Hinweis darauf zurück, dass es für ostdeutsche Politik- und Systemkritik auch gute Gründe geben könne.

Der Aufstieg der AfD

Solche selbstschädigende Arroganz westdeutsch-linksintellektueller Milieus sowie ihrer ostdeutschen Ableger im akademischen Bereich und im Bildungsbürgertum verfestigte sich schon vor zehn Jahren bei den bundesweiten Reaktionen auf die Dresdner PEGIDA-Demonstrationen. Wer da mitlief, müsse wohl völlig meschugge sein, denn niemals entstünden aus aufrichtiger Willkommenskultur irgendwelche Probleme bei der Integration von Zugewanderten; auch zu nennenswerten Gefährdungen der inneren Sicherheitslage oder zu Schwierigkeiten mit Muslimen werde es gewiss nicht kommen. Trotzdem geäußerte Migrationskritik war deshalb zu begreifen als Ausfluss von Rassismus und einer dumpfen Neigung zum Faschismus.

Also wurde Widerstand zur Pflicht. Die AfD, deren Anführer frühzeitig den Zuwachs ihrer Anhängerschaft aus bundesweiten PEGIDA-Sympathisanten bemerkten, war da ohnehin schon als neue, rechtsradikale Partei ausgemacht: Wer den Euro in Frage stelle, bezweifle den Wert und die Werte der EU; und darauf könnten wirklich nur Nationalisten kommen, im deutschen Fall also Rechtsextremisten. Das wirkte nun freilich auf viele klar rechtsstehende Deutsche wie eine massenmediale Werbung für die AfD. Als bald ergänzten deren – immer wieder neue – Anführer ihr zunächst konservativ-wirtschaftsliberales Politikangebot um PEGIDA-Positionen.

Unterdessen verwilderte die Rhetorik der AfD und wandelte sich deren Mitgliedschaft durch Austritte von Gemäßigten und Eintritte von Verbalrevoluzzern so, dass Parteiführer mit Augenmaß wie Bernd Lucke oder Frauke Petry schon bald abgelöst oder vergault wurden. Im Zuge dieser Radikalisierung als „Bewegungspartei“ büßte die AfD nicht etwa an Stimmen ein, sondern gewann – unterm Strich – sogar immer mehr Wähler

Die Ossis wählen AfD und BSW aus großer Sorge darüber, dass eine rechthaberisch-selbstgefällig gewordene westdeutsche Politikerschaft das gemeinsame Land ebenso blindlings und unbelehrbar ruinieren wird, wie es einst die SED mit der DDR schaffte

dazu, und zwar nicht nur von früheren Nicht- oder Unionswählern, sondern auch von einstigen Sozialdemokraten oder Linken.

Der Irrweg zu den „Brandmauern“

Die anderen Parteien taten wenig, um dieser Entwicklung zu wehren. Die Union hatte durch ihre Eurozonen-, Energie- und Migrationspolitik überhaupt erst jene Repräsentationslücke rechts von sich entstehen lassen, in der nun die AfD aufwuchs. Und die Parteien links von der Union taten vieles, um durch „woke“ Politikvorhaben immer größere Teile der Bürgerschaft im Lande von sich abzustoßen: vom Schlechtmachen der ganzen deutschen Geschichte über den LGBTQ-Hype bis hin zum Schüren klimakleberischer Katastrophenhysterie.

Die Begleit- und Anschlusschäden dieser bewusst provozierenden Politik hoffte man durch die folgende Strategie einzuhegen: Die Union sollte auf allen Ebenen „Brandmauern“ gegen die AfD errichten, damit niemals die in der Bevölkerung inzwischen entstandene nicht-linksgrüne Mehrheit in parlamentarische Mehrheiten umgesetzt werden könne. Letztlich wurden so „Gefängnismauern“ für eine Union errichtet, innerhalb welcher sie – von der AfD immer weiter geschwächt – zum andauernden Regieren mit Sozialdemokraten oder Grünen gezwungen wurde und inzwischen in Kooperationsverhältnisse mit dem BSW gedrängt wird.

Weil eine solche Mitte-Links-Front gegen eine immer mehr von der AfD geprägte rechte Bevölkerungsmehrheit sich notwendigerweise zulasten der Union und zum Vorteil einer AfD auswirkt, die den Kontakt mit empörten Bürgern pflegt, sahen viele in der AfD diese Form einer sie ausgrenzenden Politik mit kaum verhohlener Genugtuung. Also unterbreitete man der Union jahrelang kaum Kooperationsangebote. Diese wären im Regelfall ohnehin selbstgerecht abgelehnt worden. Allenfalls auf kommunaler Ebene nahm man sie jahrelang an, was das Ausbleiben eines zumindest informellen Zusammenwirkens auf Landes- und Bundesebene umso unplausibler machte. Eines Tages würde man, so das Kalkül der AfD, dank törichter Gegner-taktik so stark sein, dass man die Union entweder an die eigene Seite oder – wie jetzt – in Anti-AfD-Bündnisse mit dem BSW zwingen könnte, welch letzteres zu weiteren Verlusten der Union führen werde.

Parteiensystem vor einer Zeitenwende

Auf diesen Kipppunkt treibt die Entwicklung nun schon lange hin. Wird er in Sachsen, Thüringen und – wenig später – auch in Brandenburg erreicht, so könnte es im deutschen Parteiensystem zu einer nicht rückholbaren Zeitenwende kommen. Die muss man weder erleichtert begrüßen noch sich voller Vorfreude wünschen. Immerhin zeigen die einschlägigen Beispiele deutscher Geschichte, dass sich anfängliche Hoffnungen auf eine bessere Politik dank eines Machtwechsels regelmäßig nicht erfüllten.

Ob es mit der AfD anders käme, lässt sich vorab nicht wirklich wissen. Sicher ist jetzt allein, dass eine solche Zeitenwende erneut durch politische Fehler samt lernunwilliger Arroganz herbeigeführt würde. Einmal mehr wäre dann in der Politik „gut gemeint“ nicht dasselbe gewesen wie „gut getan“.

● **Prof. Dr. Werner J. Patzelt** war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungs- direktor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „CDU, AfD und noch mehr politische Torheiten. Neue Analysen, Interviews und Kommentare 2019–2024“ (Weltbuch 2024) sowie „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023). **wjpatzelt.de**

● MELDUNGEN

Viele Rentner arbeiten noch

Berlin – In der Bundesrepublik arbeiteten zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 1,35 Millionen Menschen im Rentenalter. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des renten- und alterspolitischen Sprechers der Linken im Bundestag, Matthias Birkwald, hervor. 1,1 Millionen der Rentner waren dabei jenseits der Regelaltersgrenze von 67 berufstätig. Davon wiederum hatten 888.000 einen Minijob. 2014 lag die Zahl der arbeitenden Altersrentner noch bei nur 660.000. Birkwald führt die stetig steigende Beschäftigungsquote bei den Senioren auf das niedrige Rentenniveau zurück: „Unter den 34 OECD-Staaten liegt Deutschland bei der Höhe der Nettoersatzrate der Renten auf dem viertletzten Platz. Das ist ein Armutszeugnis für ein so reiches Land!“ Und tatsächlich erhält jeder fünfte deutsche Altersrentner mit mehr als 45 Beitragsjahren weniger als 1200 Euro pro Monat. **W.K.**

Abwanderung junger Frauen

Potsdam – Laut einer Auswertung statistischer Daten gibt es im Land Brandenburg bei jungen Erwachsenen einen Männerüberschuss. Wie der Sender rbb berichtet, kommen in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen statistisch auf 100 Frauen 115 Männer. Bevölkerungsforscher gehen davon aus, dass dieses Ungleichgewicht auf die Abwanderung junger Frauen nach der Schulzeit zurückzuführen ist. Als Gewinner dieser Wanderungsbewegung aus Brandenburg sehen Experten vor allem die Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Als mögliche Gründe nennt der Sender in einem Bericht, dass junge Frauen öfter als ihre männlichen Altersgenossen einen urbanen Lebensstil in Großstädten bevorzugen. Ein anderer Erklärungsansatz sieht die Ursache der Abwanderung in der Tatsache, dass Frauen häufiger als Männer in Dienstleistungsberufen, etwa im Pflegebereich, arbeiten. Dabei sind die Einkommensmöglichkeiten in Großstädten der West-Bundesländer oft besser als in Brandenburg. **H.M.**

Chemie gegen Fischsterben

Gleiwitz – Polnische Behörden wollen mit Wasserstoffperoxid die Ausbreitung giftiger Goldalgen in Zuflüssen der Oder verhindern. Nach Angaben des Umweltministeriums in Warschau läuft seit Mitte August ein Experiment, bei dem mit Wasserstoffperoxid Goldalgen im Fluss Klodnitz, einem Nebenfluss des Gleiwitzer Kanals, bekämpft werden sollen. Hintergrund ist ein erneutes Auftreten von Goldalgen. Diese hatten vor zwei Jahren in der Oder massives Fischsterben ausgelöst. Auch dieses Jahr sind allein aus den Staubecken bei Stauwerder (Oberschlesien) wieder tonnenweise tote Fische geborgen worden. Laut Umweltministerium wird bei dem Experiment Wasserstoffperoxid in einer Konzentration genutzt, die Goldalgen neutralisiert, für Lebewesen im Fluss aber neutral ist. Als Ursache der Ausbreitung der Goldalgen gelten salzhaltige Abwässer von polnischen Industrieunternehmen. **H.M.**



Die Protagonisten der Pandemie-Zeit: RKI-Chef Lothar Wieler, Corona-Experte Christian Drosten und der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn (v. l.) müssen wohl nicht mit Konsequenzen für umstrittene Entscheidungen rechnen

CORONA-MASSNAHMEN

Aufarbeitung nicht erwünscht

Über politische Risiken und Nebenwirkungen der Pandemie-Eindämmung

VON PETER ENTINGER

Es gab kritische Stimmen, die davor warnten, dass Noah Lyles bei den Olympischen Spielen in Paris zum 200-Meter-Lauf hätte antreten sollen. Der US-amerikanische Sprintläufer, der nur vier Tage zuvor beim 100-Meter-Lauf in 9,79 Sekunden zu Gold lief, war akut an Corona erkrankt, als er beim 200-Meter-Lauf in 19,7 Sekunden zu Bronze lief. Und er war kein Einzelfall. Vor drei Jahren bei den Olympischen Spielen in Tokio wäre das ein Unding gewesen. Fast jede Veranstaltung wurde – falls nicht ohnehin verboten – abgesagt, sobald sich Infektionen mehrten.

Irgendwann war das Thema Corona vorbei. Die Diskussion über Nebenwirkungen von Impfungen ist vielen Politikern peinlich, und nur die Klagen einzel-

ner Journalisten auf die ungeschwätzte Herausgabe der Protokolle des Robert Koch-Instituts schaffen es noch in die Schlagzeilen. „Wir werden einander viel zu verzeihen haben“, hatte der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn gesagt.

Sein Nachfolger Karl Lauterbach mag dies anders sehen. Für ihn war Corona eine Todesseuche, und die ergriffenen Maßnahmen waren viel zu lasch. CDU und SPD regierten gemeinsam, als die Pandemie ausbrach, zudem stellten sie bis auf zwei Ausnahmen alle Landesfürsten.

Artig betonen die zwei größten Fraktionen im Bundestag, natürlich wolle man aufarbeiten. Aber man kann sich nicht einigen. Die SPD wolle die Pandemie-Maßnahmen „parlamentarisch mit einem Bürgerrat und einer Kommission aus Bundestag und Bundesrat auf Augenhöhe aufarbeiten“, sagte Katja Mast, Parlamentari-

sche Geschäftsführerin der Fraktion, und räumte ein: „Davon konnten wir nicht alle Koalitionspartner überzeugen.“

Die FDP möchte lieber eine Enquete-Kommission einberufen. Diese bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis. Sie legen dem Bundestag am Ende ihrer Arbeit Abschlussberichte vor, und die seien in aller Regel unabhängiger. FDP-Vize und Corona-Kritiker Wolfgang Kubicki forderte unlängst Lauterbachs Rücktritt.

Unangenehme Wahrheiten

Die Grünen halten sich noch bedeckt, tendieren aber zu den Liberalen. Die Enquete-Kommission ist befugt, auch die damaligen Ministerpräsidenten zu befragen. Daran haben weder SPD noch CDU ein Interesse. Die Christdemokraten haben nicht vergessen, dass der Stern des

LANDTAGSWAHL

Kemmerich warnt die CDU vor dem BSW

Der FDP-Politiker und kurzzeitige thüringische Ministerpräsident im Interview: Union „verrät ihre Werte“

Thomas Kemmerich erregte bundesweit Aufsehen, als er mit den Stimmen der AfD im Februar 2020 zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt wurde. Kurz darauf hatte er das Amt unter massivem Druck nicht zuletzt vonseiten der damaligen Kanzlerin Merkel wieder abgegeben. Wie sieht der FDP-Politiker die Wahlen am kommenden Sonntag? Mit Kemmerich sprach Theo Maass.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen am 1. September dürfte laut Umfragen die AfD mit Abstand stärkste Partei werden, während CDU und BSW dahinter fast gleichauf liegen. Wie erklären Sie Nicht-Thüringern solche Zahlen? Die Thüringer (eigentlich alle Ostdeutschen) hatten immer genau dann Macht, wenn sie nicht das gemacht haben, was „die in Berlin“ wollten. Je mehr „die in Berlin“ die AfD bekämpfen und dabei die Verfassung biegen, wie beim vorerst gescheiterten Verbot von „Compact“, desto attraktiver wird die AfD. Beim BSW ist es

anders. Es ist der Reiz des Neuen, mit einer charismatischen Frau an der Spitze, die im Osten auch noch sehr beliebt ist. Dass die CDU keine besseren Werte hat, liegt an ihrer Beliebigkeit. Fünf Jahre lang Rot-Rot-Grün zu Mehrheiten verholfen, jetzt jedem Alles versprechen und am Ende um jeden Preis regieren wollen. Das merken die Menschen.

Ihre FDP dümpelte zuletzt zwischen zwei und drei Prozent oder wurde von den Demoskopen gar nicht mehr ausgewiesen. Wie erklären Sie das?

Die FDP leidet unter der miserablen Performance der Ampel. Die Bundesthemen wie Migration, Inflation und Krieg dominieren den Wahlkampf. Ich bin aber überzeugt, dass die



Thomas Kemmerich

Thüringer Themen in den nächsten Tagen in den Vordergrund treten. Wenn es um den Unterrichtsausfall geht, wenn es um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum geht oder um die Unterstützung des Handwerks, da haben wir die besten Konzepte.

Die Ereignisse um Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten und Ihren jähen Rücktritt von diesem Amt im Februar 2020 haben seinerzeit hohe Wellen geschlagen. Welchen Einfluss hatten die damaligen Ereignisse für die Entwicklung der politischen Landschaft in Thüringen und Deutschland?

Ehrlicherweise interessiert mich nur Thüringen. Hier in Thüringen haben die Menschen seitdem wieder die Gewissheit, dass die Vorsitzende der CDU bereit ist, die Verfassung zu brechen und eine demokratische Wahl rückgängig zu machen. Das hat aber nichts mit dem zu tun, für was die Menschen 1989 auf die Straße gegangen sind. Deshalb ist das große Mistrauen in die Politik hier besonders groß.

CSU-Vorsitzenden Markus Söder bedenklich zu sinken begann, als die Bevölkerung von den dauernden Corona-Maßnahmen genervt war. Der Bayer konnte von Glück sprechen, dass zwischen dem Ende der Maßnahmen und der nächsten Landtagswahl einige Zeit verstrichen war.

Sein früherer Amtskollege Tobias Hans hatte da weniger Glück. Als die Pandemie im Frühjahr 2020 über die Welt heranbrach, rückte der bis dato blasse und weitgehend unbekannte Saarländer eng an die Seite von Kanzlerin Angela Merkel. Jede noch so krude Corona-Maßnahme feierte Hans als gerechtfertigt. Im Frühjahr 2022, als Corona gerade seinen Schrecken verloren hatte, verlor die Saar-CDU die Landtagswahl in einer atemberaubend desaströsen Weise.

Jene, die damals die Bevölkerung belehren wollten, üben sich heute im Abtauchen. Der damalige RKI-Präsident Lothar Wieler, der die Bevölkerung schon mal aufforderte, die Po-Backen zusammenzukneifen, gibt keine Interviews zum Thema mehr. Merkels Lieblings-Virologie und Einflüsterer Christian Drosten fühlt sich verfolgt. In Berlin ist es vielen Abgeordneten inzwischen peinlich, dass sie diesen Menschen blind gefolgt sind.

„Eine Aufarbeitung ist gut, sinnvoll und wichtig“, sagte Gesundheitsminister Lauterbach. Mehr als ein guter Vorsatz ist das nicht. Der SPD-Mann hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er die Maßnahmen stets für richtig hielt. Es könnte einen Wettstreit der Argumente geben, aber man kann sich nicht auf das „Wie“ einer Aufarbeitung der Corona-Politik einigen. Vielleicht, weil die Resultate unangenehm sein könnten? In der FDP heißt es, Lauterbach und auch viele aus der CDU hätten Angst, dass unangenehme Wahrheiten ans Tageslicht kämen.

Die AfD formuliert es drastischer: „Meiner Meinung nach gehört der in Handschellen abgeführt“, sagte der Thüringer Parteichef Björn Höcke über Lauterbach. AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla bezeichnete die damaligen Maßnahmen als „Riesenverbrechen“. Die Corona-Zeit müsse aufgearbeitet werden und die Verantwortlichen gehörten angeklagt.

Dazu wird es wohl nicht kommen. Vermutlich wird man nicht einmal eine Antwort bekommen, ob die Schulschließungen gerechtfertigt waren. Gesundheitsminister Lauterbach hat ohnehin nur eine Sorge: Die derzeitige Diskussion sei Wasser auf die Mühlen von denen, welche die Pandemie nachträglich verharmlosen wollten.

In den vergangenen Jahren hat insbesondere die Union die Abgrenzung zur AfD noch verschärft und sogar eine formelle „Brandmauer“ zu dieser Konkurrenzpartei verkündet. Während diese zur AfD mit allem Nachdruck verteidigt wird, wird das BSW bereits als möglicher künftiger Koalitionspartner gehandelt. Was sagen Sie dazu?

Die CDU verrät ihre Werte. Wer mit Postkommunisten ins Bett geht, um die Macht zu bekommen, wacht mit Putin in der Staatskanzlei auf.

Was erwarten Sie hinsichtlich der Entwicklung von Demokratie und Parteiensystem in Deutschland für die mittlere Zukunft?

Es wird ein vielfältiges Parteiensystem. Vielleicht sollten wir uns auch davon verabschieden, dass es immer eine parlamentarische Mehrheit für Regierungen braucht. Wichtig ist, dass die Ideen aus der Mitte ins Parlament kommen.

DEBATTE

Steinmeier gegen Garnisonkirche

Bei der Einweihung des Turms spricht sich der Bundespräsident für den Erhalt des DDR-Rechenzentrums aus

VON FRIEDRICH NOLOPP

Es ist ein Gebot der Höflichkeit, dass man sich als Gast auf einem Fest stets freundlich und zurückhaltend äußert. Und bei einer Geburtstagsparty oder einer Einweihungsfeier sollte man als Besucher schwierige und strittige Themen meiden. Nun stand in Potsdam die Einweihung des wiederaufgebauten Turms der Garnisonkirche an. Eingeladen hatte man sich als Festredner für diesen Tag Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Doch der wollte nicht höflich sein, sondern trat der gastgebenden Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V. massiv gegen das Schienbein.

Die Beschlusslage ist eindeutig

Eingeweiht wurde nun der Turm des im Krieg schwer beschädigten und in der DDR endgültig abgetragenen Gotteshauses. Der nächste logische Schritt wäre das Kirchenschiff. Doch haben der Bund und das Land Brandenburg sowie die evangelische Kirche überhaupt noch die Kraft und den Willen, dieses Projekt zu realisieren? Angesichts zögerlicher Äußerungen aus dieser Ecke hat unmittelbar vor der Turmeinweihung die Vorsitzende der Fördergesellschaft, Maïke Dencker, dazu betont: „Die immer noch aktuelle Beschlusslage sieht vor, dass das Rechenzentrum spätestens dann abzureißen ist, wenn mit dem Bau eines Kirchenschiffs begonnen wird.“

Das Rechenzentrum Potsdam ist ein zu DDR-Zeiten teilweise auf dem Gelände der einstigen Garnisonkirche errichteter Gebäudekomplex. Das Haus steht heute leer, es soll abgerissen werden, um die notwendige Baufreiheit für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu schaffen. Gerade im linken und alternativen Spektrum in Potsdam setzt man sich für den Erhalt des Rechenzentrums ein.

Am Tag der Turmeinweihung hatten sich auf der anderen Seite der Breiten Straße mehr als hundert Demonstranten aus dem linken Spektrum versammelt, um gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu demonstrieren. Sie versuchten mit Rufen wie „Heuchler, Heuchler!“, den Autoverkehr zu übertönen. Einige stimmten auch den Slogan an: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ In ei-



Eine weitere Etappe ist geschafft: Der Turm der Garnisonkirche (links das Rechenzentrum) ist nun für die Öffentlichkeit zugänglich

ner Rede wurde nachdrücklich kritisiert, dass sich auch linke Landespolitiker für dieses angeblich rechte Projekt eingesetzt hätten. „Wir sind einfach hier, um das nicht unwidersprochen stehen zu lassen“, sagte die Sprecherin der Initiative, Sara Krieg. Auf den Transparenten wurde stets von einer „Nazi-Kirche“ gesprochen.

Steinmeier brüskiert Veranstalter

Dann der Auftritt des Bundespräsidenten: „Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, dass dieser Ort etwas wird, was er über lange Strecken seiner Geschichte nicht war: ein Ort der Demokratie“, sagte Steinmeier beim Festakt zur Eröffnung. „Jedem Versuch, deutsche Verantwortung zu leugnen, unsere Erinnerungskultur als Schuld kult zu diskreditieren, stellen wir uns entschieden entgegen“, so der Bundespräsident. Steinmeier ist Schirmherr des Wiederaufbauprojekts.

Was viele linke Gegendemonstranten vielleicht irritiert hätte, wenn man sie zum Festakt in die Kapelle des Turms gelassen hätte: Bundespräsident Steinmeier

bewertete die Geschichte des Orts ganz ähnlich wie sie. Er hielt eine erstaunliche Rede, in der er vor allem auch die Gegner des Wiederaufbaus für ihr angeblich kritisches Geschichtsbewusstsein, ihren Widerspruch zu loben schien.

Steinmeier beschrieb die Hof- und Garnisonkirche als zentrales Symbol für die Macht Preußens, aber auch für Militarismus und Nationalismus. Nachdem der Bundespräsident mit seiner Beschimpfung der preußisch-deutschen Geschichte die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau schon massiv attackiert hatte, setzte er zu einer besonderen Bosheit an. Denn mit Blick auf den Kirchturm und das Rechenzentrum forderte Steinmeier: „Beide Gebäude müssen zu einer Koexistenz finden.“ Wenn es aber eine „Koexistenz“ gibt, dann bleibt das Rechenzentrum stehen; und wenn dies so ist, dann gibt es keinen Bauplatz für das Kirchenschiff, und der Kirchturm bleibt als Torso solo in der Landschaft stehen.

Da brandete natürlich bei den linken Gegendemonstranten, die den Festakt im

Live-Stream verfolgten, lautstarker Beifall auf, endlich hatte sich der Bundespräsident klar auf ihre Seite gestellt und sich gegen den weiteren Aufbau der Garnisonkirche ausgesprochen.

Die Gretchenfrage

Dies entspricht übrigens auch der Stimmung vieler Landes- und Bundespolitiker aus dem linken Spektrum des Parteiensystems. Sie sind es leid, an ihren Heimatorten als „Nazis“ und als Unterstützer einer „Nazi-Kirche“ beschimpft zu werden. Sie wollen jetzt ein Ende des Projekts, also keinen Bau des Kirchenschiffs.

Die Fördergesellschaft steht vor der Frage, ob sie sich dieser Stimmung beugen und einen Bauverzicht akzeptieren oder ob sie sich auf die Hinterbeine stellen und kämpfen will. Das würde jedoch implizieren, sich nicht nur klar und deutlich zum Wiederaufbau zu bekennen, sondern im Zweifel auch einen offenen Konflikt mit dem Bund, dem Land Brandenburg und der evangelischen Kirche zu riskieren.

ZUWANDERUNG

„Dann zünden wir die Stadt an“

Der stetige Ausbau der Asylunterkünfte führt zu einer zunehmend explosiven Stimmung in der Hauptstadt

Neben Pankow gehört Lichtenberg zu denjenigen Berliner Bezirken, die schon bislang stark herangezogen wurden, wenn es um die Unterbringung von sogenannten Flüchtlingen geht. Im Lichtenberger Stadtteil Hohenschönhausen braut sich unter den Anwohnern nun eine explosive Stimmung zusammen. Dort existieren bereits jetzt sechs Standorte zur Unterbringung von Asylbewerbern. Als der Senat im März eine Liste mit 16 neuen Standorten für Containerunterkünfte beschloss, war der Lichtenberger Stadtteil auf der Liste dennoch mit zwei weiteren Unterkünften vertreten.

Die Stimmung kippt

Der Plan des Senats, in dem Stadtteil auch noch ein großes Hotel in eine sogenannte Geflüchteten-Unterkunft umzuwandeln, scheint nun die Stimmung vor

Ort endgültig kippen zu lassen. Dabei geht es um das „City Hotel Berlin East“ an der Landsberger Allee. Bereits Anfang September soll das Hotel mit über 470 Zimmern schließen und zu einer „Geflüchteten-Unterkunft“ mit 1200 Plätzen umgebaut werden. Wie die „B.Z.“ berichtete, sollen die drei 18-stöckigen Hochhäuser des bisherigen Hotelkomplexes bereits ab Januar 2025 vom Land Berlin angemietet und an einen Betreiber übergeben werden. Laut diesem Bericht werden die Kosten für Umbau und zehnjährigen Betrieb der neuen Asylantenunterkunft auf 143 Millionen Euro geschätzt.

Auf Ebene des Bezirks reagieren Politiker auf das Vorgehen des schwarz-roten Senats alarmiert. Benjamin Hudler, Chef der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, kritisiert: „Bis 2027 sollen fast 3000 Ge-

flüchtete nach Lichtenberg kommen, das entspricht einer brandenburgischen Kleinstadt!“ Der CDU-Bezirkspolitiker weiter: „Wir sind kurz davor, dass Lichtenberg jeden fünften Flüchtling in der Stadt aufnimmt, gleichzeitig hören wir aber nichts vom Senat, wie wir mit den Folgen umgehen sollen.“

„Katastrophe mit Ansage“

Die FDP Lichtenberg lehnt die Umwandlung des Hotels in eine Asylsucherunterkunft entschieden ab: „Die Unterbringung von so vielen Menschen, ohne die nötige Bereitstellung von Schulen, Kitas und Gesundheitseinrichtungen in Lichtenberg, ist eine Katastrophe mit Ansage. Von gelungener Integration kann hier keine Rede sein“, so der stellvertretende Bezirksvorsitzende der FDP Lichtenberg, Batuhan Temiz.

Unter dem Motto „Es wird uns zu bunt! Lichtenberg ist voll!“ mobilisiert die Lichtenberger AfD inzwischen Anwohner für eine Protestkundgebung gegen die geplante Massenunterkunft.

Währenddessen sieht sich der Berliner Senat bereits nach Standorten für weitere Asylunterkünfte um. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) soll den Auftrag erhalten haben, in der Stadt bis zu sechzig weitere Unterkunftsmöglichkeiten ausfindig zu machen. Albrecht Broemme, Flüchtlingskoordinator des Senats, wollte sich im rbb-Inforadio erst gar nicht auf eine genaue Zahl festlegen: „Vielleicht sind es 70, vielleicht sind es auch 100.“

Angesichts solcher Aussichten kommentierte ein von der Zeitung namentlich nicht genannter Unionspolitiker die Senatspläne gegenüber der „B.Z.“ als ein Anzünden der Stadt. *H.M.*

KOLUMNE

Grüner Ungeist

VON THEO MAASS

Das Bäckereihandwerk leidet unter dem von den Grünen zu verantwortenden Anstieg der Energiepreise. Andere Faktoren kommen hinzu. 2022 machten bundesweit 780 Bäckereien dicht. Allerdings kamen 422 neue Betriebe hinzu, sodass der negative Saldo „nur“ 358 Betriebe betrug. Gleichzeitig findet ein Strukturwandel statt. Ketten übernehmen kleine Familienbetriebe. Dazu Friedemann Berg, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks: „Die meisten Betriebe konnten die immense Steigerung der Ausgaben nicht im vollen Umfang auf die Produktpreise umlegen.“

Neben den Energiepreisen stellen auch Lebensmittelinformationsverordnungen und immer komplizierter werdende Deklarationspflichten insbesondere kleine Bäckereibetriebe vor unzumutbaren Aufgaben. Und in politisch besonders geprägten Regionen wie dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg kommen noch ganz spezielle Faktoren hinzu. Dort, wo das örtliche Bezirksamt seit Jahrzehnten fest in grün-roten Händen ist, schließt zum Jahresende die Traditionsbäckerei Ladewig im Wrangelkiez. Betreiber Olaf Ladewig: „Früher haben viele Kunden auf dem Weg zur Arbeit kurz mit ihrem Auto vor dem Laden gehalten und sich Brot und Brötchen gekauft. Dann hat der Bezirk einfach Straßenpoller hingeklatscht, ohne an uns Gewerbetreibende zu denken. Seitdem bleiben die Kunden aus. Die grüne Politik hat die Geschäfte durch diese Polleritis kaputtgemacht.“

Angst vor Reaktionen scheint Ladewig nicht zu haben, da er ja ohnehin schließt. „Ich habe keine Perspektiven mehr“, sagt er resigniert. Auch Konditormeister Jürgen Banach (68) aus Berlin-Moabit hört zum Jahresende auf: „Vor 30 Jahren hatten wir 840 Bäckereien in Berlin“, sagt Banach, „heute sind es gerade mal 116.“ Man sieht: Grün wirkt – vor allem wenn grüner Geist auf verschiedenen Ebenen zugleich agiert.

MELDUNG

Wohnungen schrumpfen

Berlin – Im September will das Abgeordnetenhaus das „Schneller-Bauen-Gesetz“ beraten, im Dezember soll es verabschiedet werden. Die Deckenhöhe wird bei Neubauten – wie in anderen Bundesländern – um zehn Zentimeter auf 2,40 Meter gesenkt. Beim Denkmalschutz wird künftig bei Differenzen zwischen Landes- und Bezirksebene das Land das letzte Wort haben. Auch die Genehmigung einer Baumfällung wird einfacher. Um Kompetenzdifferenzen zu minimieren, gibt es künftig auf Antrag des Bauherrn ab einer Größenordnung von 50 Wohnungen eine Bauantragskonferenz, auf der alle beteiligten Behörden erscheinen müssen, um alle Fragen final zu entscheiden. Bausenator Christian Gaebler (SPD): „Zuständigkeiten überlappen sich, jede Fachbehörde macht es so, wie sie es für richtig hält, legt Gesetze unterschiedlich aus. Schnelligkeit spart auch Kosten, denn oft läuft beim wartenden Bauherren ja schon die Finanzierung, steigen die Baukosten.“ *KG*

● MELDUNGEN

Ex-BND-Chef klagt Polen an

Warschau – Der von 1998 bis 2005 amtierende Ex-BND-Präsident und frühere Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, August Hanning, zeigte sich gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ überzeugt davon, dass „ein ukrainisches Team“ den Anschlag auf die beiden Nord-Stream-Pipelines durchgeführt habe. Allerdings sei das Ganze „nur mit starker logistischer Unterstützung aus Polen“ möglich gewesen. Des Weiteren geht er von „Verabredungen zwischen Präsident Selenskyi und Präsident Duda“ aus. Daher solle die Bundesregierung Schadenersatz von Kiew und Warschau wegen „Staatsterrorismus“ verlangen. Polens Vize-Regierungschef und Minister für Digitalisierung Krzysztof Gawkowski antwortete im Sender Polsat News: „Polen hat an nichts teilgenommen. Man muss sagen, dass das eine Lüge ist.“ Außerdem unterstellte er Hanning, „russische Desinformation“ zu verbreiten. **W.K.**

Königsberg als Faustpfand?

Warschau – Der amerikanisch-polnische Unternehmer Dominik Andrzejczuk hat die Besetzung des nördlichen Ostpreußen durch Polen vorgeschlagen. Auf der Social-Media-Plattform „X“ twitterte Andrzejczuk am 15. August: „Kaliningrad sollte von Polen zurückgefordert und gehalten werden, bis Russland die Krim und die Ostukraine an die Ukraine zurückgibt!“ Andrzejczuk ist unter anderem bei der Stiftung „The Intermarium Foundation“ aktiv und hat diese Forderung bereits mehrfach bekräftigt. Immerhin hatte der polnische Politiker Jaroslaw Kaczynski (PiS) im Jahr 2022 die Entsendung einer sogenannten Friedenstruppe in die Ukraine gefordert. Aber das betrachtete Russland fast schon als Akt der Besetzung. Denn Russlands Außenminister Lawrow hatte dies seinerzeit mit der verächtlichen Vermutung kommentiert, dass „ein Großteil der Friedenstruppen sicherlich aus Polen kommen und die Kontrolle über die Westukraine und Lemberg übernehmen würde“. **H.M.**

Werbung um neue Migranten

Moskau – Russlands Präsident Putin hat per Erlass eine Änderung der Bestimmungen für Immigranten eingeführt. Demnach können Bürger aus „neoliberalen Staaten“ leichter Asyl in Russland beantragen, wenn sie die „traditionellen russischen geistlich-sittlichen Werte“ teilen. Die Bewerber müssen keine Russischkenntnisse wie bisher oder russische Verwandte oder einen Arbeitsplatz in Russland vorweisen können. Wer eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung hat, kann nach einigen Jahren die russische Staatsbürgerschaft beantragen. Welche Staaten gemeint sind, hat Putin nicht gesagt. Im Kampf gegen die negative demographische Entwicklung seines Landes durch eine niedrige Geburtenrate, Auswanderungen und Bevölkerungsschwund wegen des Ukrainekriegs dürfte er jedoch auch Menschen aus dem Westen im Sinn haben, die mit der Russlandpolitik ihrer Regierung nicht einverstanden sind. **MRK**



FOTO: MAURITIUS IMAGES/JULIANE SONNTAG/PHOTOTHEK.DE

Wie beim NATO-Manöver im litauischen Pabrade: Training für Panzerhaubitzen

BALTIKUM

Geldnot wegen Demographie – Baltikum hat Steuerproblem

Um die NATO-Vorgaben für mehr militärische Sicherheit zu erfüllen, erhöhen Litauen, Estland und Lettland die Steuern – aber die Zahl der Steuerzahler sinkt

VON HERMANN MÜLLER

Rund zwei Millionen Esten, Leten und Litauer demonstrierten im August 1989 mit einer 600 Kilometer langen Menschenkette durch die damaligen Sowjetrepubliken für die Unabhängigkeit des Baltikums. Mit ihrer Aktion erinnerten die Balten seinerzeit an den Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939. Die einstige Zusatzvereinbarung zu dem Abkommen der beiden Diktatoren hatte die drei baltischen Staaten 50 Jahre zuvor ihre Unabhängigkeit gekostet.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach der legendären Menschenkette durch das Baltikum ist nun im Südwesten Litauens der Grundstein für einen Standort der Bundeswehr gelegt worden. Bereits nächstes Jahr will die Truppe in Litauen eine

schwere Kampfbrigade aufstellen. Bis 2027 soll die Brigade Litauen dann mit 5000 Bundeswehrangehörigen ihre volle Einsatzbereitschaft erreicht haben.

Stationiert wird die Brigade an einer geopolitisch höchst sensiblen Stelle. Nicht weit entfernt sind die Grenze zu Weißrussland und die sogenannte Suwalki-Lücke. Dieser schmale Landstreifen, der aktuell als einer der gefährlichsten Orte Europas bezeichnet wird, verbindet Litauen mit der polnischen Woiwodschaft Podlachien.

Schießstände für MG und Panzer

Neben Stabs- und Unterkunftsgebäuden entstehen am neuen Bundeswehrstandort auf dem litauischen Truppenübungsplatz Rūdninkai auch Werkstätten, sowie Sport- und Ausbildungsanlagen. Nach Angaben von Litauens Verteidigungsminister Lau-

rynas Kasčiūnas sind ebenso Schießstände für Maschinengewehre und Schützenpanzer sowie ein Panzerübungsplatz geplant. Anlässlich der Grundsteinlegung für den neuen Standort waren weder Bundeskanzler Scholz noch Verteidigungsminister Pistorius (SPD) oder Außenministerin Baerbock (Grüne) ins Baltikum gereist. Deutschland wurde nur durch den Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Nils Hilmer, vertreten.

Für Litauen war die Grundsteinlegung dagegen offenbar ein Termin von höchster Priorität. Neben Verteidigungsminister und Generalstabschef war auch Premierministerin Ingrida Šimonytė in Rūdninkai präsent. Tatsächlich ist die Verteidigungspolitik für alle drei baltischen Länder ein Top-Thema.

Alle drei Staaten haben angesichts des Ukrainekrieges im Jahr 2023 neue Vertei-

digungsstrategien beschlossen. Litauen will die NATO-Vorgabe zu den Verteidigungsausgaben deutlich übererfüllen. Statt den zwei Prozent der Wirtschaftsleistung will das Land bis spätestens 2027 die Drei-Prozent-Marke für Verteidigung erreichen. Mit dem zusätzlichen Geld will Litauen auch in den USA und Deutschland Rüstungsgüter einkaufen. Teil der neuen Verteidigungsstrategie sind zudem Mobilisierungspläne und Vorbereitungen für zivilen Widerstand im Fall eines Krieges. Als wichtigen Baustein der Landesverteidigung sieht Litauens Regierung die geplante dauerhafte Stationierung der Bundeswehrbrigade.

Bereits weit über NATO-Vorgabe

Lettlands Verteidigungsausgaben liegen dieses Jahr mit 2,4 Prozent und geplanten 2,5 Prozent für 2025 bereits deutlich über dem NATO-Ziel. Estland liegt bereits jetzt bei 3,2 Prozent der Wirtschaftsleistung. Mit seinen lediglich 1,2 Millionen Einwohnern gibt der Baltenstaat damit in diesem Jahr immerhin 1,3 Milliarden Euro für die Verteidigung aus.

Für alle drei Länder stellen die steigenden Verteidigungsausgaben einen finanziellen Kraftakt dar, der mit Kürzungen in anderen Bereichen oder Steuererhöhungen bezahlt werden muss. In Estland ist zum Jahresanfang bereits die Mehrwertsteuer von 20 auf 22 Prozent angehoben worden. Obendrein haben die Esten mit einer extrem hohen Inflation zu kämpfen. Zur Deckung der steigenden Staatsausgaben denkt Estlands Regierung bereits über die Einführung von neuen Steuern nach. Auf längere Sicht wird auch die bislang extrem niedrige Staatsverschuldung Estlands steigen.

Litauens Parlament hat zur Anhebung des Verteidigungshaushaltes bereits im Juni Steuererhöhungen beschlossen. Genutzt werden sollen die zusätzlichen Steuereinnahmen auch zur Finanzierung der Infrastruktur für die neue Brigade.

Mit Steuererhöhungen, also zusätzlichen Belastungen der Bürger, besteht das Risiko, das sich ein grundlegendes Problem der baltischen Länder verstärkt. Das Baltikum steuert in den nächsten Jahrzehnten nämlich auf ein drastisches Absinken der Bevölkerungszahl zu. Diese Entwicklung kann sich durch Abwanderung junger Leistungsträger noch verschärfen. Eine Prognose von Eurostat sagt voraus, dass lediglich Estland in den kommenden Jahrzehnten mit einer annähernd konstanten Bevölkerungszahl rechnen kann. Insgesamt gehen Bevölkerungsforscher davon aus, dass die Einwohnerzahl der baltischen Länder jedoch bis zum Ende des Jahrhunderts von derzeit sechs Millionen auf etwa vier Millionen absinken wird.

UKRAINE

Deutsche Gemeinden verzweifeln

Erst litten die Dorfbewohner unter den Sowjets, nun kämpfen sie gegen die Russen ums Überleben

Pastor Alexander Gross ist Synodalpräsident der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Ukraine (DELKU) mit Sitz in Odessa. Die Verbindung zur Kirchenleitung in Moskau ist seit Februar 2022 unterbrochen. Denn zwei der insgesamt 18 Gemeinden, Berdjansk und Donezk, wurden von der russischen Armee 2014 und 2022 besetzt.

Pastor Gross wurde in einer deutschstämmigen Familie im Nordkaukasus geboren. Seit etwa 20 Jahren betreut er die Gemeinden Neuburg [Nowohradkiwka] und Peterstal [Petrodolynske] in der Region Odessa, in einem früheren Siedlungsgebiet von Schwarzmeerdeutschen, in das seit Beginn der 1990er Jahre wieder einige vertriebene Bewohner aus Zentralasien zurückgekehrt waren. 1805, etwa zehn Jahre nach der Gründung Odessas,

hatten Familien vor allem aus Württemberg 30 Kilometer westlich von Odessa zwei deutsche Kreise mit etwa 20 deutschen Dörfern gegründet. Die Mehrheit waren Lutheraner. 1944 wurden die letzten der etwa 500.000 Schwarzmeerdeutschen nach Zentralasien deportiert. Nur die zwei Dörfer Neuburg und Peterstal wurden ab 1991 von Rückkehrern aus Zentralasien mit deutscher Hilfe wieder neu besiedelt.

Die lutherische Gemeinde in Neuburg hat kürzlich das gesamte Gelände rund um die ehemalige Kirche zurückübertragen bekommen. Nach dem Willen der Kommune soll sich die kleine Gemeinde nun um die Ruine kümmern. Das alte Kirchengebäude wäre ein idealer Ort, um die vielen diakonischen Hilfen, die hier geleistet werden, zu bündeln und um die

Gemeinde zu versammeln. Nur ist es momentan kaum vorstellbar, wie seine Reparatur bezahlt werden könnte.

Peterstal liegt zehn Kilometer nördlich von Neuburg. Nach der Verfolgung in der Sowjetzeit wurde die Gemeinde 1992 wiedergegründet, die schlichte kleine Kirche 1998 eingeweiht. In verschiedenen Gebäuden der Gemeinde, darunter auch einige Container aus den 1990er Jahren, sind inzwischen rund 20 Flüchtlinge aus Schlangendorf [Smijiwka] untergebracht. Dieses wieder neu angesiedelte Vorzeigedorf in der Oblast Cherson war im Februar 2022 ohne Kämpfe unter die russische Kontrolle gekommen. Als die Soldaten nach zwei Monaten zum ersten Mal in den Ort kamen, gingen sie von Haus zu Haus und stahlen, was sie konnten. Viele waren betrunken und zerstörten mit ihren Pan-

zern die Infrastruktur des Ortes. Die Dorfbewohner sahen viel Schreckliches. Im November 2022 wurde das Dorf durch die ukrainische Armee zurückerobert.

Doch danach begann der permanente Beschuss durch die russischen Truppen. 70 Prozent der Gebäude sind inzwischen zerstört. Die Äcker der Bauern sind verseucht. Die Wasserversorgung ist nach der Sprengung des Kachowka-Stausees am 6. Juni 2023 schwierig geworden. Auch die Kirche von Schlangendorf, eines der schönsten neu renovierten Kirchengebäude der DELKU, hat etliche Treffer abbekommen. Die letzten 20 Russlanddeutschen haben Schlangendorf mit ihren Familien mittlerweile schweren Herzens verlassen. Von Deutschland erhoffen sich die Flüchtlinge neben der materiellen Hilfe aber ebenso ein Gebet. **Bodo Bost**

VON PETER ENTINGER

In den vergangenen Monaten hatte es immer wieder Berichte über Firmen gegeben, die ihre Mitarbeiter vermehrt zur Präsenz-Pflicht in den eigenen vier Büro-Wänden verpflichten wollten. Doch dabei handelte es sich wohl nur um Ausnahmen, wie aus einer Befragung des ifo Instituts hervorgeht.

Drei von vier der Unternehmen, in denen Homeoffice möglich ist, möchten es demnach unverändert beibehalten. Das macht die Umfrage des ifo Instituts deutlich. „Diese Ergebnisse widerlegen die Auffassung, dass der Trend zurück in die Büros geht“, erklärt ifo Forscher Jean-Victor Alipour. Lediglich zwölf Prozent planen strengere Vorgaben, und nur vier Prozent möchten die Arbeit von zu Hause komplett abschaffen. „Die öffentliche Berichterstattung konzentriert sich auf einzelne Unternehmen, in denen Homeoffice zurückgefahren werden soll. Das überzeichnet die tatsächliche Entwicklung“, so Alipour.

Reduzierte Bürokapazitäten

Elf Prozent der Firmen wollen die Regelungen demnach sogar weiter flexibilisieren. „Es ist unbestritten, dass Präsenzarbeit dem Homeoffice in manchen Aspekten überlegen ist. Strengere Regeln durch eine stärkere Koordinierung von gemeinsamen Präsenzzeiten können das Homeoffice insgesamt produktiver gestalten“, erklärte Alipour. 13 Prozent der Dienstleister und acht Prozent der Industrieunternehmen planen daher flexiblere Homeoffice-Regelungen. „Homeoffice ist und bleibt in Deutschland fest verankert. Die Uhren drehen sich nicht auf 2019 zurück“, sagte der Ifo-Forscher. Die Arbeit von zu Hause war in Deutschland in Gegensatz zu anderen Industrienationen wie den USA oder im asiatischen Raum lange verpönt. Erst während der Corona-Pandemie wurde in der Bundesrepublik ein Arbeitsmodell daraus. Der Trend zum Homeoffice hat gerade die großen Betriebe auch organisatorische Konsequenzen ziehen lassen. Rund ein Drittel der Großkonzerne haben Umfragen zufolge ihre Bürokapazitäten bereits reduziert.

Das Homeoffice senkt in Deutschland demnach den Bedarf an Büroflächen, primär in den Großstädten. Der Immobilienberater Colliers hat gemeinsam mit dem ifo Institut die Lage in den Großstädten Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf analysiert. Die regelmäßige Arbeit im Homeoffice sei für viele zur Normalität geworden. „Vor allem in Großunternehmen und in Branchen mit starker Homeoffice-Nutzung führt dies zu einem Rückgang der Nachfrage nach Büros“, heißt es in der



Immer mehr Arbeitnehmer bevorzugen das Modell „Homeoffice“, wenn es die eigenen Räumlichkeiten zu Hause zulassen

ARBEITSMODELL

Auch nach Corona – Firmen wollen flexibles Homeoffice

Die Auswirkungen spürt nicht nur der Immobilienmarkt, da immer mehr Gewerbeflächen leer stehen – Auch Kantinen kämpfen ums Überleben

Analyse. Wahrscheinlich werden zwölf Prozent weniger Flächen bis 2030 gesucht. Das entspräche in den sieben Großstädten einem Minderbedarf von rund 11,5 Millionen Quadratmeter Bürofläche.

Leer stehende Büros

„Die neue Arbeitswelt stößt einen Strukturwandel im Büromarkt an“, sagte ifo Forscher Simon Krause. Dementsprechend fielen die Umsätze am Bürovermietungsmarkt im Jahre 2023 auf das Niveau der akuten Corona-Krise. Der Büromarkt in Deutschland sei traditionell eng mit dem ifo Geschäftsklimaindex verbunden, erklären die Autoren. Die Leerstandsquote von unter drei Prozent im Jahre 2019 stieg auf über sechs Prozent im vergangenen Jahr. Büromietverträge in Deutschland haben eine durchschnittliche Lauf-

zeit von etwa sieben Jahren, deswegen zeigen sich die Nachwirkungen der Pandemie erst verzögert. Die Zahl der wegen Homeoffice leer stehenden Büros hat sich jedenfalls verdreifacht. Die Hoffnungen mancher Politiker, dass aus den leer stehenden Bürogebäuden Wohnraum entstehen könnte, erweisen sich dabei als trügerisch. Es gebe nur begrenzte Möglichkeiten, heißt es in der Analyse.

Verlagerung in die Vororte

Mit dem Trend zum Homeoffice sind aber auch Einrichtungen in eine tiefe Krise gestürzt, die lange Jahre die „Seele“ einer Firma bildeten. Leere Plätze zählen heute in zahlreichen Betriebskantinen zum Alltag. Manche schränken den Betrieb ein. Es gibt derzeit noch keine genauen Erhebungen, wie sich das Homeoffice auf die Gas-

tronomie in den Betrieben und auch in den Großstädten auswirkt. Beim Versicherungskonzern Allianz hat man beispielsweise eine interessante Erfahrung gemacht: „Viele Mitarbeiter verabredeten sich wieder zum Mittagessen“, teilt die Allianz mit. Auch das sei eine Folge der Corona-Einschränkungen. Wie die Allianz möchten auch andere Firmen ihre Standorte wieder attraktiver machen, sodass die Beschäftigten wieder mehr Zeit vor Ort verbringen und sich austauschen.

Die Entwicklung der Innenstädte wird allerdings spannend zu beobachten sein. Schon jetzt kommt das Ifo-Institut zu dem Ergebnis, dass sich ein Teil der Einzelhandelsumsätze aus den Zentren an die Stadtränder und in die Vororte verlagert hat. Eben dort, wo die Menschen im Homeoffice in aller Regel leben.

SPARKURS

Intel baut weltweit massiv Arbeitsplätze ab

Sachsen-Anhalts Opposition bangt um die 3000 geplanten neuen Jobs in der Chipfabrik bei Magdeburg

Der US-amerikanische Halbleiterhersteller Intel dominierte einst weltweit die Mikrochip-Branche, fiel dann aber zurück. Das lag unter anderem am Fehlen eines konkurrenzfähigen Spezialprozessors für Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Im Rennen um die Belieferung der Smartphone-Hersteller blieb Intel ebenfalls auf der Strecke. Selbst bei den konventionellen PC-Prozessoren beträgt der Marktanteil des Konzerns inzwischen nur noch 60 Prozent.

Das hatte natürlich gravierende Konsequenzen. Schrumpfenden Umsätzen und Gewinnen folgte der Absturz der Intel-Aktie um zeitweise bis zu 20 Prozent. Auf diese Entwicklung reagiert Intel jetzt mit einem harten Sparkurs, der Kosten senken um zehn Milliarden US-Dollar vorsieht. Diese sollen vor allem durch den

Abbau von 15 Prozent der Stellen erreicht werden, wovon weltweit 18.000 Mitarbeiter betroffen wären. Daher mehren sich in Sachsen-Anhalt die Befürchtungen vor einem Rückzug von Intel.

Am 15. März 2022 hatte der Konzern angekündigt, bis 2027 am Autobahnkreuz Magdeburg-Sudenburg eine aus zwei Werken bestehende Chipfabrik in Betrieb zu nehmen und so 3000 Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür versprach die Bundesregierung Subventionen in Höhe von 9,9 Milliarden Euro, während Intel seine künftigen Aufwendungen mit mehr als 20 Milliarden bezifferte – was die größte ausländische Direktinvestition aller Zeiten in Deutschland ergäbe. Nun bangt man in Magdeburg und Berlin, ob Intel zu seinem Wort stehen wird, zumal die Subventionen noch der Zustimmung der EU

bedürfen und der Konzern bereits Projekte in Frankreich und Italien stornierte.

Angesichts dessen fragte die Linksfraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt die CDU-SPD-FDP-Landesregierung, ob es einen Plan B gebe, sollte die Intel-Fabrik nicht kommen. Die Antwort lautete, dass die in der Erschließung befindlichen Flächen dann eben „an alternative Industrie- und Gewerbeunternehmen“ gingen, welche bereits Interesse signalisiert hätten. Die Linken-Fraktionschefin Eva von Angern kommentierte dies mit den Worten: „Die Landesregierung spielt mit Intel Poker und investiert Millionen-summen, ohne feste Garantien zu haben. Das ist kreuzgefährlich.“

Allerdings zeigte sich der Regierungssprecher Matthias Schuppe überzeugt davon, dass Intel an dem Projekt in Magde-

burg festhalten werde, denn dieses sei ein „fester Pfeiler“ in der Unternehmensstrategie und unverzichtbarer Teil der Neuausrichtung des Chip-Herstellers. Und das entspricht tatsächlich der Realität. Der Konzern braucht die neuen Werke in Sachsen-Anhalt, weil er die massenhafte Auftragsfertigung von Mikrochips für andere Firmen als künftiges Kerngeschäft ansieht und baldmöglichst an seinem diesbezüglichen Hauptkonkurrenten, dem derzeitigen Weltmarktführer TSMC aus Taiwan, vorbeiziehen will.

Andererseits weigerte sich der Intel-Chef Patrick Gelsinger aber bislang, eine verbindliche Zusage zu geben, dass das Projekt in Magdeburg trotz der Sparpläne verwirklicht werde. Auch deshalb hält die Unsicherheit auf deutscher Seite weiterhin an.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Habecks Wasserstoff

Hamburg – In Hamburg überbrachte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Förderbescheide von Bund und Land über 280 Millionen Euro für ein Wasserstoffzentrum auf dem Gelände des ehemaligen Kohlekraftwerks Moorburg und für ein Leitungsnetz über 60 Kilometer. Mit einem 100-Megawatt-Elektrolyseur und dem Wasserstoff-Industrienetz entsteht ein Green Hydrogen Hub, der Industriebetriebe in Hamburgs Süden ab 2027 mit Wasserstoff versorgen soll. Mit Sonnen- und Windenergie und dem Hafen für den zusätzlichen Wasserstoff-Import sei Hamburg ein perfekter Standort für die Wasserstoff-Wirtschaft, sagte Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne). Anfang 2023 waren der Ölkonzern Shell und Mitsubishi Heavy Industries überraschend aus dem Projekt ausgestiegen. Mit dem Infrastruktur-Investor Luxcara fanden die kommunalen Hamburger Energiewerke einen neuen Partner für ihr Mega-Wasserstoffprojekt. D.J.

US-Ölkonzern beliefert Russen

Curaçao/Houston – Der Ölfelddienstleister Schlumberger Ltd. (SLB) hält laut „Financial Times“ an Aktivitäten in Russland fest. Baker Hughes, Halliburton und SLB hatten als führende Dienstleister für die Ölförderung eigentlich angekündigt, sich vollständig oder zumindest größtenteils vom russischen Markt zurückziehen zu wollen. Auch SLB, als das weltweit größte Unternehmen für Erdölexplorations- und Ölfeldservice, hatte im Juli 2023 verkündet, keine Produkte und keine Technologien mehr nach Russland zu liefern. Wie die „Financial Times“ unter Berufung auf russische Zollunterlagen aber berichtet, sind bis Dezember 2023 nach Russland Ausrüstungen im Gesamtwert von 17,5 Milliarden Dollar eingeführt worden. Dabei soll es sich laut der Zeitung auch um Importe von Ausrüstungen gehandelt haben, bei denen Tochterunternehmen von SLB als Hersteller angegeben wurden. H.M.

Spatenstich für TSMC-Werk

Dresden – Im Norden der sächsischen Hauptstadt hat der weltgrößte Halbleiterhersteller TSMC den ersten symbolischen Spatenstich zum Bau eines neuen Werks vollzogen. Der Baubeginn ist für den Jahreswechsel angekündigt. Errichtet wird das Werk in Dresden als Gemeinschaftsprojekt von TSMC mit den Unternehmen Bosch, Infineon und NXP. Die beteiligten Firmen rechnen mit einem Produktionsstart bis zum Ende des Jahres 2027. Laut „Handelsblatt“ wird Taiwans Chiphersteller in Dresden 3,5 Milliarden Euro investieren, Bosch, Infineon und NXP Semiconductor jeweils etwa 500 Millionen Euro. Fast zeitgleich mit dem Spatenstich für das Dresdner Werk hat die EU-Kommission eine staatliche Beihilfe für das Projekt genehmigt. Der Bund darf das Projekt demnach mit fünf Milliarden Euro fördern. Im Dresdner Werk wollen die beteiligten Unternehmen vor allem Chips für die Autoindustrie herstellen. H.M.

KOMMENTARE

Steinmeiers Preußen

RENÉ NEHRING

Selten hat ein Festredner die Gastgeber einer Veranstaltung so düpiert wie der Bundespräsident am vergangenen Donnerstag. Anlässlich der Einweihung des wiederaufgebauten Turms der Potsdamer Garnisonkirche (siehe Seite 5) erklärte das Staatsoberhaupt: „So wie der Wiederaufbau des Turmes legitim war und bleibt und der Stadt etwas Gutes hinzufügt, so sollte meines Erachtens auch das (aus DDR-Zeiten überlieferte – die Red.) Rechenzentrum erhalten bleiben.“ Damit schlug sich Steinmeier, immerhin Schirmherr des Projektes, auf die Seite der wenigen, aber lautstarken Gegner eines Wiederaufbaus des Gotteshauses. Und dies, obwohl die Wiederherstellung der historischen Innenstadt samt Garnisonkirche seit den frühen 90er Jahren offizielles Ziel der stets von Sozialdemokraten geführten Potsdamer Stadt- und Landespolitik ist!

Auch sonst war Steinmeiers Rede zum Kopfschütteln. Sowohl für die Garnisonkirche als auch für den preußischen Staat, dessen Symbol das Gottes-

haus einst war, listete er nur die üblichen Negativklischees wie „Militarismus und Nationalismus“ oder die Verherrlichung von Krieg und bedingungslosem Gehorsam auf. Positive Aspekte, zum Beispiel, dass zahlreiche Offiziere des militärischen Widerstands gegen Hitler Glieder der Gansonkirchengemeinde waren, verschwieg Steinmeier.

Was wenig wundert, ist das Ausblenden der historischen Verdienste des Hohenzollernstaats – wie die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und eines vorbildlichen Rechtssystems oder die Begründung des modernen Sozialstaats und erst recht die wegweisende Migrationspolitik – doch stets die Grundlage aller antipreußischen Ressentiments. Würden Steinmeier und all die anderen Preußengegner auch nur ansatzweise darauf eingehen, würde ihre Kritik an der Wiederherstellung der Garnisonkirche umgehend gegenstandslos werden.

Die Verantwortlichen des Wiederaufbaus sollten sich indes gut überlegen, ob sie sich weiter mit einem Schirmherrn schmücken wollen, der ihnen derart offen in den Rücken fällt.



Könnten an akuter Geldnot scheitern: Die Spitzen der Ampelregierung

Foto: picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

LEITARTIKEL

Koalition in der Sackgasse

VON HANS HECKEL

Die Bluttat von Solingen hat die ohnehin angespannte politische Stimmung in Deutschland noch einmal drastisch angeheizt. Im Visier massiver Kritik steht die gesamte Asyl- und Einwanderungspolitik, welche die jetzige Ampelregierung von der Merkel-Union übernommen und fortgeführt hat.

Offen ist, ob und inwieweit das schreckliche Attentat eines radikalen Moslems aus Syrien mit drei Toten und acht Verletzten noch Einfluss auf die Ergebnisse der Landtagswahlen am kommenden Sonntag in Sachsen und Thüringen ausüben wird. Schon ohne die Schreckenstat trudelten die drei Ampelparteien auf katastrophale Wahlergebnisse in den beiden mitteldeutschen Ländern ebenso wie drei Wochen später in Brandenburg zu (siehe Seite 3).

Der Berg von Problemen wird größer und größer

Beobachter in Berlin spekulieren schon seit Januar über ein vorzeitiges Aus der Ampel. Als Haupthindernisse gelten das Fehlen alternativer Koalitionsoptionen sowie die Furcht vor allem in der FDP, nach einem Bruch als „Verräter“ gebrandmarkt zu werden und in der Wählergunst noch tiefer zu fallen.

Die Frage ist, ab welchem Punkt insbesondere die Liberalen ihren Verbleib in der Regierung für parteipolitisch gefährlicher halten als ein vorzeitiges Ausscheiden. Schon das absehbar verheerende Abschneiden der Partei von Bundesfinanzminister Christian Lindner bei den Landtagswahlen dürfte die Fliehkräfte nach dem Urnengang am Sonntag beflügeln. Hinzu kommen jedoch noch weitere neue Probleme, die sich kaum mehr durch vernebelnde Worte oder Ablenkungsmanöver wegdrängen lassen.

Sowohl der Bundeshaushalt für das laufende Jahr wie der Plan für 2025 konnten nur noch mit Tricks und Kniffen zusammengeschustert werden und strotzen von Unsicherheiten. Beide Etats sind halsbrecherisch auf Kante genäht. Das hat zur Folge, dass schon kleinste negative Abweichungen auf der Einnahmen- wie der Ausgabenplanung das gesamte Konstrukt zum Einsturz bringen können.

Genau das aber zeichnet sich gerade ab, und zwar für beide Haushaltspläne gleichzeitig. So ergab die Steuerschätzung

für Juni, dass die Einnahmen des Staates im Vergleich zum Vorjahresmonat von 71 auf 64 Milliarden Euro eingebrochen sind. Geld, von dem auch im Bundeshaushalt einiges fehlen dürfte. Kurz darauf erbrachte die Schätzung für August, dass die Industrieproduktion „überraschend“ zurückgegangen sei.

Das Wort „überraschend“ legt nahe, dass mit besseren Zahlen kalkuliert worden ist. Auch das wird nicht ohne Auswirkung auf die Haushaltslage des Bundes im laufenden Jahr bleiben. Und Besserung ist nicht in Sicht. Der ifo Geschäftsklima In-

steigt die Arbeitslosigkeit aber schon jetzt, und die Aussichten sind – siehe ifo – alles andere als vielversprechend.

Die Buchhaltungstricks sind ausgereizt

Was bedeutet das für die nahe Zukunft der Ampel? Wenn es ernst wird, und danach sieht es aus, müssten Nachtrags Haushalte für 2024 gezimmert und das Budget für 2025 sogar noch einmal ganz neu verhandelt werden. Bei den bisherigen Haushaltsbeschlüssen aber sind alle Ampelpartner bereits bis zum Äußersten gegangen – so zumindest ihre Selbstwahrnehmung. Weitere Kompromisse, ob vom Lager aus SPD und Grünen auf der einen oder dem der FDP auf der anderen Seite, scheinen da kaum noch vorstellbar zu sein. Worin sollten die auch bestehen? Für Rot-Grün bestünde die Lösung in einer Lockerung der Schuldenbremse, wie sie sie schon während der gesamten Haushaltsberatungen gefordert hatten. Finanzminister Lindner hingegen hat es sich zum Markenkern gemacht, genau das zu verhindern. Der Freidemokrat müsste also harte Kürzungen fordern zur Rettung der beiden Bundeshaushalte, etwa im Bereich Soziales (Bürgergeld) oder bei der Entwicklungshilfe. Hier jedoch stellen sich Grüne und beim Sozialen vor allem die SPD quer.

Da haushalterische Tricks, wie etwa den Zuschuss für die Deutsche Bahn nur als Kredit zu gewähren, ausgereizt sind, können die Koalitionäre dieser harten Realität wohl kaum mehr ausweichen, zumal das Bundesverfassungsgericht zur vergangenen Jahreswende eine klare Grenze gezogen hat, wie weit solche Manöver gehen dürfen.

Wer zieht der Ampel den Stecker?

1982 zerbrach die SPD/FDP-Koalition letztlich daran, dass der damalige SPD-Finanzminister Manfred Lahnstein einen Haushalt für 1983 aufstellte, der sich jenseits aller realistischen Erwartungen bewegte. Für die FDP war dies der Anlass, eine grundlegende Wende zu verlangen, was das Ende der Koalition einläutete.

FDP-Chef Lindner hat bereits zwei Gelegenheiten (im Januar und im frühen Sommer) verstreichen lassen, um die Ampel zu verlassen. Will er nicht mit einer sagenhaft gescheiterten Koalition in die nächste Bundestagswahl gehen, wird er irgendwann handeln müssen.

Olympia in Berlin-Stettin

HERMANN MÜLLER

Hundert Jahre nach den Olympischen Spielen von 1936 könnte Berlin erneut Austragungsort der Sportveranstaltung werden. Bereits 2023 hatte die Berliner Landesregierung die Bereitschaft erklärt, dass die Stadt 2036 oder 2040 Olympia-Gastgeber werden will. Bei einer Bewerbung muss die Bundesrepublik mit einem Konkurrenzgebot Polens rechnen. Die Regierung in Warschau strebt eine Bewerbung mit Blick auf 2040 oder 2044 an. Als charmanten Punkt einer deutschen Olympia-Bewerbung schlug Berlins Innensenatorin Iris Spranger nun ein sportliches Tandem mit der Hansestadt Hamburg vor. Offen zeigte sich die Senatorin aber auch für eine Kooperation mit anderen Städten. Sprangers Idee verdient Unterstützung! Zu wünschen ist ihr der nötige Mut und die Offenheit für neue Ideen. Warum kooperiert Berlin bei einer Olympiabewerbung außer mit Hamburg nicht auch

mit Stettin? Stettin selbst hatte bereits 2014 Interesse bekundet, sich an einer Olympia-Bewerbung Berlins zu beteiligen. Wie der stellvertretende Stadtpräsident der pommerschen Hafenstadt damals erklärte, wären die Ostsee und Stettins Dammscher See ideale Austragungsorte für die Segel- und Surfwettbewerbe. Durchaus positiv nahmen polnische Medien es auf, als die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in einem Zukunftspapier ebenfalls eine Olympia-Kooperation Berlins mit Stettin vorschlug. Ein Aufgreifen dieser Idee kann Berlins Chancen deutlich steigern. Beim Internationalen Olympische Komitee dürfte der Vorschlag, das Sportereignis auf mehrere Regionen zu verteilen, offene Türen einrennen. Als Pluspunkt kann Berlin vorweisen, dass ein Großteil der Sportstätten bereits vorhanden ist. Weitere Austragungsorte für Wettkämpfe in den beiden Hansestädten Hamburg und Stettin wären die perfekte Ergänzung.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON STEPHANIE SIECKMANN

Im Laufe seines Lebens hat Anton Bruckner weite Wege beschritten. Zu Fuß, im Geiste und in seiner Entwicklung. Seine Liebe zur Orgel trieb ihn mit Leidenschaft und Inbrunst voran. Mit der Beharrlichkeit des ewig Lernenden ließ er sich auf der Karriereleiter viel Zeit beim Erklimmen neuer Sprossen und feilte fortwährend an seinen Fähigkeiten. Am Ende setzte der am 4. September 1824 geborene Junge aus armen Verhältnissen neue Maßstäbe.

Der Weg von seinem Geburtsort, dem ländlichen Anselden unweit von Linz, zum gefeierten Orgelvirtuosen in der Londoner Royal Albert Hall war zu Beginn alles andere als steil. Dieser Weg hat nichts von dem strebsamen Beschreiten einer Hauptstraße, bei dem das Ziel stets im Blick behalten wird. Vielmehr erweckt Bruckners Entwicklung den Eindruck von einem Wunsch nach Überschaubarkeit und schmalen, gewundenen Pfaden.

Dabei machte es sich Bruckner keineswegs einfach. Während seiner Zeit als Lehrer im Stift Sankt Florian in Kronstorf wohnte er im etwa zehn Kilometer entfernten Enns. Zu dieser Zeit war das Automobil noch nicht erfunden. Um die Orgel zu spielen, die er so liebte, musste er sich zu Fuß auf den Weg nach Steyr machen. Um sowohl seiner Arbeit wie auch dem Orgelspiel nachgehen zu können, legte er die Strecke teilweise zweimal täglich zurück. Dabei galt Bruckners sportliche Leidenschaft keineswegs dem Wandern, sondern dem Schwimmen.

Die bescheidene Lebensweise von Bruckner steht im starken Kontrast zu der Tiefe und Weite, die seine musikalischen Werke prägen. Gut möglich, dass er den Verzicht auf Opulenz und Fülle in der irdischen, physischen Lebensführung für die Konzentration der Sinne nutzte. Das Erfühlen, Erspüren und Ersinnen seiner Kompositionen führten ihn in andere Dimensionen. Dorthin, wo es keine Grenzen gibt. Das spiegelt sich in seinem Werk wider. Immer wieder werden seine Sinfonien als spirituell tiefgehend bezeichnet.

Aber der Zugang zu seinen Kompositionen wird längst nicht jedem Zuhörer gewährt. Seine Musik wird vor allem zu Beginn von Zeitgenossen als „schwierig“



Zum 200. Geburtstag
Anton Bruckners
– Linz feiert den
Komponisten mit
eigenwilligen
Veranstaltungen

FOTO: IMAGO/ZOONAR

bezeichnet. Dasselbe Attribut wird auch seiner Person zugeschrieben.

Vom kirchlichen Umfeld auf dem Land verlegte Bruckner 1868 seinen Lebensmittelpunkt ins kulturell geprägte Wien mit seiner weltstädtischen Atmosphäre. Das war ein Spannungsfeld, in dem er sich trotz allem treu blieb. Einer, der sich besonders intensiv mit Bruckner beschäftigte, seit er mit acht Jahren erstmals dessen Musik hörte, ist Norbert Trawöger. Der künstlerische Direktor des Bruckner-Orchesters Linz sagt: „Bruckner blieb immer der vom Land.“

Der Wechsel vom Ländlichen in die Hauptstadt brachte auch beruflich einen Wendepunkt. Bruckner übernahm in Wien die Professur am Konservatorium der Musikfreunde. Vom Sakralmusiker und Organisten wagte er den Schritt, sich als Komponist von monumentalen Sinfonien zu etablieren. Damit setzte er sich der Kritik der Öffentlichkeit aus, die ihm zum Teil mit scharfer Zunge begegnete.

Das ist heute anders. Der 200. Geburtstag von Bruckner wird in Oberöster-

reich ausgiebig gefeiert. Die Auseinandersetzung mit dem Musiker Bruckner und seinem Werk veranschaulicht die Komplexität. Bruckner wird ins Rampenlicht gerückt und aus verschiedensten Blickwinkeln intensiv beleuchtet. Trawöger, dem künstlerischen Leiter der Kultur-Expo „AntonBruckner2024“, ging es darum, Bruckner greifbar, fühlbar und hörbar zu machen. Das Ziel: kein Gedenkjahr, sondern eine bewegte Sinfonie, die durch das Land zieht.

Musik auf der „Schorgel“

Dabei gibt es einen „Klangwald“, Kunst-Automaten und Bruckner-Most inklusive. Zu erleben ist das mit einer Ausstellung im Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek sowie mit Aufführungen, die mal in kleinen Salons, mal in großen Musikhäusern oder auch unter freiem Himmel gespielt werden. Neben Konzerten gibt es Vorträge und ein hochmodernes Experiment: An Bruckners Ehrentag, dem 4. September, werden Punkt Mitternacht die Vibrationsgeräusche der Glo-

cken von Notre Dame über die Eishöhlen des Dachstein ihren Weg in den Mariendom von Linz finden und dort einen weltumspannenden Klang zaubern.

So unkonventionell wie Bruckner war, so ausgefallen ist auch die „Schorgel“. Der Name sagt es: die Orgel spielt eine Rolle. Die verschiedenen Orgelpfeifen werden dabei durch Schaukeln und Wippen betätigt – so wird ein Spielplatz zum Musikzimmer. Inspiration für dieses Experiment war die Orgel im Alten Dom von Linz. Ihre Luftversorgung wurde, wie damals üblich, durch das Treten eines Blasebals betrieben. Dafür waren Balgtreter notwendig.

Die „Schorgel“ greift das Element der Gruppen-Dynamik bei der Inszenierung der Orgel auf. Das Objekt tourt in diesem Sommer durch Oberösterreich und bringt den ungewöhnlichen Bruckner-Erlebnisraum in verschiedene Orte, die einen Bezug zum Komponisten haben.

In einem Podcast wird Bruckner auf die Couch gelegt und von Österreichs bekanntesten forensischen Psychiaterin,

Heidi Kastner, unter die Lupe genommen. Sie ist der Meinung, dass einiges dafür spricht, dass Bruckner eine neurotische Persönlichkeit hatte. Sein Verhalten war oft geprägt von Ängsten, Unsicherheiten, Zwängen und einer Tendenz zur Kränkbarkeit. In einem Podcast über den Musiker äußert sie: „Bei Mozart hab ich immer das Gefühl gehabt, der hat eine Begabung fürs Leben gehabt. Beethoven schon weniger, Bruckner gar nicht. Der hat sich an der Tischkante entlanggehängt und war gekränkt, wenn der Tisch aus war.“

Das „BruQner“ getaufte Musik-Happening im Mariendom von Linz bringt am 4. September moderne Technik und Wissenschaft in Verbindung mit der Musik Bruckners. Während Kirchenorgeln den Klang liefern, werden verschränkte Photonen mit Hilfe von Lasern, Spiegeln, und Polarisatoren zum Einsatz gebracht, um Bruckners „Perger Präludium“ einen völlig neuen, hochmodernen Ausdruck zu verleihen.

Der Junge aus armen Verhältnissen, der als Sängerknabe zum Stift Sankt Florian kam; der Komponist und Organist, der als bescheiden und neurotisch bezeichnet wurde; Bruckner, der gefeierte Sinfoniker, der mit seinen Improvisationen an der Orgel in London und Paris 70.000 Menschen begeisterte – sein Weg führte ihn am Ende seines Lebens auf das Schloss Belvedere. Kaiser Franz Joseph I. stellte ihm dort mietfrei ein Zimmer in einem Nebengebäude zur Verfügung. Ein mehr als würdiges Ende für ein Leben, das der Musik gewidmet war.

● **Buchtipps:** Norbert Trawöger, **Bruckner: Journal einer Leidenschaft**, Residenz Verlag 2024, 160 Seiten, 22 Euro; Andrea Harrandt, Thomas Leibnitz, **Anton Bruckner: Der fromme Revolutionär**, Residenz Verlag 2024, 256 Seiten, 34,90 Euro; Klaus Petermayr, Alfred Weidinger (Hg.), **Anton Bruckner: Eine Biografie**, Verlag Anton Pustet 2023, 352 Seiten, 30 Euro; Felix Diergarten, **Anton Bruckner: Ein Leben mit Musik**, Metzler Verlag 2023, 243 Seiten, 29,99 Euro. **Bruckner: Complete Symphonies Edition**, Christian Thielemann & Wiener Philharmoniker, 11 CD-Box-Set, Sony Music. Alle Termine zum Bruckner-Geburtstag: www.anton-bruckner-2024.at

KULTURELLES WELTERBE

In Aschebüchern gelesen

20 Jahre nach der Brandkatastrophe – Die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek richtet sich bis 2028 neu aus

Am 2. September 2004 löste ein defektes Kabel einen Großbrand in der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek aus. Der Dachstuhl und der historische Rokokosaal wurden zerstört, Gemälde, Büsten, Handschriften und Bücher gingen unwiederbringlich verloren. Schon kurz nach der Katastrophe spendeten die Weimarer Geldmittel zum Wiederaufbau des Gebäudes und der Sammlungen. Dank neu entwickelter Verfahren konnten verloren geglaubte Bücher restauriert und als sogenannte Aschebücher in die Sammlungen der Bibliothek zurückgeführt werden.

20 Jahre nach dem Brand gestaltet die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek mit dem Projekt „Future Memory“ ihre strategische Ausrichtung bis 2028 und öffnet neue Perspektiven auf ihre Sammlungen und Bestände. Das Projekt fokussiert auf drei Linien, die fortlaufend auf der Webseite der Klassik Stiftung Weimar präsentiert werden: Mit „Sammlungen entdecken“ werden Sammlungen der Bibliothek über einen digitalen Suchraum und mit zentralen Beständen neu zugänglich

gemacht und die Bibliothek als Medienarchiv erschlossen. „Originale erhalten“ ist der Auftrag, mit neu entwickelten Verfahren und Projekten, die kulturelle Überlieferung zu erhalten und zugänglich zu machen. Und „Zeitzeugen berichten“ si-

chert die Erinnerungen an den Brand für ein Zukunftsarchiv, das Orientierungen vermitteln soll.

Rund um den 20. Jahrestag des Brandes findet ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm statt. Vom 2. bis 5. Sep-

tember sowie am 7. September, jeweils um 16 Uhr, finden szenische Lesungen internationaler Autoren statt. Die Lesungen ergänzen die Intervention und haben ausgesuchte Aschebuchfragmente zur Grundlage. Am 4. September widmet sich ein Abend Brandursache und Bergung der schwer brandgeschädigten Bücher. Nach Präsentationen zur Brandursache wird der frühere Weimarer Feuerwehrmann Ralf Seeber die Bergung mit Gesprächspartnern zum Thema machen.

Zum Tag der Freundinnen und Freunde am 6. September beginnt um 17 Uhr ein Programm zum Jahrestag des Brandes mit drei Gesprächsrunden und Präsentationen im Studienzentrum. Begleitend zu den Veranstaltungen können sich Interessierte auch über die drei Linien des Projekts „Future Memory“ informieren. An einzelnen Stationen im Studienzentrum werden die Themen und Inhalte an Originalen und digital präsentiert und von Bibliothekaren erläutert. *H. Tews/KSW*

● Alle Termine: www.klassik-stiftung.de



War 2004 ausgebrannt: Wiederhergestellter Rokokosaal der Anna-Amalia-Bibliothek

FOTO: ALEXANDER BURZIK/SPW

● MELDUNGEN

Surminski stellt neues Buch vor

Hamburg – Der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski, der am 20. August seinen 90. Geburtstag feierte (die PAZ berichtete), stellt am 5. September im Mahnmahl der im Krieg zerstörten St. Nikolaikirche in der Hamburger Willy-Brandt-Straße seinen neuen Roman „Von den Wäldern“ vor. Beginn ist um 19 Uhr. Anmeldungen unter: www.mahnmal-st-nikolai.de *tws*

Denkfest bei Humboldts

Berlin – Anlässlich des 300. Geburtstags von Immanuel Kant versammeln das Potsdamer Einstein Forum und das Humboldt Forum am 30. und 31. August im Berliner Stadtschloss Denker aus Afrika, Asien und Amerika zu dem öffentlichen „Denkfest: Aufklärung in der Welt“. Weitere Infos unter: www.humboldtforum.org *tws*

CHEMNITZ

Die Münze zum Titel

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine 20-Euro-Sammlermünze „Chemnitz – Kulturhauptstadt Europas 2025“ prägen zu lassen und im Mai nächsten Jahres herauszugeben. Die Münze würdigt die Verleihung des Titels „Kulturhauptstadt Europas“ an die sächsische Stadt.

Die Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimetern und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis.



Bildseite der Silbermünze

Die Münze Deutschland, der offizielle Vertrieb für Sammlermünzen und Gedenkmünzen der Bundesrepublik Deutschland, wird über den genauen Preis und die konkreten Bestellmodalitäten rechtzeitig vor dem Ausgabetag informieren.

Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Hagen Täuscher aus Berlin. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung das Motto der Kulturhauptstadtbewerbung „C the Unseen“ in regulärer Schreibweise und gespiegelt.

Die Bildseite zeigt zwölf typische Motive der Stadt Chemnitz aus Architektur und Geschichte. Sie sind am äußeren Rand in zwölf Kreissegmenten platziert – neun von ihnen formen



Wertseite der Silbermünze

das für die Stadt und ihre Kampagnen bekannte C-Emblem. Jedes Kreissegment ist gestalterisch mit einem Stern verknüpft und transportiert damit das Bekenntnis zur Europäischen Union. Im Münzzentrum befindet sich reliefartig hervorgehoben ein Teil der nördlichen Stadtgrenzen. Sie fungieren als Träger für das Kampagnen-Logo „2025“, den Stadtnamen „CHEMNITZ“ und das Ereignis „KULTURHAUPTSTADT EUROPAS“.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „J“ der Hamburgischen Münze, die Jahreszahl 2025 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ aufgeprägt. PAZ



Obwohl er schon der zweiten Generation der Deutschamerikaner angehörte, fühlte er sich zeitlebens der Heimat und vor allem der Sprache seiner Vorfahren verbunden: John A. Quitman

Foto: National Archives at College Park / Wikimedia

JOHN A. QUITMAN

Deutschamerikanischer Südstaatler

Der Politiker, General und Rechtsanwalt kam vor 125 Jahren im Bundesstaat New York zur Welt, aber wählte den Staat Mississippi zur Heimat

VON WOLFGANG REITH

Am 1. September 1799 wurde in Rhinebeck im US-Bundesstaat New York dem deutschstämmigen Theologen und Missionar Friedrich Heinrich Quitmann (Frederick Henry Quitman) und seiner aus den Niederlanden stammenden Ehefrau ein Sohn geboren, der sich später einen Namen in der Geschichte seines Landes machen sollte: Johann Anton Quitmann, in den USA bekannt als John Anthony Quitman (die Familie ließ schon wenige Jahre nach der Einwanderung Namen und Vornamen anglisieren). Auch wenn er nicht den Bekanntheitsgrad anderer Deutschamerikaner besitzt, so sind seine Spuren doch bis heute in den USA durchaus lebendig geblieben.

Der Großvater war Militärinspektor der preußischen Garnison Kleve gewesen. Der Vater studierte Theologie und wirkte lange Jahre als Missionar in Curaçao. In den Wirren der Französischen Revolutionskriege wanderte er 1795 mit seiner Familie in die USA aus, wo er unter anderem von 1807 bis 1827 als Präsident der Lutherischen Kirche im Staat New York tätig war.

Sohn Johann Anton, der vier Jahre nach der Ankunft seiner Eltern in der neuen Heimat geboren wurde, studierte nach der Schulausbildung ab 1816 zunächst Theologie. Daneben verdiente er sich etwas Geld, um Schüler in Englisch und Deutsch zu unterrichten. 1818 wurde er als Lehrer in Germantown (Pennsylvania) angestellt, doch schon im Jahr darauf siedelte er nach Ohio über, wo er bei einem Anwalt eine juristische Ausbildung absolvierte, die er ab 1820 in Dela-

ware fortsetzte. 1821 wurde er als Rechtsanwalt zugelassen, zog aber Ende des Jahres nach Natchez (Mississippi), wo er als Partner in die Praxis eines Anwalts eintrat, die er nach dessen Tod 1827 übernahm. Schon bald war Quitman ein angesehener Mann im Ort. Zudem galt er als guter Redner und ausgezeichnete Schütze. Im Rang eines Majors war er ab 1823 auch Brigadeinspektor der Mississippi-Milizen. 1824 heiratete er die Tochter eines wohlhabenden Bürgers in Natchez. Aus der Ehe ging eine Reihe von Kindern hervor, von denen einige allerdings schon im Kindesalter starben.

Neben seinem Beruf widmete sich Quitman verstärkt der Politik. So ließ er sich 1827 als Abgeordneten in das Repräsentantenhaus von Mississippi wählen, in dem er auch Mitglied des Rechtsausschusses war. Ein kalbes Jahrzehnt später wurde Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung von Mississippi und Vorsitzender des Rechtsausschusses dieses Gremiums. 1835 erfolgte Quitmans Wahl in den Senat von Mississippi, als dessen Präsident er ab dem 3. Dezember des Jahres fungierte. In dieser Eigenschaft war er bis zum 7. Januar 1836 zugleich amtierender Gouverneur des Staates.

Erst für die Annexion Mexikos ...

Als sich Texas 1836 von Mexiko löste und für unabhängig erklärte, kam es zum Krieg zwischen den USA und Mexiko, weil Letzteres sein Territorium mit Waffengewalt halten wollte, die USA hingegen ihren Siedlern in Texas militärisch zu Hilfe eilten. In dieser Situation stellte Quitman eine Kompanie Freiwilliger auf, um mit ihr den Kampf gegen die Armee des mexikanischen Präsidenten zu un-

terstützen. Doch bevor er und seine Truppe in Texas eintrafen, war der Krieg schon zugunsten der USA entschieden – Texas wurde ein unabhängiger Staat. Nach seiner Rückkehr wurde Quitman Richter am Obersten Gerichtshof von Mississippi. Außerdem erhielt er 1838 als Brigadegeneral den Befehl über die Milizen des Staates. Im Jahr darauf unternahm er eine ausgedehnte Europareise, die ihn nach Großbritannien, Deutschland und in die Niederlande führte. Dabei stellte er auch Nachforschungen über seine ursprünglich aus Westfalen stammenden Vorfahren an. Zurück in den USA, betätigte er sich wieder aktiv in der Politik.

Nachdem sich die Republik Texas um die Jahreswende 1845/46 entschlossen hatte, den USA als Bundesstaat beizutreten, versuchte Mexiko erneut, das Land gewaltsam zurückzuerobern. Quitman meldete sich sofort zum Kriegseinsatz und zog als Brigadegeneral der Freiwilligen-Verbände von Mississippi gegen Mexiko. Am Rio Grande schloss er sich der Armee General Zachary Taylors an. Im September 1846 trug er maßgeblich zur Eroberung der Stadt Monterrey bei. Und im Januar 1847 marschierte er zusammen mit General Robert Patterson nach Vera Cruz, das nach schweren Kämpfen eingenommen wurde. Im März erhielt Quitman vom US-Kongress als Tapferkeitsauszeichnung einen Ehrendegen verliehen. Am 14. April 1847 wurde er zum Generalmajor in der regulären Armee der USA ernannt. Im September des Jahres eroberte er mit seinen Truppen die Festung Chapultepec und am folgenden Tag Mexiko-Stadt. Als Anerkennung wurde Quitman von Winfield Scott zum Zivil-

und Militärgouverneur der mexikanischen Hauptstadt ernannt. Im Oktober 1847 beorderte man ihn zum Kriegsministerium nach Washington zurück, wo er begeistert empfangen wurde.

Quitman schlug Präsident James K. Polk die ständige Besetzung Mexikos vor, die eines Tages zur Annexion des Landes und seiner Eingliederung in die USA führen sollte, doch drang er mit diesem Plan bei den Politikern nicht durch. Nach dem Friedensschluss mit Mexiko 1848 wurde er schließlich ehrenvoll aus der Armee entlassen. Nach dem Urteil eines deutsch-amerikanischen Historikers war Quitman „die glänzendste und hervorragendste Erscheinung unter allen Soldaten deutscher Abstammung, die sich im mexikanischen Kriege auszeichneten“.

... dann für die Annexion Kubas

Bis 1966 hing im Kapitol, dem Sitz des US-Kongresses in Washington D.C., im Senatsflügel ein riesiges Gemälde, das General Quitman auf einem Schimmel in der Schlacht von Chapultepec zeigt. Seither befindet sich das Bild im Gebäude des Obersten Gerichtshofes der USA.

Nach dem Krieg kehrte Quitman in die Politik zurück. Bereits 1845 war er als Kandidat für das Amt des US-Vizepräsidenten gehandelt worden, hatte sich damals jedoch für die Teilnahme am Krieg gegen Mexiko entschieden. 1848 kam er erneut als möglicher Vizepräsident der USA ins Gespräch, nahm dann aber lediglich als Wahlmann an der Präsidentenwahl jenes Jahres teil. Ende 1849 zum Gouverneur von Mississippi gewählt, trat er Anfang 1850 dieses Amt an.

In jenem Jahr 1850 gab es auf Kuba Bestrebungen, die Insel von Spanien unabhängig zu machen. Die damalige US-Regierung untersagte es ihren Bürgern, sich an den separatistischen Bestrebungen zu beteiligen. Quitman jedoch trat wie für die Annexion Mexikos auch für die Eingliederung Kubas ein. Nachdem im Laufe des Jahres Pläne zur Annektierung der Insel aufgetaucht waren, als deren Urheber Quitman angesehen wurde, kam es zur Anklageerhebung gegen ihn wegen Verstoßes gegen die Neutralitätsgesetze der USA. Daraufhin trat er im Februar 1851 als Gouverneur zurück.

Die Anklage wurde indes schließlich fallengelassen. Nachdem eine Untersuchungskommission zu dem Ergebnis gekommen war, dass Quitman keinen direkten Anteil an den Plänen gehabt habe und ihn deshalb in der Sache freigesprochen hatte, kehrte er in die Politik zurück. 1855 wurde Quitman für den Bezirk Natchez als Abgeordneter der Demokraten in das US-Repräsentantenhaus gewählt, wo er in der Folge auch als Vorsitzender des Militärausschusses wirkte.

1856 erhielt Quitman bei der Nominierung für das Amt des US-Vizepräsidenten anfänglich die meisten Stimmen. Letztlich setzte sich dann aber doch ein anderer Kandidat durch.

Bei den Wahlen zum US-Repräsentantenhaus im folgenden Jahr wurde er als Abgeordneter bestätigt, starb allerdings noch während der Legislaturperiode am 17. Juli 1858 auf seinem Anwesen „Monmouth“ in Natchez, wo auf dem Stadtfriedhof auch seine Beisetzung erfolgte.

Obwohl Quitman schon der zweiten Generation der Deutschamerikaner angehörte, fühlte er sich zeitlebens der Heimat und vor allem der Sprache seiner Vorfahren verbunden. Als er 1839 von seiner Europareise zurückkehrte, gründete er in Natchez einen deutschen Leseverein, dem er eine aus Deutschland mitgebrachte Büchersammlung schenkte. Im Jahr darauf stellte er auf eigene Kosten einen Deutschlehrer in Natchez an, um den im Ort und in der Umgebung lebenden Kindern der Deutschen zusätzlich Unterricht in ihrer Muttersprache ermöglichen zu können. Ebenso fanden Deutsche, die nach Natchez kamen, bei Quitman stets ein offenes Haus.

HOHENSTEIN

Eine Erinnerungsstätte für seinen größten Sieg

Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg legte vor 100 Jahren den Grundstein für das Tannenbergdenkmal

VON MANUEL RUOFF

Die zweite Tannenbergschlacht vor 110 Jahren war für die Deutschen in vielerlei Hinsicht eine Besonderheit. Zum Ersten war sie in einem verlorenen Krieg eine gewonnene Schlacht. Zum Zweiten war sie sowohl militärisch als auch für die ostpreußische Zivilbevölkerung von großer Bedeutung, gelang es mit ihr doch, den russischen Vormarsch zu stoppen und die Russen anschließend in ihr eigenes Land zurückzudrängen. Zum Dritten wurde ihre ohnehin schon große Bedeutung noch propagandistisch überhöht, indem sie – geographisch nicht unbedingt zwingend – von den deutschen Siegern als Tannenbergschlacht bezeichnet wurde. Damit wurde eine mit der ersten Tannenbergschlacht von 1410 vergleichbare Bedeutung suggeriert, was nicht der Fall war, da die mittelalterliche Schlacht kriegsentscheidend war und den Anfang vom Ende des Deutschordensstaates bedeutete. Und zum Vierten schließlich gehörte die Tannenbergschlacht von 1914 zu den wenigen des Ersten Weltkrieges, die auf deutschem Boden stattfanden und deren Schlachtfeld damit den Deutschen für den Bau einer Erinnerungsstätte zur Verfügung stand.

„Den Gefallenen zum Gedächtnis“

Auf einer Tannenbergfeier, die der Ostdeutsche Heimatdienst am 31. August 1919 aus Anlass des fünften Jahrestages der Tannenbergschlacht am Standort des späteren Tannenbergdenkmals ausrichtete, brachten Veteranen erstmals die Idee auf, ein solches zu errichten. Noch im selben Jahr wurde ein Denkmalausschuss unter dem Vorsitz von Generalmajor a.D. Hans Kahns, Tannenbergveteran, Vorsitzender der Provinzialkriegervereine Ostpreußens und Mitglied des Deutschen Offizierbundes, gebildet. Dass dieser Aus-



Bei der Grundsteinlegung: Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff

Foto: ullstein bild, Haeckel Archiv

schuss 1925 zum „Tannenberg-Nationaldenkmal-Verein“ mutierte, zeigt, welche buchstäblich nationale Dimension die Mitglieder ihrem Projekt beimaßen. Der Verein übernahm es, nicht nur ein Tannenbergdenkmal von reichsweiter Bedeutung zu bauen, sondern auch die dafür nötigen finanziellen Mittel einzuwerben.

Für das Grundstück brauchte kein Geld ausgegeben zu werden. Die Stadt Hohenstein stellte es kostenlos zur Verfügung. Abgesehen davon, dass man dem geschenkten Gaul nicht ins Maul schaut, sprach für den Standort auch die gute Erreichbarkeit. Hohenstein hatte einen eigenen Bahnhof und war gut angebunden. Es stand noch immer das gute Eisenbahnnetz zur Verfügung, das es 1914 den Deutschen erlaubt hatte, die Russen hier mit schnellen Truppenbewegungen einzukesseln. Im Gegenzug durfte die im voran-

gegangenen Krieg teilweise zerstörte Stadt Hohenstein auf eine Belebung der Wirtschaft hoffen – erst durch die umfangreichen Baumaßnahmen, dann durch die am Denkmal interessierten Touristen. Gemeinsam gründeten Stadt und Denkmalverein 1930 die Tannenberg Verkehrsgesellschaft mbH.

„Den Lebenden zur Erinnerung“

Als Aushängeschild gelang es dem Verein, den (zumindest formalen) Sieger von Tannenberg zu gewinnen. Paul von Hindenburg übernahm den Ehrenvorsitz. Er war auch der Star, die Hauptperson bei der Grundsteinlegung am zehnten Jahrestag des Sieges. Hinsichtlich der Teilnehmerschaft sprach das Nachrichtenblatt des Reichsverbandes der heimat-treuen Ost- und Westpreußen „Der heimat-treue Ostpreuße“ von „50.000–

60.000 Menschen, darunter zahlreiche Tannenbergkämpfer, um ihre ehemaligen obersten Heerführer, an ihrer Spitze von Hindenburg, von Ludendorff, Mackensen, von Scholtz, von Francois, von Below, von der Goltz“ und die „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung“ von „über 20.000 Mitgliedern von Krieger-, Militär und sonstigen vaterländischen Verbänden“. Unter den Teilnehmern befand sich eine Kompanie der Reichswehr sowie Vertreter aller preußischen Truppenteile.

Nach dem einleitenden Gottesdienst nahm Hindenburg die eigentliche Grundsteinlegung vor mit der Einmauerung einer mit seinem Wappen und dem Siegel Ostpreußens versehenen Ehrenurkunde. Verlesen wurde die Urkunde vom ostpreußischen Oberpräsidenten Ernst Siehr. Der Linksliberale von der Deutschen Demokratischen Partei repräsen-

tierte die preußische Regierung bei diesem Festakt. Den ersten Hammerschlag zur Einmauerung der Urkunde begleitete Hindenburg mit dem Ausruf: „Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Erinnerung und den nachfolgenden Geschlechtern zur Nacheiferung.“ Hierbei handelte es sich um ein Zitat aus der von dem Altphilologen und Altertumsforscher August Boeckh im Auftrag des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. verfassten Widmungsinschrift des Nationaldenkmals für die Befreiungskriege (Kreuzbergdenkmal) im Viktoriapark im Berliner Ortsteil Kreuzberg. Zum Abschluss der Veranstaltung schritt Hindenburg die Front der angetretenen Vereine und Verbände ab. Zwölf Kilometer lang soll sie gewesen sein.

„Den nachfolgenden Geschlechtern zur Nacheiferung“

Zum Zeitpunkt der Grundsteinlegung war weder die Finanzierung des Denkmals geklärt, noch welcher Architekt es bauen sollte. Für die Finanzierung war es hilfreich, dass Hindenburg 1925 Nachfolger des Sozialdemokraten Friedrich Ebert als Reichspräsident wurde und entsprechend an Einfluss gewann. Die Gewinnung eines Architekten samt zugehörigem Denkmalsentwurf erfolgte über einen Wettbewerb. Bis zum 1. April 1925 reichten 352 Bewerber 389 Beiträge ein. Das 13-köpfige Preisgericht urteilte am 24. April 1925 in der Halle I der Ostmesse in Königsberg. Den ersten Preis gewannen die Berliner Architekten Walter und Johannes Krüger mit ihrem Entwurf „Gode Wind“.

Bis zum Sommer 1927, in dem Hindenburg am 2. August seinen 80. Geburtstag feierte, war es dann so weit. Der Rohbau war fertiggestellt. Am 18. September 1927 konnte das Tannenberg-Nationaldenkmal – wieder mit Hindenburg als Hauptperson – eingeweiht werden.

SCHWERIN

Emsiger Sachse an der Spitze der Staatsbauverwaltung

Diverse öffentliche Bauten in Mecklenburg stammen von dem vor 150 Jahren bei Leipzig geborenen Architekten Paul Ehmig

Paul Ehmig wurde am 30. August 1874 in Reudnitz bei Leipzig geboren. Als Mutter ist Margarete Albertine Fränkel überliefert, eine Tochter von Albert Fränkel, einem Berliner Schutzjuden, der mit seiner Familie vom Judentum zum Protestantismus konvertiert war. Ehmigs Vater Max Adelbert Ehmig war Steinmetzmeister, leitete einen entsprechenden Handwerksbetrieb in dritter Generation und orientierte seinen Sohn schon frühzeitig auf die Nachfolge.

Doch der hatte andere Vorstellungen von seiner Berufslaufbahn. Er besuchte in Leipzig das Realgymnasium und setzte sich anschließend mit seinem Wunsch durch, an der Technischen Universität in Dresden „Hochbau“ zu studieren. Dabei erschloss er sich die Neuerungen der Städtebaukunst. Zusätzlich bildete er sich autodidaktisch weiter. Nach dem Studium blieb der junge Ehmig in seiner Berufsausrichtung eisern. Er wollte städtischer Baubeamter werden. Der Vater aber verlangte von ihm die Nachfolge im Familienbetrieb. So kam es zum Bruch zwischen beiden.

Ehmig absolvierte ab dem 14. September 1898 den Vorbereitungsdienst für die Bestallung als Regierungsbauführer im Landbauamt Dresden I und war an der Bauleitung für die Dresdner Justizgebäu-

de beteiligt. 1903 heiratete er die Tochter des Geheimen Oberbaurates Carl Hermann Andrae. Im darauffolgenden Jahr sollte er ins Landbauamt nach Zwickau versetzt werden. Das allerdings behagte ihm nicht. Deshalb nahm er ein Angebot aus Rostock an.

Dort begann Ehmig im Januar 1905 als Stadtbaumeister für die ländlichen Bauten. Selbständig leitete er das entsprechende Landbaubüro. Neben der Erfüllung der amtsbezogenen Baupflichten konnte er sich auch in Sonderaufgaben bewähren. Mit seinen ländlichen Arbeiterwohnbauten in der Putzbautradition des 18. Jahrhunderts „mit neuen Ausdrucksformen“ sorgte der Architekt für Aufsehen. Er entwickelte den Bebauungsplan für Warnemünde-Diedrichshagen. Beim Neubau der Rostocker Feuerwache glänzte er ebenso wie bei der Errichtung des neuen Friedhofes in Rostock-Damerow. Er war nun in aller Munde. Rostocks Bürgervertretung berief ihn 1907 zum Senator auf Lebenszeit sowie zum Präses des Stadtbauamtes und damit zum Chef des städtischen Hoch- und Ingenieurbauwesens.

Nun legte er so richtig los. Er sorgte für die Ratsverordnung zur Bewahrung und stilechten Ergänzung der historischen Häuserfronten des Neuen Marktes

in der Hansestadt, setzte mit dem „Alexandrahaus“ in Warnemünde sowie der Hypotheken- und Wechselbank-Filiale am Neuen Markt in Rostock für architektonische Hingucker und baute als privater Architekt in Rostock, Warnemünde, Schwaan sowie auf Hiddensee interessante Stadt- und Landhäuser.

Die großherzogliche Regierung wurde auf ihn aufmerksam. Sie holte ihn in

die Hauptstadt, und am 1. Oktober 1908 wurde er Großherzoglich Mecklenburgischer Baudirektor und Chef der Staatsbauverwaltung. Sein Archibvau in Schwerin begeisterte nicht nur den Großherzog. Er gilt bis heute als ein bedeutendes Zeugnis der Baukunst. Als zweiten monumentalen Staatsbau lieferte er das Justizgebäude, das ebenfalls städtebauliche Akzente setzte und ihn deutschlandweit berühmt machte. Fast nebenbei schuf er für seine Familie im Schweriner Schlossgarten sein „Seehaus“ und für den befreundeten Maler Friedrich Wachenhusen ein „Wunschhaus“.

Nach der Novemberrevolution blieb Ehmig der oberste Baubeamte in Mecklenburg. Er strukturierte das gesamte Staatsbauwesen neu und erstellte die Planung für die Neugestaltung der durch einen Brand zerstörten Innenräume des Schweriner Schlosses. Nach langjähriger Arbeit schloss er sein dreibändiges Werk „Das deutsche Haus“ ab, wofür ihm die Technische Hochschule Hannover 1920 die Ehrendoktorwürde verlieh. Dazu kamen weitere Ehrungen wie die Berufung in die 1922 gegründete Freie Akademie des Städtebaus, die heutige Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Ehmig war auf dem Höhe-

punkt seines Erfolges. Da nahm er 1928 „aus gegebener dienstlicher, nicht persönlicher Veranlassung“ seinen Abschied aus dem Dienst und ging in den Ruhestand. Einerseits kam es damals zu einer drastischen Reduzierung der Baumaßnahmen. Andererseits wollte der Mecklenburger Stararchitekt mehr Zeit für die Schriftstellerei haben.

Ehmig schriftstellerte in den Folgejahren. Er verfasste „Selbstbiographisches“, die Sammlung „Gespräche mit Dir“, die „Bekenntnisse eines Wanders“, zahlreiche Gedichte und das Mysterienspiel „Deutsches Morgenrot“.

Obwohl er zu den Nationalsozialisten auf Distanz ging und jüdische Wurzeln hatte, bemühte er sich 1934 angesichts des neuen Baubooms in völliger Verkenennung der Machtverhältnisse um seine Wiedereinstellung in den Staatsdienst. Er tat das naheliegenderweise vergeblich und fiel aus allen Wolken in die Realität. Es kam noch ärger für ihn und seine Familie. 1936 musste er sein „Seehaus“ unter Wert verkaufen und ausziehen. Das ließ ihn resignieren. Am 12. August 1938 wählte Ehmig den Freitod. Da war er 63 Jahre alt. Ein Verlust für Mecklenburg. Neben seinem Lebenswerk und seiner Witwe hinterließ er vier Kinder.



Paul Ehmig

Foto: unbekannt

Martin Stolzenau

VON WOLFGANG KAUFMANN

Etwa jeder vierte Mensch in Afrika leidet an Hunger oder Unterernährung. Das resultiert vor allem aus den zahlreichen bewaffneten Konflikten auf dem Schwarzen Kontinent sowie aus der Bevölkerungsexplosion, vor deren Hintergrund die ineffektive afrikanische Landwirtschaft immer mehr zum tödlichen Risiko wird. In Afrika agieren die Bauern heute zumeist noch so, wie es in Europa und Nordamerika um 1800 herum üblich war.

Damals benötigte ein Landwirt durchschnittlich zehn Minuten, um ein Kilo Weizen zu produzieren. Heute genügen dafür zwei Sekunden. Möglich wurde dieser Sprung durch den Einsatz von Maschinen, welche in Afrika weitestgehend fehlen, weswegen dort nach wie vor die mühselige und personalintensive Handarbeit vorherrscht. Und daran wird sich wohl auch so bald nichts ändern, weil global operierende Organisationen wie die UNO, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank die angesichts der Bevölkerungsexplosion dringend notwendige industrielle Revolution in der afrikanischen Landwirtschaft aus Gründen des Klimaschutzes abwürgen.

So zwingt der IWF die afrikanischen Regierungen zur Streichung von Subventionen für Treibstoffe, was zur Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen führen soll. Hierdurch können es sich noch weniger Landwirte leisten, Maschinen einzusetzen. Dabei würde ein Mähdrescher tausend Arbeiter auf dem Feld ersetzen. Außerdem fließen auf Druck des IWF und der Weltbank auch kaum noch Zuschüsse für Strom und Düngemittel.

Gleichzeitig steigen die Preise für künstlich hergestellten Stickstoffdünger unaufhörlich, weswegen viele Bauern nun wieder auf Kuhmist zurückgreifen, der sehr viel weniger Stickstoff enthält, sodass die Erträge drastisch zurückgehen. Hohe Strompreise verschärfen diesen Effekt noch, weil sie den Betrieb von Pumpen zur Bewässerung verhindern. Außerdem verweigern die westlichen Geldgeber Kredite für den Bau von Stromerzeugungsanlagen, welche mit Kohle, Erdöl oder Erdgas arbeiten. Afrika solle eine „emissionsarme Entwicklung“ nehmen und Wind- oder Solarenergie nutzen.

Gebietsfremde Pflanzen

Dass dies keine Lösung ist, zeigt das Beispiel Indien. Die Modernisierung der indischen Landwirtschaft, durch welche die Zahl der Hungernden im Lande in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gesunken ist, gelang nur durch den verstärkten Einsatz von fossilen Brennstoffen. Dabei wäre das diesbezügliche Ausgangsniveau in Afrika sehr niedrig. Derzeit verbrauchen die 1,4 Milliarden Afrikaner rund 3,9 Millionen Fass Öl pro Tag, während die



Von Natur aus vegetationsarm: Forscher fürchten die Zerstörung von Savannen durch unnatürliche Aufforstungsprogramme

Foto: imago/Westend61

„ENTWICKLUNGSHILFE“

Globaler Öko-Wahn drangsaliert den afrikanischen Kontinent

Um CO₂-Emissionen zu begrenzen, behindern UNO, IWF und Weltbank die Modernisierung von Afrikas Landwirtschaft. Und ein absurdes Baumpflanzprojekt gefährdet die Natur

nur 333 Millionen US-Amerikaner auf die fünffache Menge kommen. Somit sind die Bemühungen, die CO₂-Emissionen in Afrika um jeden Preis niedrig zu halten, auch Ausdruck eines Neokolonialismus unter dem Deckmantel des Klimaschutzes.

Dazu kommt der Plan, in den afrikanischen Ländern Milliarden von Bäumen zu pflanzen, um das bereits vorhandene Kohlendioxid in der Atmosphäre zu binden. Diesem Zweck dient das AFR-100-Projekt, das 2015 auf dem Pariser Klimagipfel ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen der „African Forest Landscape Restoration Initiative“ sollen mehr als eine Millionen Quadratkilometer oder 100 Millionen Hektar Land in mehr als 30 Staaten auf dem Schwarzen Kontinent „wieder aufgeforstet“ werden. Das entspricht knapp der dreifachen Fläche der Bundesrepublik. Einer der Geldgeber ist das von Svenja Schulze (SPD) geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (BMZ). Das Ministerium will bis 2027 um die 83 Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung stellen.

„Das Problem ist furchteinflößend“

Catherine Parr, Mariska te Beest und Nicola Stevens von den Universitäten Liverpool, Utrecht und Oxford haben massive Kritik an dem Vorhaben geäußert. In der Wissenschaftszeitschrift „Science“ vom Anfang des Jahres bezeichnen die drei Tropenökologinnen AFR-100 als „besonders krasses Beispiel für falsch verstandenen Klimaschutz“, denn „statt Klima und Natur zu bewahren, werden in großem Maßstab wertvollste Ökosysteme zerstört“. Denn unzählige Bäume würden dort gepflanzt, wo sie gar nicht hingehörten, etwa in die fast baumlose Savanne oder reine Graslandschaften. Durch das Setzen von Bäumen in diesen Lebensräumen entstehe deutlich mehr Schatten, was zulasten aller lichtliebenden Pflan-

zen- und Tierarten gehe. Wie Parr und ihre Kolleginnen nachweisen, findet jede zweite Baumpflanzaktion auf ungeeignetem Terrain statt, wobei mittlerweile eine Fläche von 70 Millionen Hektar betroffen sei. Verantwortlich hierfür sei eine „Wildwestmentalität bei der Aufforstung“. Und tatsächlich wollen etliche Regierungen und private Organisationen in Afrika von den AFR-100-Geldern profitieren. Dies geht so weit, dass auch acht Staaten an dem Projekt mitwirken, welche über gar keine passenden Landschaften beziehungsweise Waldökosysteme verfügen.

Zum anderen werden die falschen Gehölze gepflanzt. Eukalyptusbäume und Akazien aus Australien sind gebietsfremd und haben in Afrika nichts zu suchen, weil sie zu viel Feuchtigkeit benötigen und damit den Wasserhaushalt gefährden.

Zu all dem sagten Parr, te Beest und Stevens im Interview mit der österreichischen Zeitung „Die Presse“: „Wir hatten

vermutet, dass einiges schief läuft, aber wir hatten keine Ahnung, wie groß das Ausmaß ist. Das Problem ist gewaltig – Furcht einflößend.“ Deshalb fordern die drei nun „eine Pause, um das System auf den Prüfstand zu stellen ... und anschließend alle Mittel in solche Projekte zu stecken, die sinnvoll für Natur und Klima sind“.

Dagegen zeigt sich das BMZ demonstrativ gelassen. Wie ein Sprecher des Ministeriums erklärte, erfolge die Auswahl der Projektflächen gemeinsam mit einheimischen Experten. Dabei werde „auch auf die ökologischen Auswirkungen und Risiken geachtet“. Zudem gebe es eine regelmäßige Überwachung und Begleitforschung, was „das Risiko einer dem Ökosystem nicht angemessenen Auswahl“ minimiere. Wieso die vom BMZ konsultierten Wissenschaftler, welche die Maßnahmen evaluieren, im Gegensatz zur Gruppe um Parr keinerlei Gefahren für die afrikanische Umwelt sehen, bleibt unklar.

FORSCHUNG

Wo „Klimaschutz“ dem Klima schadet

Studie: Globale Umweltverordnung zum Treibstoff für Schiffe hat Erderwärmung massiv beschleunigt

Die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO) verfolgt nicht zuletzt das Ziel, die Meeres- und Luftverschmutzung durch Schiffe zu reduzieren und damit auch den „Klimaschutz“ voranzutreiben. Zu diesem Zweck erließ sie beispielsweise die IMO-2020-Verordnung, welche zum 1. Januar 2020 in Kraft trat und vorschrieb, den maximalen Schwefelgehalt von Schiffstreibstoffen von 3,5 auf 0,5 Prozent zu senken.

Das hatte allerdings gänzlich unerwartete Auswirkungen auf das globale Klima, die nun von elf Mitarbeitern des Goddard Space Flight Center (GSFC) der US-Weltraumbehörde NASA um Tianle Yuan in einem Fachartikel in der Wissenschafts-

zeitschrift „Nature Communications Earth & Environment“ beschrieben wurden. Der Text erschien am 30. Mai und berichtet über „eine erhebliche Strahlungserwärmung infolge der abrupten Reduzierung der Schiffsemissionen“.

Wie Tianle und seine Kollegen darlegen, wird „die Erwärmungswirkung menschengemachter Treibhausgase ... durch die kühlende Wirkung menschengemachter Aerosole teilweise ausgeglichen“. Und weil solche Aerosole (Schwebstoffe wie Staub, Ruß und ähnliches) eben nicht zuletzt beim Einsatz von schwefelhaltigen Schiffstreibstoffen entstünden, sei die von der IMO verfügte Absenkung des Schwefelgehaltes dafür verantwortlich,

dass sich die Dichte und Anzahl der Wassertropfen in den Wolken über dem Meer spürbar verringert habe, wodurch weniger Sonnenstrahlung in den Weltraum zurückgeworfen werde.

Resultate sind „erschütternd“

Die NASA-Wissenschaftler haben Daten aus Satellitenbeobachtungen und Computer-Berechnungen auf der Basis des GEOS-GOCART-Modells zur Simulation der Verhältnisse in der Erdatmosphäre kombiniert, um das Ausmaß der Erwärmung aufgrund der Umstellung bei den Treibstoffen zu ermitteln und kamen dabei zu folgenden Ergebnissen: Die IMO-2020-Verordnung wird vermutlich zu ei-

ner Verdoppelung des Tempos der bislang prognostizierten Erderwärmung im Verlaufe der 2020er Jahre führen.

Zudem war die Senkung der Schwefel-emissionen für rund 80 Prozent des globalen Temperaturanstieges seit 2020 verantwortlich. Und schließlich gibt es Regionen mit einer besonders starken Aufheizung der Atmosphäre über den Ozeanen. Laut den vorliegenden Daten trifft dies beispielsweise auf das Südchinesische Meer, den Nordostatlantik vor den Küsten Westeuropas, die Karibik sowie den Südatlantik zu. Dabei bestehen aber saisonale Unterschiede. Auf jeden Fall sehen die Autoren des „Nature“-Artikels eine insgesamt größere Belastung der Nord-

halbkugel der Erde aufgrund anderer Wolkenmuster.

Laut Tianle und dessen Team hat das „unbeabsichtigte Experiment“ im Zuge der Umsetzung der IMO-2020-Verordnung also zu gravierenden Veränderungen in der Atmosphäre geführt, deren Ausmaß die NASA-Forscher an einer Stelle ihres Beitrags wörtlich als „erschütternd“ bezeichnen. Trotzdem verzichten sie auf jedwede weitergehende Betrachtungen über den Sinn oder Unsinn von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, welche ohne gründliche Voruntersuchungen von Regierungen oder internationalen Organisationen durchgesetzt werden. W.K.



ALLENSTEIN

Ein Sommer voller Attraktionen

Südostpreußens Hauptstadt wartete mit Folklore, Konzerten und dem alljährlichen Stadtfest auf

VON DAWID KAZANSKI

In Allenstein, der Hauptstadt des südlichen Ostpreußens, kann man sich nicht über Langeweile beklagen. Nicht nur die Umgebung mit ihren schönen Seen und Wäldern laden zum Verweilen ein, sondern auch die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, die in den Sommermonaten stattfinden.

Die Stadt lockt mit künstlerischen Veranstaltungen, die das städtische Kulturzentrum jedes Jahr während der Sommersaison organisiert, so auch in diesem Jahr. In der Ausstellungshalle des ehemaligen O-Bus-Depots wurde eine Ausstellung mit Modellen und Exponaten aus der Science-Fiction-Filmreihe „Star Wars“ unter dem Titel „Eine Stadt in einer weit entfernten Galaxie“ gezeigt.

Für Fans der Sternenkriege war es ein Vergnügen, denn die Besucher konnten nicht nur die Exponate bewundern, sondern auch an Rollenspielen teilnehmen, die nicht mit Videospielen zu verwechseln sind und deren Wesen darin besteht, dass die Spieler in die Rollen der von ihnen geschaffenen Protagonisten schlüpfen, um sich dann auf den Weg zahlreicher Abenteuer zu machen, die der Spielleiter für sie vorsah. Eine andere Möglichkeit bestand darin, dass die Teilnehmer gemeinsam eine Geschichte erfanden, erlebten und ähnlich wie beim Improvisationstheater mitspielten.

Folkloretage nach fünf Jahren Pause

Alle Liebhaber von Musik, Tanz und Kulturen aus anderen Ländern und Kontinenten bewunderten die Bühnenauftritte während der Folkloretage, die nach einer fünfjährigen Pause wieder stattfanden. Die Veranstaltung Mitte Juli dauerte fünf Tage und begann in der Allensteiner Altstadt, wo ein Umzug von Künstlern in farbenfrohen Kostümen vom Hohen Tor zum Amphitheater in der Nähe der Burg führte. Auf der Bühne präsentierten sich Gruppen aus Litauen, Kenia, Serbien, der Ukraine, dem Senegal, Mexiko und der Polen. Das abwechslungsreiche Repertoire,



Eine der Hauptattraktionen: Das Folklore-Festival im Allensteiner Amphitheater

Foto: D.K.

und die exotischen Rhythmen, das unvergleichliche Temperament der Künstler aus verschiedenen Teilen der Welt und ihre energiegeladenen Darbietungen garantierten beste Unterhaltung.

Wie jedes Jahr herrschte auch während der Folkloretage, die vom 25. bis 28. Juli stattfanden, reges Treiben in der Allensteiner Altstadt. Eröffnet wurden die Feierlichkeiten traditionell mit dem Jakobsjahrmarkt, der um 12 Uhr mittags begann. In der Altstadt wimmelte es von Einwohnern, Touristen und Ausstellern aus der gesamten Republik Polen, darunter aus Ciechanów, Suwałki und Białystok. Auch Händler aus Allenstein sowie aus den umliegenden Städten waren vor Ort.

Wer gehofft hatte, auf der Messe traditionelle Lebensmittel oder handwerkliche Produkte zu kaufen, wurde nicht enttäuscht. Die Stände boten eine breite Palette von Produkten an, darunter hausgemachte Wurstwaren, Honig, Wein, Liköre,

Süßwaren, Brot sowie handgefertigte Gemälde, Poster, Skulpturen, Kissen, Schmuck oder Spielzeug.

Die Feierlichkeiten drehten sich jedoch nicht nur um den Jakobsjahrmarkt. Die Stadt und das städtische Kulturzentrum bereiteten zahlreiche Attraktionen vor, darunter auch die sogenannte Silent Disco (Stille Diskothek) an der frischen Luft, Animationsaktivitäten, kreative Arbeitsgruppen, Aufführungen, Kunstinstallationen, Treffen und Konzerte.

Die kulturellen Sommerveranstaltungen fanden nicht nur im Stadtzentrum oder in der Altstadt statt. Für die Organisation verschiedener Veranstaltungen wurde der Stadtpark Jakobsberg, in dem früher das Abstimmungsdenkmal stand und der viele Jahre lang ein Freizeit- und Erholungszentrum für Familien war, wiederentdeckt. So finden im Rahmen des Projekts „Kultur im Park!“ dank der Finanzierung durch den Bürgerhaushalt im

Juli und August Konzerte verschiedener Gesangs- und Instrumentalgruppen in der schönen, grünen und zugleich historischen Umgebung statt.

Konzerte im Stadtpark

Auch am Strand des Okullsee war viel los. Das Erholungs- und Sportzentrum am See ist ein beliebter Ort für Liebhaber des Wassersports. Auch hier gab es im Rahmen des vom Fernsehsender TVN organisierten „Strandprojekts“ Kanuregatten, Beachvolleyballspiele, verschiedene Wettbewerbe für Kinder und Familien, die sich am Strand vergnügten.

Die Strandbesucher konnten dank einer Live-Übertragung die Olympischen Spiele in Paris auf einem großen Bildschirm in der Fanzone am See verfolgen. Mit seinen zahlreichen Veranstaltungen, dem schönen Wetter und der Natur hat Allenstein auch anspruchsvollen Urlaubern etwas zu bieten.

MEMEL

Muslime auf der Suche nach einem Friedhof

Vertreten durch Islamisches Zentrum – Etwa 200 Familien aus muslimischen Ländern leben in der Stadt

Das Islamische Zentrum Memel wurde im Januar vergangenen Jahres vom litauischen Islamkonvertiten Paulius Abdulrahman Bergaudas gegründet, der derzeit im Vereinigten Königreich studiert. Die Organisation hat ihre Adresse in einem Wohnblock in der Sausio 15-osios Straße. Laut der Website des Zentrums hat Bergaudas einen Bachelor und Magister-Abschluss in Islamischen Studien von der Islamischen Universität Malaysia und der Universität Cambridge, wo er derzeit in Islamstudien promoviert.

Die beiden Muslime Belek Aidarov und Ismail Karadurduoglu, beide in Wilna [Vilnius] registriert, waren Mitbegründer des Islamischen Zentrums und leiten es derzeit. Das Zentrum erklärt, dass sein Ziel die Entwicklung der Gemeinschaft, die kulturelle Bildung, die Aktivitäten religiöser Organisationen sowie die Harmonie zwischen der litauischen Bevölkerung

und Muslimen ist. „Wir, die Muslime Litauens, haben das Islamische Zentrum gegründet, das der litauischen Öffentlichkeit nicht nur hochwertige akademische Informationen über den Islam zur Verfügung stellen und ihr so ermöglichen wird, die Religion und ihre Kultur kennenzulernen, sondern auch die lokale muslimische Gemeinschaft ermutigen wird, am öffentlichen Leben teilzunehmen“, heißt es auf der Website des Zentrums.

Antrag für eine islamische Grablege in Löbart Nausseden abgelehnt

Bergaudas ist außerdem der Leiter des Vereins „Iman“, einer muslimischen Gemeinschaft in der Region Memel, die seit 2010 tätig ist und 2016 in den Genuss einer öffentlichen Förderung kam. Da sie bislang jedoch noch keinen Tätigkeitsbericht vorgelegt hat, könnte sie diese verlieren.

Im Jahr 2011 hatte der Verein einen Antrag an die Stadt gestellt, dass der muslimischen Gemeinde der Region Memel ein Teil des Friedhofs von Löbart Nausseden für die Beisetzung von Menschen, die sich zum Islam bekennen, zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollte. Der Friedhof Löbart Nausseden ist gut erhalten. Er stammt noch aus der deutschen Zeit.

Die Muslime hofften, einen Bereich von zehn bis 20 Gräbern innerhalb der Friedhofsgrenzen für die Bedürfnisse der muslimischen Gemeinde von Memel zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der Standort war mit der Unterabteilung für Friedhofspflege der Abteilung für Stadtverwaltung von Memel abgestimmt. Der Dagestani Shamilis Gumerovas, der damalige Vorsitzende der muslimischen Gemeinde „Iman“ in der Region Memel, hatte sich an die Behörden von Memel ge-

wandt und um die Zuweisung eines Grundstücks für den Friedhof gebeten, aber laut dem stellvertretenden Bürgermeister Arturas Šulcas gab es diese Möglichkeit nicht, da der allgemeine Plan der Stadt keine weiteren Plätze für den Bau von Friedhöfen vorsah. Den Muslimen wurde geraten, bei der nationalen Regierung ein separates Grundstück zu beantragen, möglicherweise in einem benachbarten Bezirk.

Laut Gumerovas wird der Leichnam eines muslimischen Verstorbenen nicht in einem Sarg, sondern in einem Grabtuch beigesetzt und im Grab auf die Seite gelegt – „mit Blick nach Mekka“. Muslimische Friedhöfe zeichnen sich auch nicht durch große Grabsteine oder Blumen aus, sondern eher durch kleine Grabsteine.

In anderen Regionen Litauens gibt es alte historische Moscheen und Friedhöfe. Muslimische Tataren waren während des

polnisch-litauischen Doppelreiches Verbündete des Landes gegen Russland, deshalb gab es bereits ab dem 16. Jahrhundert einzelne tatarische Dörfer in heutigen Litauen.

Nach Angaben von Fliur Sharipov, dem Vorsitzenden der tatarischen Gemeinschaft „Nur“ in Memel, gibt es in der Region Alytus derzeit vier muslimische Friedhöfe, und auch auf dem Friedhof von Wilna gibt es muslimische Begräbnisstätten. Laut Gumerovas und Sharipov ist die Errichtung einer Moschee in Memel ein Thema für die Zukunft, aber die Frage des Friedhofs könne nicht aufgeschoben werden, da das Durchschnittsalter der in Memel lebenden Muslime etwa 65 Jahre betrage. Die muslimische Gemeinschaft „Iman“ in Memel vereint etwa 200 Familien aus muslimischen Ländern wie Tatarstan, Baschkortostan, Tschetschenien, Dagestan und weiteren. *Bodo Bost*

● MELDUNGEN

Weniger Ausländer

Alenstein – Das Statistische Hauptamt Polens GUS hat die Zahlen für ausländische Arbeitnehmer für das Jahr 2023 vorgelegt. Am Ende des Vorjahres waren polenweit über eine Million arbeitende Ausländer registriert. Diese Zahl ist stabil mit einer leicht steigenden Tendenz über die einzelnen Monate. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren jedoch sinkt die Zahl der Beschäftigten aus dem Ausland. Ende des Jahres notierte das GUS 13.500, ein Minus von 3,4 Prozent. Das liegt zum einen an den dominierenden Branchen in der Region, dem Tourismus und der Möbelherstellung, die gerade in Schwierigkeiten stecken, aber auch an der allgemeinen Lage der regionalen Wirtschaft. Für viele Ausländer ist das südliche Ostpreußen eine erste Station, die sie bei nächster Gelegenheit wieder verlassen. Denn die Zahl an Arbeitsangeboten ist gering und das monatliche Durchschnittseinkommen liegt um einiges niedriger als das polnische Mittel. *U.H.*

3-D-Malerei auf der Straße

Elbing – Vor der Treppe der Elbinger Bibliothek ist ein dreidimensionales Gemälde auf dem Straßenpflaster der Altstadt entstanden. Es zeigt einen Mönch, der in die Tiefen eines Gewölbes mit Bücherregalen hinabsieht. Der Künstler des Werks ist der Ukrainer Aleksandr Kolor. Nach der Idee der Elbinger Bibliothek, die es in Auftrag gegeben hat, soll es zum Besuch der Ausstellung „ElKamera“ ermuntern. Diese „Interaktive Ausstellung alter Bücher und Presse“ im gotischen Untergeschoss des Heilig-Geist-Spitals, das die Bibliothek beherbergt, zeigt deren umfangreichen Buchbestand und erzählt von der Geschichte der Bibliothek, der Stadt Elbing und des Oberlandkanals. *U.H.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Brüggmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Walleit, Erich, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September
Götze, Charlotte, geb. **Gutt**, aus Nickelshagen, Kreis Mohrungen, am 3. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kostrewa, Irmgard, aus Martins-hagen, Kreis Lötzen, am 2. September
Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klitsch, Irmgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September
Mosebacht, Eva-Maria, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Reiß, Erich, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 1. August
Slowik, Heinz, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 31. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Knödler, Ursula, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September
Nagat, Wilhelm, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September
Pfeifer, Ilse, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 1. September
Reeg, Waltraut, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brinkmann, Edeltraut, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September

Geib, Erna Anna, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 5. September
Leube, Gisela, geb. **Tollmitt**, aus Neidenburg, am 31. August
Pillath, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September
Theis, Ruth, geb. **Hartwig**, aus Neidenburg, am 1. September
Volkmann, Helga, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 3. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fandrey, Helmut, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 30. August
Fleisch, Brigitte, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 30. August
Frieße, Erika, geb. **Wölk**, aus Fischhausen, 2. September
Jahnke, Fritz, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 1. September
Kommorowski, Erna, geb. **Danneberg**, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 2. September
Meininger, Gertrud, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. August
Preuss, Horst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Scharnowski, Reinhold, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 1. September
Schendel, Elisabeth, geb. **Zitzmann**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 2. September
Schunke, Emmy, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September
Strick, Gertrud, geb. **Jesinski**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 31. August
Terzi, Wolfgang von, aus Lyck, Falkenstraße 11, am 3. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brust, Munin, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 30. August
Endrunat, Gerhard, aus Kleinmark, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. September
Kleinfeld, Eva, geb. **Termer**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 31. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Deppe, Lieselotte, geb. **Hirth**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. September
Galla, Elisabeth, geb. **Borowski**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Wormuth, Friedel, geb. **Blickmann**, aus Itzstedt, am 5. September
Zerfowski, Herbert, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 2. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendiks, Felizitas, geb. **Kaminski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 4. September
Blankenburg, Hildegard, geb. **Przywawa**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 1. September
Christochowitz, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Lach, Gerhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 4. September
Lange, Christa, geb. **Ondracek**, aus Wehlau, am 2. September
Laser, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. September
Mrotzek, Grete, geb. **Korte**, Kreisgemeinschaft, Neidenburg, am 1. September
Ostrowski, Heinrich, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, Vorfahren aus Friedrichshof, am 4. September
Scherotzki, Lotte, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Wenck, Karl-Heinz, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 31. August
Wilkop, Alfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. August
Wisch, Käthe, geb. **Koslowski**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Denda, Otto, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Dilewski, Hanna, aus Ortelsburg, am 2. September
Gorontzi, Hedwig, geb. **Przygodda**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Gusek, Manfred, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Krone, Hildegard, geb. **Skubisch**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. September
Kukowski, Walter, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 5. September
Schikowsky, Fritz, aus Reicherts-walde, Kreis Mohrungen, am 30. August
Schlicht, Ruth, aus Groß Ottenhagen, Kreis Samland, am 30. August
Schulz, Werner, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 4. September
Werle, Hannelore, geb. **Goerke**, aus Neidenburg, am 3. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartsch, Eva, geb. **Saal**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 5. September
Bernhardt, Dr. Wolfram, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 4. September
Bluhm, Gerhard, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 30. August
Hildenbrand, Karin, geb. **Holz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 31. August
Jastremski, Ulrich, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 4. September
Liedtke, Hans-Joachim, aus Sadlauken, Kreis Mohrungen, am 5. September
Marquitan, Anneliese, geb. **Bohlien**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 4. September
Richter, Günther, aus Wehlau, am 3. September
Riechert, Vera, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 4. September
Romeike, Helga, geb. **Engelke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 4. September
Schacht, Traute, geb. **Fehr**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 1. September
Schäuble, Erika, geb. **Kryszan**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 31. August
Singer, Grete, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 3. September
Trettin, Edeltraut, geb. **Maslo**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 5. September
Türling, Werner, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. September
Wywianka, Siegfried, aus Eben-dorf, Kreis Ortelsburg, am 30. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Jorgowski, Karl-Heinz, aus Pup-pen, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Sawatzki, Gerda, geb. **Struck**, aus Kampen, Kreis Lötzen, am 2. September
Schemmerling, Michael, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 2. September
Schweighöfer, Ilona, geb. **Hildebrandt**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. September

ZUM 75. GEBURTSTAG
Hof, Siegfried von, aus Mohrun-gen, am 31. August
Hosenberg, Bruno, aus Groß Le-schienen, Kreis Ortelsburg, am 4. September
Mahn, Erika, geb. **Oomar**, aus Angerburg, Kreis Lötzen, am 30. August

Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.

Ausschreibung: Stadt-schreiber-Stipendium in Stettin 2025, Bewerbungs-schluss: Freitag, 18. Oktober.

Das Deutsche Kulturforum öst-liches Europa schreibt in Zu-sammenarbeit mit der Stadt Stettin [Urząd Miasta Szczecin] und der Pommerschen Bi-bliothek (Książnica Pomorska) ein von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotiertes Stipendi-um eines Stadtschreibers/einer Stadtschreiberin in Stettin/ Szczecin (Republik Polen) aus.

Deutschsprachige oder deutsch schreibende Autorin-nen und Autoren, die bereits schriftstellerische oder journa-listische Veröffentlichungen vorweisen können, sind einge-laden, sich um das Stipendium in Stettin zu bewerben. Insbe-sondere werden solche Auto-rinnen und Autoren angespro-chen, die sich auf die Wechsel-wirkungen von Literatur und historischem Kulturerbe der Stadt, der Region und des Lan-des einlassen wollen.

Das Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa hat als Ziel, das gemeinsame kulturelle Er-be der Deutschen und ihrer Nachbarn in Regionen Mittel-und Osteuropas, in denen einst (auch) Deutsche gelebt haben und heute leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu ma-chen sowie herausragendes En-

gagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturel-len Dialog zu fördern.

Der Stadtschreiber/die Stadt-schreiberin soll am kulturellen Leben der Stadt Stettin [Szczecin] teilnehmen und Themen der gemeinsamen Kultur und Geschichte in der Stadt und der Region in seinem oder ih-rem Werk aufgreifen, auf ho-hem Niveau reflektieren und breiten Kreisen anschaulich vermitteln. Um die Öffentlich-keit an den Annäherungen an die Stadt und ihrer Kulturland-schaft teilhaben zu lassen, dient ein Internet-Blog, der auch ins Polnische übersetzt wird. Neben den regelmäßigen Veröffentlichungen im Blog sind Beiträge in anderen Kanä-len der Sozialen Medien er-wünscht. Über die Vergabe der Stadtschreiberstelle, verbun-den mit einem monatlichen Sti-pendium von 1.300 Euro für voraussichtlich fünf Monate (Frühjahr bis Herbst 2025), ei-ner kostenlosen Wohnmöglich-keit in Stettin und Reisemitteln, entscheidet im Dezember 2024 eine fünfköpfige Jury.

Bewerbungsunterlagen bitte bis zum 18. Oktober per E-Mail an: deutsches@kulturforum.in-fo. Fügen Sie diesem ein Moti-vationsschreiben, einen tabella-rischen Lebenslauf, Ihre Publi-kationsliste sowie ein Projekt-konzept für Ihre schriftstelleri-sche Arbeit als Stadtschreiber/ Stadtschreiberin bei.

Zusendungen für die Ausgabe 37/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 37/2024 (Erstverkaufstag 13. September) **bis spätes-tens Dienstag, den 3. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



FOTO: URZĄD MIASTA SZCZECIN

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Erntedank in Ostpreußen
Hof – Sonnabend, 14. September, 15 Uhr, Jahnheim: Erntedank in Ostpreußen, Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Gäste sind immer herzlich willkommen.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Sommerausklang
Bremen – Freitag, 6. September, 15 Uhr, Lesumer Hof, Oberreihe 8: Sommersausklang mit dem Vortrag „Kennen Sie Kant? – Ein Lebensbild anlässlich seines 300. Geburtstages“ von Dr. Gisela Borchers und dem traditionellen Gericht Beetenbartsch.
Der Lesumer Hof ist mit der Nordwestbahn um 14.19 Uhr ab Bremer Hauptbahnhof bequem zu erreichen. Nach der Ankunft in Bremen-Lesum um 14.32 Uhr ha-

ben Sie einen kurzen Fußweg von etwa 300 Metern zum Restaurant.
Eine telefonische Anmeldung ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung eintreten müssen. Bitte melden Sie sich an bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765.

Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Stadtgemeinschaft Königsberg
Hamburg – Sonntag, 1. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30, Haus der Heimat, Teilfeld 8, nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16+17 Michaeliskirche: Philosophisches Café. Jeden ersten Sonntag im Monat lassen wir uns von Immanuel Kant inspirieren. Unterhaltsam und locker bei Kaffee und Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Ernst und Kurzweil
Kassel – Donnerstag, 5. September 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-talstraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum The-

ma „Ernst und Kurzweil“, Lesetexte von Matthias Claudius, Ruth Geede und anderen.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Tag der Heimat
Anklam – Sonnabend 7. September, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Tag der Heimat. Es gibt einen aktuellen Reisebericht aus Königsberg und über die Lage vor Ort. Das Programm wird vom 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast festlich umrahmt. Am Nachmittag zeigen das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten und der Shantychor Insel Usedom ihr Können.

Zu diesem traditionsreichen Heimattreffen sind alle Landsleute aus Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien und dem Sudetenland, aber auch alle Interessenten von nah und fern nebst Angehörigen herzlich eingeladen. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze in der Baustraße ist gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Treffen
Dresden – Dienstag, 3. September, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96: Künstler der Musik – Otto Nicolai + Walter Kollo. Nähere Informatio-

nen erteilt Edith Wellnitz unter Telefon (0351) 4961581.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Treffen
Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. September, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“. An diesem Nachmittag werden humorvolle und besinnliche Geschichten zum Besten gegeben. Gäste sind, wie immer, herzlich willkommen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.
Flensburg – Mittwoch, 11. September, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel mit Vortrag unseres Mitgliedes Dr. Jacobsen. Anmeldung bitte bis zum 4. September bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com.
Flensburg – Donnerstag, 26. September, 15 Uhr, TSB-Heim: Heimatkonzert mit Liedern von Zuhaus und Volksliedern zum Mitsingen von Heimsänger Bern-Stein. Eintritt 10,- Euro.

Altenstein-Stadt

Kreisvertreter: Stefan Hein **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAltenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Jahrestreffen „auf Schalke“ Gelsenkirchen – Sonnabend, 7. September, Bistro AufSchalke, Parkallee 1: Treffen der Heimatkreisegemeinschaften Allenstein Stadt und Land mit folgendem Programm: 10 Uhr, Allensteiner Gedenktafel, Propsteikirche: Gottesdienst und Kranzniederlegung, anschließend ist Gelegenheit zum Besuch unseres Heimatmuseums „Treudank“. 13 Uhr, „auf Schalke“: Jahrestreffen. Nach Begrüßung und Totenehrung erfreut uns ein Musikus mit Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die Veranstaltung endet um 21 Uhr. Der Veranstaltungsort liegt in der Nähe der VELTINS-Arena und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto gut zu erreichen. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. Gastronomisch erwartet uns ein reichhaltiges und preiswertes Angebot an Speisen und Getränken, sodass wir uns dort bestimmt wohlfühlen werden.
Der Vorstand bittet, auch Freunde und Bekannte, die die PAZ nicht beziehen, zur Teilnahme an unserem Jahrestreffen zu ermuntern.
Stefan Hein

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage Rotenburg (Wümme) – Freitag, 6. September, und Sonnabend, 7. September: 70. Angerburger Tage mit folgendem Programm:
Freitag, 6. September, 19 Uhr: Begrüßungsabend im Restaurant Harmonie, Am Pferdemarkt 3 (im selben Hause befindet sich das Hotel Am Pferdemarkt), mit Abendessen à la carte und gemütlichem Beisammensein, eine Anmeldung ist erforderlich!
Sonnabend, 7. September, 10.30 Uhr, Angerburger Eiche, Amtshofpark am Kreishaus Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2: Gedenken am Patenschaftsstein, 11 Uhr, Kreishaus Rotenburg (Wümme): Sitzung des Kreistages (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Heimatbrief Nummer 173, 13 Uhr: Mittagessen, 14.30 Uhr, Kreishaus Rotenburg (Wümme): Eröffnung der Ausstellung „Historische Ansichten von Angerburg –
Fortsetzung auf Seite 16

Ostpreußisches Landesmuseum

Hinter den Kulissen von Königsberg. Wie entstand die virtuelle Rekonstruktion? Vortrag mit Dr. Tim Kunze in der Reihe „Museum Erleben“, Dienstag, 3. September, 14.30 Uhr, ermäßigter Museumseintritt 7,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck.

Teil der Lüneburger Kant-Ausstellung ist eine virtuelle Rekonstruktion des historischen Königsbergs. Erstmals wird Kants Heimatstadt so erlebbar, wie er sie selbst gesehen hat. Es handelt sich um eines der aufwendigsten VR-Projekte in der Museumswelt überhaupt: Eine ganze Großstadt wird virtuell wiederbelebt, mit Tausenden von Häusern, mit Gärten und Bäumen und der detaillierten Rekonstruktion der wichtigsten Bauten. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

nigsberg gewinnen. Als Kenner seiner Heimatstadt Königsberg, die so eng mit Kant verbunden ist, wird er uns interessante Einblicke in das Leben und Wirken Kants und die Nachwirkung bis in die heutige Zeit vorstellen.

Hauptkreistreffen

Otterndorf – Sonnabend, 7. September, ab 9 Uhr, Stadtscheune, Sackstraße 4: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm (Änderungen vorbehalten): 9.30 Uhr, Am Großen Specken: Gedenkfeier am Labiau-Stein, gewidmet Egbert Marenke, 10 Uhr, Stadtscheune: offizielle Eröffnung des Kreistreffens, 11 Uhr: Feierstunde, Festrednerin Brigitte Langenhagen, 15 Uhr: Gospelchor „The Cheerful“ aus Otterndorf, 19 Uhr: gemütlicher Abend bis 21 Uhr.

Die Bildausstellung „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war“, wird am Freitagabend und Sonnabend in der Galerie in der Stadtscheune gezeigt. Das Torhaus und Archiv sind zugänglich, Familienforschungsinformationen, Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief, Bücherstand, Marzipan, Labiau-Korporal, Meschkines und mehr. Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt: Mittag- und Abendessen, nachmittags Kaffee und Kuchen.

Allen Labiauern aus Stadt und Land sowie allen Gästen ein Herzliches Willkommen!

Mitgliederversammlung

Otterndorf – Sonntag, 8. September, 10 Uhr, Torhaus: Mitgliederversammlung des eingetragenen Vereins, anschließend Ausklang im Torhaus für alle in Otterndorf Verbliebenen.

Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079, E-Mail: tkacz@alice-dsl.net; **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 6245467, E-Mail: luise.woelk@web.de; **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452; **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübeker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365, E-Mail: nc-sommerho@netcologne.de

Mitgliederversammlung

Gießen – Sonntag, 15. September, 10 Uhr, Kleine Kongresshalle, Südanlage 3: Jubiläums-Heimatkreistreffen, 70-jährige Patenschaft Gießen-Mohrungen. Feierstunde mit Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin, Grußworte durch Ehrengäste Oberbürgermeister F.T. Becher und Vertretern des Magistrates der Universitätsstadt Gießen, Geistliches Wort mit Totenehrung, Pfarrer i.R. Gerd E. Friede Kolakowski, Festredner Dr. Christopher Spatz zu 70 Jahre Patenschaft der Universitätsstadt Gießen zur Kreisgemeinschaft Mohrungen, „300 Jahre Immanuel Kant“ – Dialog-Vortrag der Referenten Gerd E. Friede Kolakowski und Horst Sommerfeld, Ehrungen, Schlussworte der Kreisvertreterin Ingrid Tkacz.

Es besteht die Möglichkeit für Übernachtung im Hotel am Ludwigsplatz, Telefon (0641) 931130, E-Mail: info@hotel-am-ludwigsplatz.de.

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Kreistagssitzung

Lüneburg – Sonnabend, 7. September, Gasthof Krone: Die Kreistagsmitglieder wurden gesondert eingeladen.

Heimattreffen

Lüneburg – Sonntag, 8. September: Heimattreffen der Neidenburger, Soldauer und Freunde der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. Bitte tragen Sie sich diesen Termin für das Neidenburger Heimattreffen in Ihren Kalender ein. Wir glauben, dass ein Besuch sich auf jeden Fall lohnt.

Das Veranstaltungsort, der Festsaal der „Krone“ liegt direkt neben dem Ostpreußischen Landesmuseum. Ein wichtiger Punkt in diesem Jahre, da wir ja den 300. Geburtstag von Immanuel Kant feiern. Die Besucher des Heimattreffens haben die Möglichkeit, das Museum kostenlos besuchen zu können. Es sei zu erwähnen, dass das Landesmuseum umgebaut und völlig neu eingerichtet wurde. Also, ein lohnendes Vorhaben, auf das man zugreifen muss.

Ferner wird zum Treffen ein umfangreiches Programm geboten, sodass keine Langeweile aufkommen kann. Auch zum Schabbern wird genügend Zeit vorhanden sein.

Ein Besuch in Lüneburg lohnt sich. Kommen Sie nach Lüneburg oder lassen Sie sich von ihren Kindern oder Enkelkindern bringen. Die können dann auch in die Heimarbeit reinschnuppern und sich über die Heimat der Eltern oder Großeltern informieren.

Ulrich Pokraka

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen und Wahl

Herne – Sonntag, 15. September, ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30 Uhr, Kulturzentrum, Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkreistreffen. Die diesjährige Festrede wird von Klaus Lorenz, einem gebürtigen Ortelsburger, gehalten. An diesem Tag haben Sie auch die Gelegenheit, an der Wahl zum neuen Kreistag teilzunehmen. Pfarrer

Witold Twardzik aus Passenheim und Mensguth hat seine Teilnahme bereits zugesagt.

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa per E-Mail: m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen. Dieses findet wie gewohnt am dritten Sonntag im September statt.

Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842
E-Mail: vertrieb@paz.de

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 13. September, 15.30 bis 17 Uhr, Raum Dormero 1, Hotel Altes Kaufhaus: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. im Rahmen des Jahrestreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 15. September 2023, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2023, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache und Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Änderung der Satzung, 9. Ausschluss von Jeannette Papke aus der KGO, 10. Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer, 11. Verschiedenes.

Anmerkung zu Tagesordnungspunkt 8: Ersatzlos gestrichen werden soll Paragraph 10 (6): „Gegen Beschlüsse, die nicht in Präsenzsitzungen gefasst wurden, steht jedem Mitglied des Vorstandes das Recht der Anfechtung zu, welche aufschiebende Wirkung hat.

Die Anfechtung muss innerhalb einer Frist von einer Woche ab Zugang des Protokolls beim Vorstand auf postalischem oder elektronischem Weg eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat sich der Vorstand innerhalb von einem Monat ab Eingang des Widerspruchs zu einer Präsenzsitzung einzufinden. Erfolgt dies nicht, gilt der angefochtene Beschluss als nicht erlassen“

Unmittelbar im Anschluss an die Mitgliederversammlung findet die konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes mit folgender Tagesordnung statt: 1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der Vorstandssitzung vom 6. Juli, 2. Wahl des Vorsitzenden (Kreisvertreters) und des stellvertretenden Vorsitzenden, 3. Verschiedenes.

Burghard Gieseler

Wehlau

Kreisvertreter (kommiss.): Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 7. September, 13 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1: Mitgliederversammlung im Rahmen unseres Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung der Mitgliederversammlung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch den 2. Vorsitzenden, 2. Totengedenken, 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit, bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet, 5. Annahme

der Tagesordnung, Wahl eines Verhandlungsleiters, 6. Grußworte, 7. Jahresberichte des Vorstandes, a. 2. Vorsitzender, Heimatbriefredaktion, Heimatbücher, b. Schatzmeister, c. Mitgliederbetreuung, Heimatkreisdatei, d. Internetauftritt, Bildarchiv, e. Ortsplanarbeit, Familienforschung, f. Aktuelles aus der Heimat, 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalte 2023, 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, 10. Wahlen: a. Wahl des Wahlleiters / der Wahlleiterin, b. zu wählen sind: 1. Vorsitzender / 1. Vorsitzende, 2. Vorsitzender / 2. Vorsitzende, 11. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2025, 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2025, 13. Beratung und Beschlüsse zur Vereinssatzung, 14. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder, 15. Anfragen und Anregungen der Mitglieder, 16. Schlusswort des / der Vorsitzenden, 17. Ostpreußenlied.

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft freuen.

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 7. September, 16 Uhr, bis Sonntag, 8. September, Freudenburg, Amtsfreiheit 1: Hauptkreistreffen. Das Hauptkreistreffen findet im Anschluss an die Mitgliederverwaltung, nach der Kaffeepause, mit folgendem Programm statt:

Sonnabend, 7. September, 16 Uhr: Bilder von Rudolf Herrenkind; Kurzfilm „Ostpreußen für Anfänger“, 18 Uhr: Abendessen, 19.30 Uhr: Fortsetzung des Hauptkreistreffens.

Sonntag, 8. September, 9 Uhr: Busfahrt nach Hoya, 10 Uhr: Gedenken am Allenburger-Stein und Besuch des Heimatmuseums „Grafschaft Hoya“ mit der Sonderausstellung: „Vom Ihr zum Wir“, 12 Uhr: Rückfahrt nach Bassum, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft lädt zum Erbsensuppenessen in der Freudenburg in Bassum ein, 14.30 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmuseum im Kreismuseum in Syke, Kaffee im Museumsgarten, 16 Uhr: Ausklang des Hauptkreistreffens.

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Die aktuelle Premiere an der Dittchenbühne: **Falladas „Bauern, Bonzen, Bomben“.**

Mit einer Bühnenauffassung des heute wieder hochaktuellen Romans „Bauern, Bonzen, Bomben“ von Hans Fallada (1893–1947) inszeniert die Elmschörner Dittchenbühne wieder einmal ein aufsehenerregendes Stück. Die Premiere ist am 6. September um 19 Uhr.

Der Roman „Bauern, Bonzen, Bomben“ von Hans Fallada wurde 1931 veröffentlicht. Er spielt in der Weimarer Republik und beschreibt die Konflikte zwischen den Landwirten (Bauern) und den lokalen Politikern und Geschäftsleuten (Bonzen) in einer ländlichen deutschen Gemeinde. Der Roman thematisiert soziale Ungerechtigkeiten, Korruption und die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft, die letztlich in gewaltsamen Auseinandersetzungen (Bomben) münden. Fallada zeigt in diesem Werk besonders die Schwierigkeiten und Herausforderungen

der Landbevölkerung in der Zeit vor dem Ende der Weimarer Republik und dem Beginn des Nazi-Regimes.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt hat für diese Inszenierung die Regie übernommen. Alles in allem gibt es 25 Mitwirkende bei „Bauern, Bonzen, Bomben“ an der Dittchenbühne – davon ein guter Teil neuer Schauspielerei. Zur Premiere haben bereits prominente Gäste wie Kreispräsident Helmuth Ahrens und Anna-Katharina Schätiger, Stadtpräsidentin von

Neumünster ihr Kommen angekündigt.

Weitere Aufführungen des Stücks „Bauern, Bonzen und Bomben“, historisches Schauspiel nach Hans Fallada an jedem Sonntag im September, jeweils um 16 Uhr.

Forum Baltikum – Dittchenbühne – Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: **www.dittchenbuehne.de**



FOTO: FORUM BALTIKUM – DITTCHENBÜHNE

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

KÖNIGSBERG

Eine ehrwürdige Hospital-Historie

Mit dem Deutschen Orden ging es los: Manche Krankenhäuser und Mediziner der Preußen-Metropole erlangten sogar Weltruhm

VON WOLFGANG KAUFMANN

In seinem Bemühen um zivilisatorischen Fortschritt holte der Deutsche Orden beizeiten auch Ärzte ins eroberte Land der Prußen und initiierte den Bau von Einrichtungen zur Behandlung von Kranken. So entstand um das Jahr 1320 herum das St.-Georgs-Hospital in Königsberg, welches 135 Jahre später niederbrannte. Ein neuer großer, nunmehr städtischer Gebäudekomplex unter gleichem Namen folgte erst 1897 südlich des Kneiphofes in der heutigen Uliza Morechodnaja. Dieser wurde 1945 zum Ende des Krieges schwer beschädigt, aber später wiederaufgebaut. Derzeit befindet sich darin eine Ausbildungsstätte für junge Seeleute.

Das zweite große Hospital in Königsberg war das Heilige-Geist-Hospital im Löbenicht, dessen Einweihung 1531 erfolgte. Es fiel 1764 einem verheerenden Stadtbrand zum Opfer. Der 1772 fertiggestellte Nachfolgebau musste jedoch 1903 abgerissen und durch ein neues, noch heute existierendes Gebäudeensemble in der nunmehrigen Uliza Tscherepitschnaja ersetzt werden.

Fachbibliothek mit 220.000 Bänden

Nach der Gründung der Albertus-Universität Königsberg im Jahre 1544 erhielt Johannes Placotomus alias Johann Bretschneider die erste medizinische Professur an der Hochschule. Eine entsprechende Universitätsklinik mit drei Zimmern gab es hingegen nicht vor 1809.

Wenig später schossen im Zuge der Spezialisierung der Medizin im 19. Jahrhundert dafür entsprechende Fachkliniken wie Pilze aus dem Boden. Auf die Universitäts-Frauenklinik und -Augenklinik folgten im schnellen Rhythmus auch noch eine Klinik für Innere Erkrankungen, die Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, die Psychiatrische Klinik, die HNO-Klinik sowie die Kinderklinik. Diese



Schon um 1900 wurden hier Frauen auf einer eigenen Station behandelt: Das Krankenhaus der Barmherzigkeit wurde 1850 von König Friedrich Wilhelm IV. gestiftet und gehört heute zur Immanuel-Kant-Universität. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Einrichtungen, an denen renommierte Ärzte wie Karl Unger, Ernst Meyer und Albrecht Wagner wirkten, führten im Verein mit den bedeutenden anatomischen Sammlungen und einer großen Fachbibliothek mit 220.000 Bänden dazu, dass die Königsberger Universitätsmedizin reichsweites Ansehen erlangte.

Aus privaten Mitteln gestiftet

Darüber hinaus bekam die ostpreußische Metropole auch ein großes städtisches Krankenhaus. Dessen Geschichte reicht bis in das Jahr 1764 zurück, in dem der Kommerzienrat Reinhold Friedrich Farenheid, welcher durch seine weitverbreiteten Handelsunternehmen zum

reichsten Mann in Ostpreußen aufstieg, 50.000 Gulden für das Krankenhaus zur Verfügung stellte. Dieses konnte 1797 immerhin 24 Patienten behandeln, und 1811 dann bereits 120. Knapp zwei Jahrzehnte später besaßen die Städtischen Krankenanstalten schließlich sogar 790 Betten.

1832 kam außerdem ein Pockenlazarett hinzu. Nach der Fertigstellung des Neubaus des Krankenhauses im Jahr 1895 betreuten die Ärzte dort über 3000 Patienten. Die Gruppe von Gebäuden am nördlichen Ufer des Schlossteiches in der heutigen Uliza Klinitscheskaja hat den Krieg ähnlich dem St.-Georgs-Hospital relativ unversehrt überstanden und dient nach wie vor als städtisches Klinikum.

Neuanfang Hessen

Am 18. Mai 1850 wurde durch einen Erlass des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. des Weiteren noch das Krankenhaus der Barmherzigkeit gestiftet. Die Initiative dazu ging vor allem von den beiden Gräfinnen Magda und Clara zu Dohna-Schlobitten aus. Die neue Einrichtung, welche zunächst nur 20 Betten hatte, gehörte der Diakonie und expandierte bis 1930 kontinuierlich. Sie konnte zuletzt über 600 Patienten aufnehmen.

Nach der sowjetischen Annexion des Königsberger Gebietes mussten die Diakonissen ihr Haus verlassen und fanden erst 1953 im stark renovierungsbedürftigen Kloster auf dem Altenberg im hessi-

schen Solms-Oberbiel eine neue Heimat und Wirkungsstätte. Das Krankenhaus der Barmherzigkeit gegenüber dem städtischen Klinikum in der Uliza Klinitscheskaja blieb ebenfalls erhalten und gehört nunmehr zum Bestand der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität, die seit 2009 auch eine eigene medizinische Fakultät besitzt.

Seuchenkrankenhaus auf Anweisung der Sowjets

Das fünfte große Krankenhaus von Königsberg neben den Universitätskliniken war das Katholische Elisabeth-Krankenhaus der Grauen Schwestern, welches 1894 in der Ziegelstraße eröffnet wurde und Abteilungen für Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie und Augenheilkunde besaß. Zwischen April 1945 und 1947 fungierte es aufgrund einer Anordnung der örtlichen Kommandantur der Roten Armee als Seuchenkrankenhaus.

Damals grassierten im sowjetisch besetzten Königsberg Typhus, Fleckfieber, Scharlach, Diphtherie, Tuberkulose und Malaria, wobei insbesondere deutsche Ärzte unter unsäglich erschwerten Bedingungen versuchten, so viele Menschen wie möglich zu retten. Um 1951 herum erfolgte dann die Umwandlung des Krankenhauses der Grauen Schwestern in ein reines Tuberkulose-Hospital. Gegenwärtig dient das Gebäude, das in der Uliza Kirpitschnaja liegt, als Arzneimittellager sowie Produktionsstätte für einen Pharmabetrieb.

Und zu guter Letzt gab es in Königsberg, wo 1619 ständig Truppenteile des brandenburgisch-preußischen Heeres stationiert waren, auch ein Garnisonslazarett. Das befand sich ab 1879 in der Yorkstraße und hatte im Zweiten Weltkrieg eine Kapazität von mehr als 400 Betten. Wie das Elisabeth-Krankenhaus mutierte es 1945 zum Seuchenkrankenhaus, in dem sich wiederum viele deutsche Ärzte um Patienten kümmerten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Rübezahl mit schwerer Kolik

Ergreift der Wokeismus nun auch den Tourismus in Ostdeutschland?

Allgemein hin lehnt sich der Tourismus in Schlesien, Masuren und Hinterpommern mit historischen, kulturhistorischen oder gesellschaftlichen Fragen infolge des nahezu völligen gewaltsamen Bevölkerungsaustausches nach 1945 auch in nachwachsenden Generationen noch an den „Heimwehtourismus“ an. Auch wenn die Erlebnisgeneration mittlerweile weitgehend verschwunden ist, sind nun oft Enkel oder Urenkel auf Familienpfaden unterwegs. Ihr Wissen ist damit natürlich auch deutlich fragmentarischer und leichter umzuinterpretieren.

Das in linken Kreisen typisch verkrampte Desinteresse an Schlesien hat insofern eine echte Marktlücke für Missionare überheblichen deutschen Weltkenntniswesens im Milieu der Träger von Halb- bis völligen Unwissen hinterlassen. Und eben Träger solchen Halbwissens und der geschichtslosen Neuinterpretation rühren sich nach und nach. „Rübezahl hat Bauchweh“, betitelt etwa der „riesa efau – Kultur Forum Dresden e.V.“ ein „Reiseseminar nach Görlitz, ins Riesen- und Isergebirge und Wroclaw“ vom 16. bis 20. Oktober zur deutsch-polnischen Geschichte und Gegenwart und legt in seiner Reisebeschreibung selbst

eine stringente Spur zu einer Beweiskette solcher Annahmen. Wieso? Das Riesengebirge war „immer (...) teils böhmisch, mal deutsch nun polnisch“. Der erste fette Fauxpas, denn böhmisch und deutsch waren bis 1918 untrennbar. Erst das explizit Tschechische war es nicht mehr. Scheinbar will die Reiseleitung auch das kleine, einst zum Sudetenland gehörende tschechische Schlesien in ihrem Prisma mit berücksichtigen, tappt nun aber vollends in die Falle des Wokeismus.

Wörtlich heißt es in der Reisebeschreibung: „Tschechoslowakische Staatsbürger*innen mit deutscher Sprache verließen den südlichen Teil.“ Das riecht fast nach Lüge. „Die Sagengestalt Rübezahl, der wie selbstverständlich in Tschechien, Polen und Deutschland und den jeweiligen Geschichten zu Hause ist, blieb.“ Zunächst wurde Rübezahl zumindest von Polen wie seine Landsleute in Schlesien vertrieben. Es bedurfte mehrere Generationen kluger polnischer Wissenschaftler und Neusiedler, die den verborgenen Rübezahl aus seinem Exil ein Stück zurückholten, übersetzten, forschten, mit ihm der Region wieder mehr Authentizität zurückgaben. Er blieb nicht, er kam allenfalls partiell zurück.



Bei der Interpretation der preußischen Geschichte in der Reisebeschreibung bekommt selbst Rübezahl im Spielzeugmuseum Görlitz Magendrücken Foto: Scholtz-Knobloch

Das alles war eines ganz gewiss nicht: „wie selbstverständlich“. Dem kompletten Bruch nach 1945 mit behaupteter Kontinuität aus einem heute gedachten Elysium grenzenloser Liebe aller Menschen zueinander zu Leibe zu rücken, hat seine Parallelität im Alltag letztlich darin, kultureller Überfremdung durch Massenzuwanderung mittels Demonstrationen ge-

gen „rechts“ entgegenzuwirken. Denn das Böse ist ja nur auf der anderen Seite.

Geradezu folgerichtig heißt es in der Reisebeschreibung somit: „Doch wer erzählt heute welche Geschichte in einem Europa, in dem viele das Nationale wieder stärker betonen möchten? Sind progressive Menschen überhaupt noch in der Lage, Vielfalt zu leben und können bleiben?

Wie müssen wir als Westeuropäer*innen auf (Mittel)osteuropäische Geschichte blicken?“ Dieses vernachlässigte Feld muss nun scheinbar mit der Giftkeule beackert werden von denen, „die sich künstlerisch oder gesellschaftspolitisch demokratischen Werten verschrieben haben“.

Natürlich gehört so auch ein „Vortrag über völkische Siedler*innen“ in das Reiseprogramm. Die von 1945 und den Folgejahren sind damit kaum gemeint, weil das Völkische natürlich niemals slawische Vordenker einer Vertreibung im 19. Jahrhundert oder der Zwischenkriegszeit erfasst hat. Die 240 Euro teure Reise „nach Wroclaw“ ganz im Geiste der deutschen Außenministerin mit schlesischen Wurzeln wird mit dem Bus in Begleitung einer Sozialpädagogin, einer Kulturwissenschaftlerin, einer Schriftstellerin und einer Sozialarbeiterin, die in diesem Interpretationsraum ihr Unwesen auch als Hochschuldozentin leisten darf, angetreten. Rübezahl ist dann im Oktober aber nicht dabei. Auf Anfrage des Autors dieser Zeilen teilte dieser mit, nach dem Lesen der Reisebeschreibung von einer schweren Kolik befallen zu sein, die angesichts der Schwere bis Oktober kaum abklingen dürfte. Till Scholtz-Knobloch

ROMANTIK

„Kreidefelsen“ erstmals in Greifswald

Caspar David Friedrichs Meisterwerk nach Pommern zurückgekehrt – Ausstellungsflut zum 250. Jubiläum

VON MARTIN STOLZENAU

Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald präsentiert zur Jubiläumsausstellung um den Geburtstag von Caspar David Friedrich am 5. September einen echten und lange erwünschten Stargast: das Hauptwerk „Kreidefelsen auf Rügen“. Das weltberühmte Gemälde, das heute im Schweizer Winterthur zu Hause ist, wird mit der Präsentation im Landesmuseum sieben Wochen lang, und zum ersten Mal überhaupt in Friedrichs Heimatregion ausgestellt.

Es sei „ein langersehntes Treffen von Bild und Landschaft nach über 200 Jahren“: Mit diesen Worten lädt das Landesmuseum die Besucher zu Ausstellung ein. Zudem wird mit einem dänischen „Geburtstagsgast“ aus dem Fuglsang Kunstmuseum ein Blick auf die Schwesterinsel Møn geworfen. Es handelt sich um das Ölgemälde „Partie fra Møns Klingt“ von 1852 des Künstlers Peter Christian Skovgaard. Die Sonderausstellung: „Caspar David Friedrich. Sehnsuchtsorte – Kreidefelsen auf Rügen & Greifswalder Hafen“ ist noch bis zum 6. Oktober geöffnet.

Da ist es umso spannender zu erfahren, wie der Aufstieg Friedrichs überhaupt begann. Dessen Karriere leitete kein Geringerer als der preußische König Friedrich Wilhelm III. im Jahr 1810 ein. Sein Sohn, der damals 15-jährige Kronprinz und spätere König Friedrich Wilhelm IV., hatte seinen Vater um den Ankauf der Gemälde gebeten. Auch später erwarb das Königshaus weitere Werke. Der Maler hatte seine Bilder „Abtei im Eichwald“ und „Mönch am Meer“ in der Berliner Akademieausstellung präsentiert.

Mit dem Preußenkönig begann es

Als der kunstsinnige Preußenkönig beide Werke erwarb, brachte die königliche Anerkennung den Maler rasch in Mode. Die Werke, die mit der bisherigen Bildtradition rigoros brachen, erregten Aufsehen. Heinrich von Kleist feierte sie in einer Rezension geradezu euphorisch. Andere Verehrer glorifizierten sie als „Inbegriff eines modernen Bildes“, wieder andere empfanden sie als Entgleisungen. Prominente Kritiker wie Johann Wolfgang von Goethe, der den Maler wegen seiner Naturnähe in früheren Jahren noch gelobt hatte, verunglimpften allerdings die neue Malweise in der Folge.

Zum 250. Geburtstagsjubiläum des Malers gibt es zahlreiche Sonderausstellungen. Die Palette reicht von der spektakulären Schau in Hamburg zu Jahresbeginn (die PAZ berichtete) über die Folgeausstellungen in Greifswald und Berlin bis zur aktuellen Friedrich-Schau in Dresden, wahrscheinlich dem Höhepunkt des Friedrich-Jahres. Dazu gesellt sich ab 22. November eine weitere Schau in Weimar. In Berlin, Dresden und Weimar wird auch das zuletzt erworbene „Karlsruher Skizzenbuch“ des Romantikers gezeigt.

Caspar David Friedrich wurde am 3. September 1774 in der Langen Straße 57 in Greifswald geboren, das noch bis 1815 zu Schweden gehörte. Er war das sechste von zehn Kindern der Familie. Der Vater fungierte als Seifensieder und Lichtgießer. Nach dem frühen Verlust der Mutter und mehrerer Geschwister war der Tod für den Maler ein beherrschendes Thema, zumal sein Bruder Johann Christopher ihn vor dem Ertrinken rettete und dabei selbst das Leben verlor.

Friedrich erhielt trotz knapper Familienkasse beim Greifswalder Universitätszeichenlehrer, Baumeister sowie Mathematiker Johann Gottfried Quistorp den ersten Zeichenunterricht, die frühe Ori-



In der Alten Nationalgalerie Berlin: Hier konnten die beiden Werke, die einst den Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. begeisterten, in der Ausstellung „Unendliche Landschaften“ bis Anfang August bewundert werden
Foto: Rainer Halama/Wikimedia

entierung auf die Perspektive und die Empfehlung für ein weiterführendes Studium an der Kopenhagener Akademie. Er fand dort zur Landschaftsmalerei, knüpfte Kontakte zu anderen Künstlern sowie Wissenschaftlern und kehrte 1798 nach Greifswald zurück.

Anschließend wechselte der junge Maler über Berlin nach Dresden, wo er ein Aktstudium an der Akademie absolvierte. Im Jahr 1799 beteiligte er sich erstmals an der Dresdner Akademie-Ausstellung und orientierte sich an den Landschaften des Schweizer Malers Adrian Zingg.

Die nächsten Jahre waren geprägt durch einen Prozess der Selbstfindung. Mehrere Reisen führten ihn in die pommersche Heimat zurück mit langen Aufenthalten auf Rügen, vielen Skizzen auf Vorrat sowie umfangreichen Baum-, Pflanzen- und Steinstudien. Dazu kam eine erste Begegnung mit dem frühromantischen Maler Philipp Otto Runge.

Ab 1805 gab es einen regen Kontakt mit Goethe, der die genaue Naturbeobachtung des Malers lobte und ihn zunächst prämierte, ehe er sich spätestens nach dem Werk „Der Tetschener Altar“, das sich 1807/08 zum romantischen Programmbild Friedrichs entwickeln sollte und eine deutschlandweite Debatte auslöste, von dem Künstler abwandte.

Der Maler warf in den Augen seiner Kritiker sprichwörtlich alle konventionellen Landschaftsauffassungen über Bord. Doch der Neu-Dresdner ließ sich von seiner innovativen Seh- und Malweise nicht abbringen, zumal er ab 1810 auch auf die große Wertschätzung des Preußenkönigs verweisen konnte.

Friedrich schuf weitere Meisterwerke im neuen Stil. Das reichte bis zum Bild „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ von 1819, das als Freundschafts-, Sehnsuchts- und Hoffnungsbild gilt. Der Künstler hatte sich zwischendurch als Patriot im antinapoleonischen Befreiungskampf positioniert, was dafür sorgte, dass er lange nicht die ersehnte Professur an der Akademie erhielt.

1818 heiratete er zur Überraschung aller Freunde. Die Auserwählte des pommerschen Grüblers, tieferreligiösen Fürstenfeindes und Einzelgängers war die um 19 Jahre jüngere Caroline Brunner. Mit ihr unternahm er eine ausgedehnte Hochzeitsreise zu Verwandten in Neubrandenburg, Wolgast und Greifswald mit einem Abstecher auf die geliebte Insel Rügen.

Beide hatten anschließend drei Kinder und zogen in das größere Haus in der Straße An der Elbe 33 um, wo sich dann auch der norwegische Maler Johan Christian Clausen Dahl nach seiner Italienreise einfand. Beide Malerfreunde arbeiteten eng zusammen, erfüllten gemeinsam Aufträge und beteiligten sich an Ausstellungen, wobei der Malerfürst aus Pommern seine Landschaftsauffassung gegen die des Deutsch-Römers Joseph Anton Koch, der verstärkt in Mode kam, behauptete. Erst 1824 bekam Friedrich wie Dahl eine Assoziierte Professur. Aber ein Lehramt an der Akademie bekamen beide nicht. Stattdessen pilgerten Studenten in das private Atelier An der Elbe 33.

Doch Friedrich kränkelte ab Ende der 1820er Jahre im zunehmenden Maße. Bildankäufe des russischen Zaren ermöglichten ihm Kuren, die aber keine Besserung brachten. Ein Schlaganfall und die Lähmung der rechten Hand begleiteten das Leid der letzten Lebensjahre. Als Höhepunkte seines Spätwerkes gelten die Werke „Das große Gehege“ und „Lebensstufen“. In beiden Bildern ist der goldgelb überströmte Himmel der wirkliche Träger des Ausdrucks. Friedrich starb am 7. Mai 1840 in Dresden. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Trinitatisfriedhof.

Später in Vergessenheit geraten

Seine Witwe und Kinder erlebten danach wirtschaftliche Not. Der Verstorbene und sein Werk fielen parallel bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts ins Tal des Vergessens. Selbst die „Pommersche Kunstgeschichte“ von Franz Kugler erwähnte den einst so bekannten Künstler aus Pommern mit keiner Silbe. Erst der norwegische Historiker Andreas Aubert stieß bei seinen Nachforschungen zu Dahl auch auf Friedrich und löste mit seinen Veröffentlichungen eine Wiederentdeckung des „Revolutionärs der Landschaftsmalerei“ aus.

Der „Rehabilitierung“ folgte die Kommerzialisierung“ und 1974, zum 200. Jahrestag der Geburt des Malers, begann der offene Ausbruch einer deutschlandweiten Friedrich-Begeisterung, was die Preise seiner Werke in die Höhe steigen ließ. Seitdem gibt es international ein gesteigertes Interesse an Friedrich.

Das Geburtshaus Friedrichs in Greifswald in der Lange Straße 57 wurde nach der Wende mit Mitteln der Bundesregierung restauriert und zum „Caspar-David-Friedrich-Zentrum“ ausgebaut, das als

Ausstellungs-, Dokumentations- und Forschungsstätte dient.

2023 gelang es der Klassik Stiftung Weimar, den Kunstsammlungen Dresden und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit Unterstützung zahlreicher Förderer auf einer Auktion das „Karlsruher Skizzenbuch“ zu erwerben. Es ist eines von 20 Skizzenbüchern des berühmten Künstlers, von denen nur sechs erhalten geblieben sind. Dieses Werk ist nach erster Präsentation in Berlin in Dresden und ab 22. November in der Ausstellung „Caspar David Friedrich, Goethe und die Romantik“ in Weimar zu sehen.

Die aktuelle Dresdner Friedrich-Schau, die bis zum 5. Januar 2025 im Albertinum unter dem Titel „Wo alles begann“ mit einer Parallelausstellung im Dresdner Kupferstichkabinett läuft, präsentiert Friedrichs Werke in Gegenüberstellung mit Werken von Zeitgenossen, seines Umfeldes und seiner Schüler. Außer den Bildern aus den Dresdner Beständen sind Leihgaben aus anderen deutschen und internationalen Museen wie Wien und Madrid zu sehen. Zur Ausstellung gibt es einen Katalog und ein umfangreiches Begleitprogramm. Das Dresdner Albertinum ist außer am Montag täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Nach den Ausstellungs-Höhepunkten in Deutschland plant das Metropolitan Museum of Art in New York für 2025 eine große Retrospektive zu Friedrich.

Ausstellungstermine:

Greifswald, Pommersches Landesmuseum: „Sehnsuchtsorte“, vom 18. August bis zum 6. Oktober;
Dresden, im Residenzschloss: „Caspar David Friedrich – Der Zeichner“, vom 24. August bis 17. November;
Dresden, Albertinum: „Wo alles begann“ vom 24. August bis 5. Januar 2025;
Weimar, im Schillermuseum: „Caspar David Friedrich, Goethe und die Romantik in Weimar“, Sonderausstellung vom 22. November bis 2. März 2025;
Frankfurt am Main, Deutsches Romantik-Museum, Gemäldekabinett der Romantik im Frankfurter Goethe-Haus: „Herr Friedrich wird zornig“, vom 29. August bis 20. November;
New York, Metropolitan Museum of Art vom 8. Februar bis 11. Mai 2025: „Caspar David Friedrich: Die Seele der Natur (The Soul of Nature)“, die erste umfassende Ausstellung in den Vereinigten Staaten.

MELDUNGEN

Stipendium, Fahrrad und Preußenkönig

Stettin – Das Fahrrad für die Odermetropole, das „Stettiner Stadtfahrrad“, erfreut sich großer Beliebtheit. 2014 begann alles mit 32 Ausleihstationen und über 300 Leihrädern. Heute sind es bereits 123 Stationen und fast 900 Leihfahrräder. In den zehn Jahren gab es 3,5 Millionen Ausleihen. TS

Anklam – Am 26. September findet ein Wirtschaftsforum zum Hanfanbau statt. Neben Potentialen und Wertschöpfungskette wird auch die historische Bedeutung des Hanfs in der pommerschen Region Thema eines Beitrages von Olaf Strauß von der Hochschule Neubrandenburg sein. TS

Köslin – Auf einem Grundstück Richtung Groß Möllen wurden Teile des Denkmals Friedrich Wilhelm I. gefunden, welches einst auf dem Kösliner Markt stand. Was mit dem Abbild des preußischen Königs, dem Köslin den Wiederaufbau nach dem Brand 1718 verdankte, passiert, ist offen. TS

Demmin – Nachdem sich die Freunde der plattdeutschen Sprache am 27. August um 15 Uhr in der Hanse-Bibliothek zum Thema „Schautied – von Scheulern und Lierer“ austauschten, sind an der plattdeutschen Sprache Interessierte wieder am 24. September zum Mitreden eingeladen. TS

Bütow – Elche, eigentlich aus Ostpreußen bekannt, dringen weiter in Richtung Westen vor. Nur 25 Kilometer von Bütow entfernt kollidierte jüngst ein Pkw mit einem Elch, der auf die Straße rannte. Der Pkw prallte gegen einen Baum, der Fahrer verstarb noch am Unfallort. TS

Greifswald – Die Stadt hat eine Haushaltssperre verhängt, da in der Stadtkasse 9,5 Millionen Euro fehlen. Grund sind geringere Gewerbesteuererinnahme und Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich, weil Greifswald um 3000 Bürger geschrumpft sei. Das Schrumpfen wird angezweifelt. TS

Kolberg – Nachdem die Schiffflinie Kolberg-Nexø auf Bornholm 2020 aufgegeben wurde, gibt es für 2025 Pläne zur Wiederaufnahme des Fährbetriebes. Eine weitere Verbindung von Pommern nach Dänemark besteht zwischen Sassnitz auf Rügen und Rønne auf Bornholm. TS

Rügen – Am 20. August kam es zu einem tödlicher Reitunfall in Bubkevitz. Das Pferd einer 14-jährigen Reiterin, die am Ende einer Gruppe ritt, scheute, als sich ein Traktor von hinten näherte. Die Jugendliche fiel vom Pferd und wurde trotz des Ausweichversuches des Traktors von dessen Grubber überrollt. TS

Stettin – Das Deutsche Kulturforum östliches Europa schreibt in Zusammenarbeit mit der Stadt Stettin [Urząd Miasta Szczecin] und der Pommerschen Bibliothek [Książnica Pomorska] ein von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotiertes Stipendium eines Stadtschreibers/einer Stadtschreiberin in Stettin für das Jahr 2025 aus. Bewerbungsschluss ist der 18. Oktober 2024. Interessenten können ihre Bewerbungsunterlagen in elektronischer Form per E-Mail senden an: deutsches@kulturforum.info. Bewerbungsformulare gibt es im Internet unter: www.kulturforum.info

„Wo bleibt der Verstand?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke für die interessanten und informativen Artikel im Ostpreußenteil!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: „Kant und Brachert beim ‚Tag des Bernsteins‘“ und: „Warum willst Du bloß nach Ostpreußen fahren?“ (Nr. 31)



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UNGLAUBWÜRDIGE STIFTUNG?
ZU: TURM DER GARNISONSKIRCHE WIRD FEIERLICH EINGEWEIHT (NR. 33)

Den Kritikern der Potsdamer Turmeröffnung sei gesagt, dass sie in zweierlei Weise argumentativ fehlen:

Erstens gibt es zur aufgeladenen Kritik an dem Kirchenbau, der aus Sicht der Kritiker von der Niemöller-Stiftung sozusagen der Kulminationspunkt des deutschen Militarismus sei, keinerlei historische Zwänge, die von Preußen zu Hitler führten. Alle diesbezüglichen ideologischen Versuche sind nur verständlich, wenn man die ideologisch-historische Kopfwäsche der Siegermächte durchlebt und sich von der historischen Wahrheit abgekoppelt hat.

Und zweitens sei zu beachten, dass der Namensgeber der Stiftung schon ein Beispiel für blitzschnelles Wenden in den politischen Zeiten von 1933 bis 1948 ist. Wer unter solch einem Dach aus Schießscharten zielt, sollte sich erst mal seiner eigenen Herkunft vergewissern.

Niemöller hat in den 1930er Jahren „das Dritte Reich als die große Gottesgabe an das deutsche Volk“ gepriesen. In der sogenannten „Bekennenden Kirche“ hat er die „Barmer Erklärung“ mit ihrer nie diskutierten V. These zusammen mit Karl Barth, Hans Asmussen und anderen verfasst und somit die „totalitäre Verfassung des Staates religiös gerechtfertigt“. Sein Busenfreund Asmussen hat in dem Buch „Kreuz und Reich“ das religiös-politische Verständnis der „Barmer“ umrissen. In solcherlei Dunstkreis bewegte sich der Namensgeber.

Ein Jahr nach Kriegsende hatte Niemöller die Denkschrift „Wir rufen Deutschland zu Gott“ verfasst, wo nun Schuld eingestanden und Reue und Buße vom Fußvolk gefordert wird. Dabei hat er 1937 in einer, gemeinsam mit Otto Dibelius verfassten gleichnamigen Schrift wesentliche Teile der Denkschrift an Hitler „Die Anrede an den Staat“ von 1936 revidiert und „das Dasein des starken Staates freudig begrüßt“ und sich sogar darauf be-

rufen, dass das Bekenntnis der Heiligen Schrift diese Aussage begründe.

Nach der „Bußsynode von Treysa“ konnten Niemöller und Asmussen kraft des „Reichsgesetzes über die Verfassung der DEK“ sich im Jahr 1933 noch schnell die Besoldungsgruppen B7 „zuschancen“, bevor die Alliierten 1947 das Gesetz wieder „kassierten“.

Hier in Treysa haben sich die Schuldigen kraft der Alliierten und des niederländischen Weltkirchenrates Willem Adolf Visser ’t Hooft aus ihrer eigenen Schuldbeladenheit herausheben lassen zu neuem Beginnen: das zivilreligiöse Projekt zu vollenden, um damit sich wieder unweigerlich an den Staat zu binden und ihm das religiöse Dekor für seine „Vollkommenheit“ umzuwerfen.

Karl-Heinz Berndt, Wittstock

UNTRAGBARE MINISTERIN?
ZU: PRÄMIEN STATT KNAST? (NR.33)

Diese Innenministerin ist ihrer Aufgabe einfach nicht gewachsen. Man kann zu den Inhalten der von ihr zunächst verbotenen Zeitschrift „Compact“ stehen, wie man will, und auch zu der AfD, aber eine Ministerin, die mit fragwürdigen Begründungen, an deren Rechtmäßigkeit auch ein Bundesgericht offensichtlich zweifelt, massiv in die Pressefreiheit eingreift, rüttelt an den Grundfesten der Demokratie.

Hatte diese Kämpferin gegen die Meinungsfreiheit sich doch schon früher mit einer Regenbogenarmbinde öffentlich lächerlich gemacht, so kommt jetzt nach dem unausgegorenen „Compact“-Verbot noch der weltfremde Vorschlag, Messer mit mehr als sechs Zentimetern Klinglänge zu verbieten.

Nancy Faeser sollte zurücktreten und uns von ihrem wirren Tun erlösen. Sie schadet dem Ansehen ihres Amtes. Ihr blinder Aktionismus zeigt nur, dass sie völlig überfordert ist. War schon die Ex-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht untragbar, so ist sie es erst recht.

Helge Scheibe, Nordenham

WO BLEIBT DER VERSTAND?
ZU: DROGEN-LEGALISIERUNG: ANFANG VOM ENDE (NR. 31)

Die Cannabis-Legalisierung ist eine der größten politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die verheerenden Folgen dieses Irrsinns und dieses Denkfehlers werden bald deutlich zutage treten.

Warum bedenken Politiker oft nicht das Ende und die Konsequenzen ihres Handelns? Wo bleibt der Verstand?

Zukünftig wird die Polizei mit erheblich mehr Arbeitsaufwand belastet werden, weil es ständig zu Verstößen gegen das Cannabis-Gesetz kommen wird. Die Anzahl der zu behandelnden Süchtigen wird dramatisch zunehmen. Also werden auch die Ausgaben der Krankenkassen steigen. Auch die unter Cannabis-Einfluss verursachten Verkehrsunfälle werden sich erhöhen. Die Volksgesundheit wird untergraben.

Fazit: Die irrwitzige Cannabis-Legalisierung löst kein Problem, sondern schafft neue. Es ist ein Stück aus dem Tollhaus

Uwe Spahr, Elmshorn

GENIES AUS KÖNIGSBERG
ZU: „EIN LEUCHTTURM DER MATHEMATIK-GENIES“ (NR. 30)

Der Artikel (über Absolventen der Königsberger Albertus-Universität, d. Red.) gibt einen interessanten Einblick in die mathematische Wissenschaft, welcher sich besonders auf Königsberg und Göttingen konzentriert. Zwei Königsberger, David Hilbert und Hermann Minkowski, lehrten später in der Universität Göttingen. Hilbert hat mit seinem Mathematischen Institut wohl maßgeblich mit dazu beigetragen, dass Göttingen zeitweilig das Weltzentrum der Mathematik war. Und Minkowski hat die mathematischen Grundlagen für Albert Einsteins Relativitätstheorie gelegt.

Es gibt aber noch einen Mathematiker, der von Königsberg (mit Zwischen-

station in Kiel) nach Göttingen gegangen ist. Und das ist Theodor Kaluza (1885–1954). Das Besondere an Kaluza ist, dass er die fünfte Dimension eingefordert hat. Er ist damit über das vierdimensionale Raum-Zeit-Kontinuum nach Einstein und Minkowski hinausgegangen. Anfangs zeigte Einstein Interesse an Kaluzas Ideen. Später rückte er davon wieder ab. Kaluzas Ideen sind bis heute nicht von der offiziellen Wissenschaft anerkannt worden. Man versteift sich darauf, dass es nur vier Dimensionen gibt, nämlich die Länge, Breite, Höhe und Zeit.

Nun gibt es aber ein gravierendes Problem. Die Quantenphysik nach Max Planck und Einsteins Relativitätstheorie sind wissenschaftlich nicht vereinbar. Da klafft eine Lücke, die von der Wissenschaft nicht geschlossen werden kann. Sollte der Grund darin liegen, dass die Quantenphysik nicht in das vierdimensionale Raum-Zeit-Kontinuum eingefügt werden kann? Braucht man für die Quantenphysik doch fünf Dimensionen? Aber solange die Schulwissenschaft sich gegen das mehrdimensionale Denken sperrt, wird sie dieses Problem nicht lösen können.

Der Göttinger Großraum scheint jedoch für mehrdimensionales Denken prädestiniert zur sein. Denn nach dem Krieg hatte sich im benachbarten Northheim der Physiker Burkhard Heim niedergelassen. Er hat ein sechsdimensionales Weltbild entworfen, das er später sogar auf zwölf Dimensionen erweitert hat. Dafür musste er eigens eine ganz neue Mathematik entwickeln.

Manche halten Burkhard Heim für den größten Physiker aller Zeiten und behaupten, er habe alle physikalischen Probleme gelöst. Aber auch ihm wird die offizielle wissenschaftliche Anerkennung versagt. Warum ist diese strikte Ablehnung des mehrdimensionalen Denkens in Deutschland so ausgeprägt? Wird hier aus beamtenrechtlichen Gründen der wissenschaftliche Fortschritt behindert? In Amerika ist man für die höheren Dimensionen viel aufgeschlossener.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

GESCHÄFTSLEBEN

Eine Geschichte, die Mut macht

Aufschwung dank Internetauftritten – Wie ein älterer Kölner Antiquar und eine junge Bekannte eine Buchhandlung retteten

VON ANSGAR LANGE

Viele Menschen fühlen sich heute von einem Übermaß an schlechten Nachrichten regelrecht erschlagen. Kriege und Krisen überall auf der Welt setzen uns zu. Nichts scheint in diesem Land mehr richtig zu funktionieren. Die Bahn kommt zu spät oder gar nicht, die Infrastruktur ist marode, der Bildungsstand und die Fertigkeiten im Lesen und Schreiben gerade bei jüngeren Menschen nehmen kontinuierlich ab.

Die Geschichte über den Kölner Antiquar Klaus Willbrand könnte auch eine solche negative Erzählung sein, von denen wir eigentlich genug haben. Der inzwischen 83-jährige Herr betreibt seit über 20 Jahren ein von außen eher unscheinbares Antiquariat in einer ruhigen Straße in Köln-Sülz. Lange Zeit ging es ihm wie anderen Antiquaren und Besitzern von kleineren Buchhandlungen auch. Die Geschäfte liefen mehr schlecht als recht. Immer weniger Kunden verirrt sich in seinen Laden, wo rund 25.000 Bücher ihr Zuhause haben. Die Corona-Pandemie war dem Geschäft auch nicht gerade zuträglich.

Ein mögliches Ende dieser Geschichte wäre: „Resignierter und frustrierter Antiquar schließt nach über 20 Jahren sein Geschäft. Kunden blieben aus.“ Doch die Geschichte verlief ganz anders. Am 30. März veröffentlichte Klaus Willbrand, von der äußeren Erscheinung her ein typischer „Gelehrter“ mit schütterem, längerem Haar und meist in Hemd und Jackett gekleidet, sein erstes Video bei Instagram: „Hallo, ich bin Klaus Willbrand, 82 Jahre, und führe dieses Buchantiquariat bereits seit über 20 Jahren. Ich freue mich sehr über Besuch und gute Gespräche.“ Dieser erste Beitrag gefiel fast 9000 Leuten und erhielt bis dato fast 80 Kommentare.

Alt und Jung hatten sich zusammengetan, um gemeinsam eine Erfolgsgeschichte zu schreiben oder zumindest zu versuchen. Denn auf die Idee, sich als ei-

gentlich analoger Mensch auch bei Instagram, YouTube und TikTok zu tummeln, brachte Klaus Willbrand seine junge Bekannte Daria Razumovych, die sich berufsbedingt mit Social Media auskennt. Seit diesem Tag vor rund fünf Monaten nehmen die beiden regelmäßig kleine Videos auf, die nicht nachträglich großartig bearbeitet, sondern ungefiltert gesendet werden.

Und dies genau macht vielleicht den Reiz aus. Hier versucht kein Senior, möglichst fit, hip oder gut auszusehen. Hier spricht ein hochqualifizierter Buchhändler, der in seinem Leben nach eigenen Angaben rund 6000 Bücher gelesen hat, über das, von dem er viel versteht: über die Literatur. Er tut dies in einem völlig beiläufigen Plauderton, verrät hin und wieder seine Vorlieben (zum Beispiel Heinrich Heines „Buch der Lieder“), belehrt nicht, kritisiert nicht, will seine Zuschauer und Zuhörer nicht erziehen. Im besten Fall verführt er sie durch seine charmante, etwas aus der Zeit gefallene Art zum Lesen – und natürlich zum Kaufen.

Hermann Hesse mag er nicht

Denn inzwischen läuft das Antiquariat in der Nähe der Kölner Universität in der Straße Weyertal 17 wieder richtig gut, so dass der Besitzer, der in den 1960er Jahren seine Lehre in der Kölner Buchhandlung Witsch machte, so schnell nicht mehr ans Aufhören denkt. Natürlich spielt im fortgeschrittenen Alter die Gesundheit immer eine wichtige Rolle. Doch es ist sicher auch eine schöne Erkenntnis, dass das eigene Lebenswerk irgendwann vielleicht mal in jüngere Hände übergehen kann. Über seine junge Freundin Daria sagte er daher im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, dass sie den Laden später vielleicht mal übernehmen wolle: „Aber im Moment ist sie Lektorin und selbstständige Digitalberaterin.“

Auf Instagram folgen inzwischen fast 100.000 Personen den Literaturtipps Willbrands. Sein immenses Wissen basiert auf jahrzehntelanger Arbeit in der



Kölner Bücherwurm: Klaus Willbrand in seinem Antiquariat Foto: Tassilo Boßmann

Buchbranche. In jungen Jahren hatte er sich darüber hinaus auch mal eine längere Auszeit genommen, um tagtäglich rund zwölf Stunden ausschließlich zu lesen. Es ist immer wieder das gleiche Spiel: Seine Mitstreiterin liest ihm die Fragen vor, die

ihm seine inzwischen vielen „Follower“ stellen. Das können ganz persönliche Fragen sein wie, wann er in Rente gehe. Aber meist dreht es sich um Bücher. Willbrand sagt, welche Werke der deutschen, englischen, französischen oder russischen Lite-

ratur man gelesen haben sollte. Er stellt einzelne Autoren wie zum Beispiel den vor 50 Jahren gestorbenen Erich Kästner vor. Und er erläutert, warum er Hermann Hesse für überschätzt hält. Zwischen- durch werden kleine Rätsel eingestreut. Willbrand selbst ist ein großer Rätselfan und hat vor vielen Jahren eine eigene Rätselzeitschrift herausgegeben.

Warum kommt dieser charmant kauzig wirkende Kölner Buchhändler so gut an? Das liegt zum einen sicher daran, dass seine rund 50 Jahre jüngere Bekannte weiß, wie die modernen Medienplattformen zu bespielen sind. Zum anderen liegt dies aber sicher auch an der persönlichen Note. Es ist einfach eine schöne Geschichte, dass sich hier zwei Menschen generationenübergreifend daran gemacht haben, etwas Werbung für das alte Kulturgut Buch zu machen – und dabei noch ein Geschäft retteten.

Und auch wenn Willbrand, der sich auf Philosophie und die modernen Klassiker des 20. Jahrhunderts spezialisiert hat, zwischen reiner Unterhaltungsliteratur und „ernster“ Literatur trennt, die durchaus mit Anstrengung verbunden sei, wirkt sein Auftritt völlig anstrengungslos und tiefenentspannt. Wenn einem der alte Deutschpauker zur Lektüre von Goethes „Faust“ nötigen wollte, fand man dies vielleicht langweilig und überflüssig. Bei dem freundlich blickenden älteren Herrn mit dem Seidenschal wirkt der Rat hingegen echt, einfach und authentisch.

Der „David“ aus Köln-Sülz wird sogar von einem „Goliath“ aus Berlin ernst genommen: dem 1950 von Peter Suhrkamp gegründeten und lange Jahre von Siegfried Unseld geleiteten Suhrkamp Verlag. Auf der Internetseite des Verlages finden sich alle von Willbrand in seinen Videos vorgestellten Bücher, die in den Verlagen Suhrkamp und Insel erschienen sind.

Wenn es so schöne Geschichten gibt, dann ist es um die Lesekultur in Deutschland vielleicht doch gar nicht so schlecht bestellt, wie dies die Pisa-Berichte immer wieder suggerieren.

KÜNSTLERLEBEN

Zum Teufel mit dem Korsett

Eine selbstbewusste und unangepasste Frau: Emilie Flöge, die Muse des Jugendstilmalers Gustav Klimt, wurde vor 150 Jahren geboren

Das erste Bildnis, das der Wiener Maler Gustav Klimt von seiner Muse Emilie Flöge anfertigte, ist wenig bekannt. Es datiert aus dem Jahr 1891. Das Porträt ist in natürlichen Farben gehalten, der Stil realistisch. Sowohl der Künstler wie auch die 17-jährige Emilie stehen damals am Anfang ihres kreativen Schaffens. Weltbekannt dagegen ist das Werk Klimts aus dem Jahr 1902, auf dem Emilie in einem blauen Kleid zu sehen ist. Den Kopf hoch erhoben, drückt Emilies Haltung Selbstbewusstsein aus. Der Stil: typisch Klimt und geprägt vom Jugendstil.

In den elf Jahren, die zwischen diesen beiden Werken liegt, haben beide eine große Entwicklung erfahren. Doch die Meilensteine ihrer Karrieren, die stets ein wenig miteinander verknüpft sind, liegen noch vor ihnen. Flöge wird Mode aus Stoffen Schneiderin, für die der Maler zum Teil die Muster entwirft. Klimt wird durch seine Muse zu einigen seiner wichtigsten Werke inspiriert. Auch in seinem weltberühmten Werk „Der Kuss“ wird er Emilie abbilden.

Emilie Flöge, die am 30. August 1874 in Wien geborene Tochter eines Tischler-

meisters, war eine Pionierin und eine der faszinierendsten Figuren der Wiener Moderne. Die innovative Kleidung, die Flöge entwarf, gehörte zu ihrer Art der weiblichen Revolution. Etwas überzeichnet könnte man sagen: Sie war eine Rebellin, eine Vivienne Westwood ihrer Zeit. In einer Zeit, in der Frauen kaum die Möglichkeit hatten, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, schuf sie sich ihren eigenen Platz in der Welt – mutig, entschlossen und kompromisslos.

Zusammen mit ihren Schwestern Helene und Pauline eröffnete die geschäftstüchtige Emilie im Jahr 1904 den Modestalon „Schwestern Flöge“ in Wien, der rasch zum Zentrum der Avantgarde und des guten Geschmacks wurde.

Chefin von 80 Angestellten

Die Mode der Flöges war ausgefallen und revolutionär. Emilie, die jüngste der Schwestern, war der kreative Kopf der Firma. Bei ihren Entwürfen vereinte sie künstlerische Vision mit emanzipatorischem Geist. Ihr Reformkleid war der strikte Gegenentwurf zur gängigen Mode. Ihre Motivation: Die Befreiung der Frau

vom Korsett. Dabei ging es durchaus nicht nur um das Korsett in der Mode, das damals gerade schwer angesagt war und den Frauen die Atmung erschwerte. Auch das

Korsett aus gesellschaftlichen Konventionen mochte Emilie nicht akzeptieren. Sie strebte nach Befreiung, nach selbstbestimmter Lebensführung.



Frau Kapitän im selbstentworfenen Kleid: Emilie Flöge mit Gustav Klimt im Ruderboot auf dem Attersee um 1909/10 Foto: pa/brandstaetter images/Austrian Archives

Emilie pflegte Kontakte zu vielen Künstlern unterschiedlicher Bereiche. Als Muse und Frau an der Seite des Malers Klimt setzte sie sich mutig über die gesellschaftlich vorgesehenen Formen des Zusammenlebens hinweg. Sie lebte unverheiratet. Als Managerin des Familienunternehmens mit 80 Angestellten reiste sie viel, unter anderem nach Paris, um die neuen Modetrends zu erfahren. Kurz: Flöge lebte ein selbstbestimmtes Leben wie nur wenige Frauen zu ihrer Zeit.

Die Sommermonate verbrachte sie von 1904 bis 1916 gemeinsam mit Klimt am Attersee im Salzburger Land. Fotos, aufgenommen während der Sommerfrische, zeigen sie stets in einem ihrer Reformkleider, Klimt stets im Malerkittel.

Das Miteinander der beiden war ein radikaler Bruch mit den Konventionen. Flöge gilt als Lebensgefährtin des Malers. Klimt pflegte jedoch viele sexuelle Beziehungen, unter anderem zu seinen Modellen, auch zeitgleich. Seine sieben anerkannten Kinder sind Zeugnis dieses freizügigen Lebensstils. Auch nach heutigen Maßstäben war es alles andere als ein gewöhnliches Leben. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Basis für eine neue Politik?

Der Politikwissenschaftler Christian Mölling ist stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Leiter des DGAP-Zentrums für Sicherheit und Verteidigung in Berlin. Er gehört zum Kreis jener Experten, die seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine regelmäßig öffentlich in Erscheinung treten. In diesem Zusammenhang legt Mölling jetzt das Buch „Fragile Sicherheit“ vor, dessen Zweck darin besteht, eine neue deutsche Sicherheitsstrategie zu skizzieren, die neben den gegenwärtigen gleichermaßen die zu erwartenden künftigen Konflikte und Machtverschiebungen berücksichtigt.

Allerdings kann man geteilter Meinung darüber sein, ob Möllings zehn Empfehlungen an den „überforderten Staat“ geeignet sind, als theoretische Basis für eine sicherheitspolitische Wende in Deutschland zu dienen. Immerhin operiert der Autor vielfach nur mit Floskeln, wenn es um das „neue Betriebssystem“ der Innen- und Außenpolitik oder einen „nachhaltigen Frieden“ geht. Dazu kommen Verweise auf die „Klimakrise“, die angeblich die „größte Sicherheitsbedrohung“ überhaupt darstelle. Denn letztlich ist es doch genau umgekehrt: Die Ressourcenverschwendung zugunsten des „Klimaschutzes“ erschwert die Finanzierung einer vernünftigen Sicherheitspolitik. *Wolfgang Kaufmann*



Christian Mölling: „Fragile Sicherheit. Das Ende des Friedens und die neue Konfliktordnung“, Herder Verlag, Freiburg 2023, broschiert, 223 Seiten, 20 Euro

Wissenswertes über das Herz

Der Herzspezialist Arunagirinathan war schon als Kind von dem Organ Herz fasziniert. Zielstrebig und allen Hindernissen zum Trotz schaffte er es, damit seine berufliche Zukunft zu finden. Mit fachlicher Kompetenz, aber einfachen Beschreibungen erklärt er in seinem Buch „Herzensdinge“ die Funktion des Herzens, auch im Zusammenhang mit den anderen Organen. Herzkrankheiten sind vielfältig, und der Autor legt dem Leser ans Herz, sich um sein wichtigstes Organ zu kümmern und auf ausgewogene Ernährung und Sport zu achten. Er gibt Tipps, wie man lange gesund bleiben kann und wie man sich bei einer Krankheit verhalten soll. Wichtig sei es vor allem, auf den Blutdruck zu achten und nach Verschreibung das Medikament auch zu nehmen. Den Arztbesuch soll das Buch aber nicht ersetzen. Zu den medizinischen Besonderheiten des Herzens gibt es noch viele andere wichtige Informationen. Es ist ein nützliches Buch und sollte von jedem, der gesund bleiben möchte, zu Rate gezogen werden. *Angela Selke*



Umes Arunagirinathan: „Herzensdinge“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, Taschenbuch, 300 Seiten, 18 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Herrliches Istrien

Ein Italien, das nicht Italien ist, und ein wenig erhalten gebliebener k.-u.-k.-Charme. Der Baedeker-Reiseführer zeigt Orte auf der kroatischen Halbinsel, die zu entdecken sich lohnt

Kroatien lockt mit vielen Urlaubsregionen, die aufgrund ihrer wechselvollen Geschichte unterschiedlicher nicht sein könnten. Istrien bezaubert mit Einflüssen, die sich aus seiner Zugehörigkeit zu Italien erhalten haben, aber auch mit kaiserlichem Charme in den Orten der

Kvarner Bucht, an denen die Großen und Mächtigen von einst, aber auch berühmte Schauspieler ihre Ferien verbrachten. Der „Baedeker“ enthält neben zahlreichen Fotos und wichtigen Informationen nebst herausnehmbarer Karte viele praktische Tipps. *MRK*



Veronika Wengert: „Baedeker Istrien. Kvarner Bucht“, MairDumont Verlag, Ostfildern, 9. aktualisierte Auflage 2024, flexibler Einband, 354 Seiten, 21,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Leben im Schatten einer Glashütte

Ivonne Hübner erzählt in ihrem Roman „Aus Salz und Asche“ vor dem Hintergrund der Ereignisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einer großen Liebe

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Niederschlesien im Jahr 1905: Tommi, der erst fünfjährige Sohn des Hüttenmeisters der nahen Glashütte, verliert seine Mutter, die viel Verständnis für das zarte Wesen des Jungen aufgebracht hatte. Das Leben in dem Dorf ist von der harten Arbeit auf der Hütte und den ärmlichen Verhältnissen der Bevölkerung geprägt. Auch die Kinder müssen – obwohl offiziell verboten – in der Fabrik arbeiten.

Der Alltag besteht aus Entbehrungen und Gefahren durch fehlenden Arbeitsschutz. Tommis älterer Bruder stirbt wie viele andere Jungen, weil Krankheitserreger in seinen Körper gelangt waren. Beim Glasblasen hatte er sich nicht die Lippen eingefettet, was der Vater ihm immer wieder eingeschärft hatte. Bei dem arbeitsteiligen Vorgang des Glasblasens wurde das Rohr von einem zum anderen weitergereicht. Auf diese Weise infizierten sich die Kinder. Ein schwerer Unfall auf der Hütte bedroht zudem die Position des Hüttenmeisters, den die Fabrikleitung dafür verantwortlich macht.

Als eines Tages Elli, die Tochter des Fabrikanten Seibert auf der Bildfläche erscheint, soll das Tommis Leben grundlegend verändern. Die Begegnung ist der Grundstein für eine große Liebesgeschichte, von der beide noch nichts ahnen. Zunächst stehen die beiden Kinder sich feindlich gegenüber, da beide aus unterschiedlichen Welten kommen. Mit seinen blonden Zöpfen und weißen Klei-

dern passt das Mädchen nicht in die graue Umgebung. Für Tommi unerklärlich, übt Elli dennoch eine Faszination auf ihn aus, die sich im Laufe der Zeit zu einer innigen Freundschaft und schließlich einer – verbotenen – Liebe vertieft.

Parallel zu der Liebesgeschichte wirken sich die politischen Ereignisse, insbesondere der Erste Weltkrieg, auch auf das Provinzdorf aus. Immer mehr Fabrikarbeiter werden zum Kriegsdienst geholt, was sich auf die Geschäfte der bislang florierenden Glashütte verheerend auswirkt. Auch Tommi, der seit Langem schon die Absicht verfolgte, der Glasbläserei den Rücken zu kehren, holt eines Tages die Einberufung ein.

Ivonne Hübner, die selbst in der niederschlesischen Oberlausitz verwurzelt ist und in dem Haus des ehemaligen Gemeinemeisters der nahe gelegenen Glashütte lebt, erzählt in ihrem Roman „Aus Salz und Asche“ einfühlsam und spannend von den unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, von einer verlorenen Welt fernab der großen Zentren in einer Zeit des Umbruchs, die sonst wenig Beachtung findet.



Ivonne Hübner: „Aus Salz und Asche“, dtv, München 2023, gebunden, 575 Seiten, 24 Euro

ARCHÄOLOGIE

Siegeszug einer ägyptischen Büste

Der Historiker Sebastian Conrad spürt der Faszination nach, welche die berühmte Skulptur der Königin Nofretete weltweit ausgelöst hat

VON DIRK KLOSE

Nofretete ist eine Ikone für zeitlose Schönheit. Die im Jahr 1912 in den am mittleren Nil gelegenen Amarna-Gräbern entdeckte, seit 1924 in Berlin ausgestellte Büste der ägyptischen Königin (Gattin des Pharaos Echnaton im 14. Jh. v. Chr.) hat einen Siegeszug um die Welt angetreten wie kaum ein zweites Kunstwerk. Besucher strömen deswegen ins Berliner Neue Museum, und zahllose Pop- und Filmstars benutzen ein ägyptisches Outfit zur Selbstdarstellung.

Der Heidelberger Historiker Sebastian Conrad hat die globale Karriere der schönen Königin nachgezeichnet. Er gliedert sein Buch in drei Themen: Zu Beginn berichtet er über die Entdeckung der Büste am 6. Dezember 1912, nicht durch den deutschen Archäologen Ludwig Borchardt, sondern durch den arabischen Vorarbeiter Amad al-Sanusi. Hat Borchardt getrickst, um den kostbaren Fund nach Deutschland zu bringen? Darüber geht der Streit bis heute. Die Büste stand jahrelang beim Mäzen der Grabungen, James Simon, bis er sie 1924 an die Berliner Museen gab, was sofort eine ungeheure Begeisterung entfachte. Alle Bemühungen Ägyptens, die Büste zurückzubekommen, scheiterten, einmal in letzter Sekunde am Einspruch Hitlers (er sei „verliebt“ in die Büste), dann 1952, obwohl das Auswärtige Amt in Bonn darauf drängte.

Der zweite und wohl aufregendste Teil befasst sich mit der weltweiten Wirkung

Nofretetes. Sie wurde zu einem Schönheitsideal, das nicht nur Kunst und Film, sondern auch die Kosmetik- und Textilindustrie beflügelte. Viele Länder bezogen sich auf sie die ägyptische Kultur als Ursprung aller Zivilisation. In Brasilien wurde der Amazonas „unser Nil“, ähnlich sprach US-Präsident Lincoln über den Mississippi. In China sah man Gemeinsamkeiten zwischen Hieroglyphen und chinesischen Schriftzeichen, im indischen Bengalen einen Ursprung von Ägyptern und Hindus. In unseren Tagen streitet die afroamerikanische Kultur, ob Nofretete schwarz oder weiß gewesen sei.

Das vielleicht „gefährlichste“ Thema gilt der Frage der Restitution von Kulturgütern. Erste Anfänge hat auch Deutschland mit der Rückgabe von Benin-Bronzen an Nigeria gemacht. Ob Nofretete noch lange die „älteste Dame von Berlin“ bleiben wird? Sicher scheint das nicht!

Dem Autor ist mit „Die Königin. Nofretetes globale Karriere“ ein Buch gelungen, das wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und zugleich ungemein spannend zu lesen ist. Vermutlich hat ihm die schöne ägyptische Königin die Feder geführt.



Sebastian Conrad: „Die Königin. Nofretetes globale Karriere“, Propyläen Verlag, Berlin 2024, gebunden, 378 Seiten, 29 Euro

KÖNIGSBERG

Als ein Preuße Kindern half, über Wasser zu bleiben

Ein orange leuchtender Beitrag, um nicht zu ertrinken: Vor 60 Jahren erfand Bernhard Markwitz die weltberühmten Schwimmflügel

VON KONSTANTIN RASDORSKY

Die Sommerferien sind in weiten Teilen der Bundesrepublik bereits zu Ende gegangen. Für die meisten waren die letzten Wochen voll mit schönen Erinnerungen, allen voran an Sonne, Strand und Meer. Dazu gehören natürlich auch Gegenstände, die wir beinahe automatisch mit diesen Urlaubsgedanken verbinden wie beispielsweise Sonnenbrille, Sonnencreme, Badehose und Bikini, Schwimmflossen, Tauchermaske und vieles weitere mehr. Sind dann noch kleine Kinder mit im Strandspiel, dann kommt man an einem Utensil beinahe gar nicht mehr vorbei, eines, das vor 60 Jahren von einem klugen Mann aus Königsberg erfunden wurde.

Als DLRG-Rettungsschwimmer Bernhard Markwitz seine Erfindung im Sommer 1964 seinen Kollegen vorstellte, glaubten diese zunächst nicht an deren Erfolg. Doch heute, sechs Jahrzehnte später, wird seine ebenso einfache wie zugleich effektive Erfindung von annähernd allen Kindern auf der ganzen Welt genutzt, die noch nicht schwimmen können, oder die Nase noch nicht sicher genug über Wasser halten können. Es handelt sich um Schwimmflügel.

Als die Tochter fast ertrank

Markwitz wurde am 3. November 1920 in Königsberg geboren, wo seine Familie im Hotelgewerbe tätig war. Seine Jugend fiel in die Zeit des Zweiten Weltkriegs, während der er in der Wehrmacht diente. Bei Kriegsende geriet er in englische Kriegsgefangenschaft. Nach der Entlassung konnte er jedoch nicht in seine Heimat zurückkehren, die mittlerweile Teil der Sowjetunion geworden war. Markwitz blieb daher in der britischen Besatzungszone und ließ sich in Hamburg nieder. Als er Anfang der 1950er Jahre mit seiner Familie in den Stadtteil Winterhude zog, hätte er nicht gedacht, dass ein gewöhnlicher Goldfischteich in seinem Garten sein Leben nachhaltig beeinflussen würde. Denn 1956 wäre seine damals dreijährige Tochter Annette darin fast ertrunken.

„Ich erinnere mich, dass meine Lieblingsgießkanne ins Wasser fiel, und ich nicht zögerte, ihr zu folgen“, erinnerte sie sich Jahrzehnte später in einer NDR-Dokumentation. Glücklicherweise wurde das plötzliche Verschwinden des Mädchens augenblicklich vom Vater bemerkt, der sie gerade noch rechtzeitig aus dem Wasser zog.

Nach dem großen Schrecken schwor sich Markwitz, alles zu tun, um Kinder vor solchen Gefahren zu bewahren: „Aus Dankbarkeit gegenüber dem Herrn im Himmel habe ich mir geschworen, dass ich jedem Kind helfe, sich über Wasser zu halten.“ Für ihn war es ohnehin eine alltägliche Angelegenheit. Markwitz, der an der Ostsee aufgewachsen war, liebte das Meer. Er konnte von Kindesbeinen an gut schwimmen und tauchen, und mit 17 Jahren war er bereits Rettungsschwimmer, nachdem er die entsprechende Ausbildung erhalten hatte. Ab 1949 arbeitete er bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Ortsgruppe Hamburg, und leitete sogar mehrere Jahre deren Bezirksverband Alster.

„Schwimmer“ auf den Schultern

Ab 1957 begann Markwitz, Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren Schwimmunterricht zu erteilen, wobei er Methoden anwandte, die er aufgrund seiner eigenen Erfahrungen selbst entwickelt hatte. Doch der dramatische Vorfall mit seiner Tochter ging ihm nicht aus dem Kopf, und er fragte sich, aus welchen Materialien



Bernhard Markwitz aus Königsberg: Erfand die Schwimmflügel und rettete so viele Kinderleben

Foto: Barbara Dombrowski/laif

man eine wirksame Rettungsvorrichtung entwickeln könnte. Dieses Problem beschäftigte die Menschen schon seit der Antike – schon weit vor unserer Zeitrechnung benutzten beispielsweise assyrische Krieger Ledersäcke oder Blasen großer Tiere, um den Fluss zu überqueren.

Im 20. Jahrhundert beschränkte man sich auf Korkgürtel, mit denen es aber ein ernstes Problem gab. Es bestand immer die Gefahr, dass ein solcher Gurt bis auf Bauchhöhe herunterrutschte, der Oberkörper aus dem Gleichgewicht geriet und der Kopf des Kindes unter Wasser geriet. Befinden sich in der Folge die Füße über dem Kopf, wird verhindert, dass das Kind in seine ursprüngliche Position zurückkehrt und somit sinkt.

Das Leben ist eine Lotterie

Markwitz überlegte daher, wie er technisch sicherstellen konnte, dass der Kopf eines Kindes immer über Wasser bleibt. Und so kam er auf die Idee, zwei „Schwimmer“ auf dem Schulterteil der Arme zu platzieren. Zunächst experimentierte er mit Schläuchen von Kinderfahrrädern. Das Prinzip funktionierte grundsätzlich, die Tragfähigkeit von Gummischläuchen ist jedoch eindeutig unzureichend. Auf der Suche nach einem geeigneten Material stieß Markwitz eines Tages auf PVC (Polyvinylchlorid, auch Polychlorvinyl genannt). Dieser damals noch relativ neue Kunststoff passte perfekt zu seinen Zielen und Vorhaben.

Nun musste Markwitz die sekundären Probleme lösen – damit sich der Kunststoffschlauch nicht selbst verengt und die

Blutzufuhr zur Schulter unterbricht, nicht an der Haut des Kindes reibt und keine Luft verliert, wenn der Ventilstopfen verrutscht.

150

Millionen BEMA-Schwimmflügel wurden in den ersten 30 Jahren in der ganzen Welt verkauft. Die Schwimmhilfen wurden so erfolgreich, dass vor allem auf dem US-amerikanischen Markt Plagiate produziert wurden

Es schien von der Theorie her einfach zu sein, aber Markwitz hat dennoch acht Jahre lang an seinen funktionellen Armbinden gearbeitet. Ein echter preußischer Charakter, der mit Akribie und Verantwortungsbewusstsein zu Werke ging. Zu Hause hatte er seine PVC-Prototypen erfolgreich getestet, und die Massenproduktion hätte beginnen können. Aber woher sollte das Geld für sein ehrgeiziges Projekt kommen? Markwitz selbst verfügte nicht über die nötigen finanziellen Mittel. Die Sportartikelhersteller waren skeptisch, sodass der Erfinder nur Absagen erhielt: „Niemand glaubte, dass zwei Luftsäcke einen Menschen über Wasser halten könnten. Wie sich herausstellte, muss

man daher manchmal einfach an das Schicksal glauben, das Glück ein Stück weit herausfordern und Lotto spielen. Die Chance auf einen Gewinn ist zwar immer äußerst gering, aber im richtigen Moment gewann Markwitz 253.000 Mark. Ein glücklicher Volltreffer genau zur rechten Zeit. Denn das Geld investierte er in seine Armluftbänder. Kurz darauf gründete Markwitz die Firma BEMA, deren Name sich aus den Anfangsbuchstaben seines Vor- und Nachnamens zusammensetzt.

Ein schwieriger Start

Am 13. Juni 1964 wurden die orangefarbenen „BEMA-Schwimmflügel“ in einem Schwimmbad im Hamburger Stadtteil Ohlsdorf erstmals offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt, wobei die Markwitz-Kinder Annette und Rainer als Testpersonen fungierten. Im Oktober meldete Markwitz seine Erfindung beim Patentamt an und erhielt daraufhin die entsprechende Patenturkunde.

Der Verkauf begann noch im selben Jahr. Der Preis der Neuheit war durchaus erschwinglich: Auf der internationalen Bootsmesse in Hamburg im Januar 1965 wurden die neonorangefarbenen Rettungsschwimmer-Armbänder für 7,85 Mark pro Set verkauft. Doch der Handel lief schleppend. Das Publikum traute dem neuen Produkt zunächst nicht und bezeichnete es spöttisch als „aufblasbare Würstchen“. Auch in den Hamburger Schwimmbädern durften Markwitz' Schwimmflügel, die für viele damals noch wie aufblasbare Gummitiere aussahen, zunächst nicht eingesetzt werden.

1970 sagte Markwitz einem Korrespondenten vom „Hamburger Abendblatt“: „Jede Woche erhalte ich etwa 60 Anfragen, warum unser Produkt in Hamburger Schwimmbädern eigentlich verboten ist. Es wird bereits überall auf der Welt eingesetzt, von Frankreich bis zu den Fid-schi-Inseln, aber aus irgendeinem Grund wird es hier nicht verwendet.“ Die Redaktion veröffentlichte Leserbriefe, in denen Leser berichteten, dass das Schwimmbadpersonal ihnen nicht erlaubte, ihre eigenen, von der DLRG ausdrücklich empfohlenen Schwimmhilfen zu benutzen. Das Personal berief sich auf angeblich hygienische Bedenken.

Ein weltweiter Triumph

Trotz aller Schwierigkeiten setzte Markwitz alles daran, seine Erfindung mit der Beharrlichkeit eines echten Preußen zu vermarkten. Er hatte seine Erfindung immer dabei und ließ keine Gelegenheit aus, sie vorzuführen. Beim Familienurlaub im Schwimmbad oder am Strand ließ er sie alle testen. Jeder konnte sehen, dass die Schwimmflügel sogar Erwachsene über Wasser halten können.

Mit der Zeit trug die Beharrlichkeit des Erfinders erste Früchte. Die Hamburger Armbänder traten zunehmend ihren Siegeszug um die Welt an. Bis Mitte der 1990er Jahre wurden rund 150 Millionen Exemplare verkauft. Der Erfolg zeigte sich auch darin, dass Markwitz bereits mit Plagiaten zu kämpfen hatte, vor allem auf dem US-Markt. Doch die Originale waren den Kopien immer einen Schritt voraus. Denn Markwitz verbesserte sein Produkt permanent und entwickelte darüber hinaus neue Hilfsmittel zum Schwimmenlernen, wofür er 1982 das Bundesverdienstkreuz erhielt.

Die DLRG-Experten betonen immer wieder, wie wichtig es ist, schwimmen zu lernen, da keine Schwimmhilfe absolute Sicherheit garantieren kann. Die Markwitzschen Schwimmflügel würden zwar sehr gut helfen, sich über Wasser zu halten, sind aber kein Ersatz für das Schwimmernlernen. Und heutzutage sind sie beim Schwimmunterricht eher unnötig, da sie die Bewegung der Arme einschränken. Daher werden heute im Unterricht eher Hilfsmittel wie Schwimnudeln (aus Ethylenvinylacetat) verwendet.

Doch das Engagement des Entwicklers und die Hilfe durch die Schwimmflügel, die maßgeblich zur Sicherheit der Kinder im Wasser beigetragen haben, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gegenüber dem NDR sagte Markwitz 1996, er fühle sich weniger als Erfinder und Unternehmer, wie er oft genannt werde, sondern vielmehr als Beschützer und Retter der Kinder.

Retter aus Königsberg

Dabei ist Markwitz nicht der einzige gebürtige Ostpreuße, der sich aktiv in der DLRG engagiert hat. Rainer Szimke war einer der Gründer der Ortsgruppe des Deutschen Rettungsdienstes in Staden-sen (Niedersachsen). Im Jahr 2013 zeichnete die DLRG Ahrensburg (Schleswig-Holstein) ihr ältestes Mitglied Hannelore Smidt mit der Ehrennadel in Gold aus. Die in Königsberg geborene Ex-Rektorin der Reesenbüttler Grundschule ist seit 70 Jahren Mitglied der Organisation.

Markwitz' Leben endete am 10. Februar 2000, als er nach einer Herzoperation starb. Noch im selben Jahr wurde die BEMA von der Hamburger Firma Wehncke Freizeit gekauft, wobei Markwitz' Frau Gisela noch einige Zeit Geschäftsführerin blieb. Seit 2016 besitzt der Bremer Spielwarenhändler Happy People die Rechte an der Marke BEMA.

● AUFGESCHNAPPT

Im in der Debatte über die ausländerrechtlichen Versäumnisse um den Messermörder von Solingen hat eine andere regionale Affäre über illegale Einreisen große bundesweite Aufmerksamkeit erregt. Mithilfe von Parteispenden hat sich laut Verdacht der Staatsanwaltschaft eine Schleuserbande Zugang zu nordrhein-westfälischen Politikern und Mitgliedern der Verwaltung verschafft. In Erklärungsnot geraten sind sowohl Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) als auch Solingens Oberbürgermeister Tim Kurzbach (SPD) sowie „16 Beschuldigte aus dem Umfeld kommunaler Ämter“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt. An Kurzbach und Reul sollen Parteispenden in Höhe von 20.000 und knapp 30.000 Euro von den Schleusern geflossen sein. Reul bestätigt sogar ein persönliches Treffen mit dem Kopf der Schleuserbande, beteuert aber, völlig arglos gewesen zu sein. Die Bande besorgte wohlhabenden Personen aus China und dem Oman Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Björn Harms nimmt bei „Nius.de“ (26. August) die Forderung von CDU-Chef Friedrich Merz unter die Lupe, nach Syrien und Afghanistan abzuschieben, einen Aufnahmestopp für diese Länder zu verhängen, dauerhafte Grenzkontrollen einzuführen und die Regeln der Dublin-Verordnung wieder in Kraft zu setzen:

„Wie glaubwürdig ist jedoch diese Forderung, wenn in CDU-geführten Bundesländern wie Berlin sogar ‚Winterabschiebestopps‘ eingeführt wurden und CDU-Ministerpräsidenten wie Daniel Günther (Schleswig-Holstein) oder Hendrik Wüst (Nordrhein-Westfalen) mit derselben Inbrunst wie jeder beliebige Ampel-Politiker von der ‚offenen‘ und ‚vielfältigen‘ Gesellschaft träumen? Zudem stellt sich die Frage: Mit welchem Koalitionspartner möchte Merz auf lange Sicht diese Forderungen umsetzen?“

Roland Tichy verwirft auf „Tichys Einblick“ (26. August) den nach Solingen wieder oft zu hörenden Vorwurf, der Staat habe versagt. Die Wahrheit sei viel schlimmer:

„Es ist kein Versagen. Es ist erklärte Absicht. Der Bürger soll endgültig schutzlos gemacht werden. Sobald er seinen geschützten Raum verlässt, ist er verlassen und auf sich gestellt, der Staat degradiert ihn zum Opfer für jene Männer, die dieser Staat ins Land holt. Sie fliehen nicht, sie werden geholt. Per Schiff über das Mittelmeer oder per Baerbock-Airline aus Afghanistan.“

CDU-Veteran Wolfgang Bosbach nimmt die Bluttat von Solingen im Gespräch mit der „Welt“ (26. August) zum Anlass für einen dringenden Appell:

„Wenn mir jetzt einer sagt: Das hat aber mit der aktuellen Migrationspolitik der letzten Jahre überhaupt nichts zu tun, dann sage ich: Leute, öffnet mal eure Augen, enttabuisiert mal die Probleme. Die Debatte über kürzere Klingen bei Messern ist auch Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Und die Leute wissen das. Und ich habe die Befürchtung, dass die Politikblase in Berlin mittlerweile weit entfernt ist von dem, was ein Großteil der Bevölkerung tatsächlich denkt. Im Westen traut man es sich nicht, das offen zu sagen. Im Osten sieht das anders aus.“

Entschieden widerspricht Hugo Müller-Vogg der SPD-Co-Chefin Saskia Esken, die in der Sendung von Karen Miosga (Das Erste, 25. August) gesagt hatte, aus Solingen könne man „nicht viel lernen“. Im „Focus“ (26. August) schreibt er:

„Nein, Frau Esken, aus Solingen lässt sich sehr viel lernen! Vor allem muss die Politik sich eingestehen, dass der gutmenschliche Glaube an die ‚Bereicherung‘ unseres Landes durch möglichst viele Flüchtlinge ein schrecklicher Irrtum war. Deshalb kann, nein darf es nicht so weitergehen, wie bisher.“

● WORT DER WOCHE

„Die ganze Welt lacht über diese Clowns.“

Marc Faber, Schweizer Börsenlegende, gegenüber dem Börsenportal von „Focus online“ am 25. August über das globale Ansehen der Ampelregierung

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Stunde der Nebelwerfer

Wie Scholz die Verantwortung loswerden will, und was an der Messerdebatte so nützlich ist

VON HANS HECKEL

Kraftvolle Worte sind es, die unser Bundeskanzler dem Schlächter von Solingen entgegenschleudert: Gegen den 26-jährigen Syrer müsse man mit „der ganzen Härte des Gesetzes vorgehen“, rief Scholz nach der Bluttat aus. Welch klare Ansage, fand ich ganz spontan. Sie nicht? Nein? Nun, Ihr Misstrauen rührt vielleicht daher, dass Sie darüber nachgedacht haben, wen Scholz mit „man“ eigentlich meint.

Für die Rechtsprechung sind bekanntlich nicht Politiker sondern Gerichte zuständig. Mit bewundernswerter Gerissenheit hat der Kanzler mit seinem Satz nichts anderes getan, als die Hauptverantwortung von der Politik auf Justiz und Polizei abzuwälzen. Und es kommt noch abgefimter: Wenn Richter und Polizisten mit „ganzer Härte“ solchen Leuten wie dem Täter von Solingen zu Leibe rücken wollen, scheitern sie regelmäßig in jenem Gesetzesdschungel, den Politiker wie Scholz und seinesgleichen seit Jahrzehnten eifrig angepflanzt haben. Die Akte von Issa al Hasan liest sich wie eine Safari durch dieses von der Politik angerichtete Dickicht.

Wenn es dann wieder nichts geworden ist mit der Zurückweisung an der Grenze oder der Abschiebung (klappt fast nie), dann jammern ausgerechnet Politiker, dass den staatlichen Organen „leider, leider gesetzlich die Hände gebunden sind“. Gebunden von den Gesetzen, welche die Politiker selbst geschaffen haben. Es ist, als ob man jemandem Arme und Beine fesselt und dann ausruft: „So, und jetzt mach gefälligst einen Purzelbaum, hopp, hopp! Kannst du nicht? Ach ja, dir sind ja Arme und Beine gebunden. Wie schade! Na, denn eben nicht.“

Genau das ahnen die von Solingen schockierten Deutschen bereits. Nämlich dass dieses „Na denn eben nicht“ am Ende wieder übrig bleiben wird und sich auch nach dieser Gräueltat nichts ändert, nachdem die steilen Reden verklungen und die Landtagswahlen im September überstanden sind.

In der Tat lässt die Regierung bereits durchblicken, dass sie entschlossen ist, die Probleme mit Asyl und Einwanderung weiter schleifen zu lassen, um sie noch zu vergrößern. Das Ziel ist schließlich, dass Deutschland sich „drastisch verändern“ möge (Katrin Göring-Eckart im Dezember 2015), und da will man auch nach Solingen noch viel weiter

vorankommen. Das ist, so die Hoffnung, nur vorübergehend schwieriger geworden, weil die jüngste Bluttat unerfreulich hohe Wellen geschlagen hat.

Also holen die Verantwortlichen alles an Nebelkerzen aus dem Schrank, was sie finden können. Kanzler Scholz warnt inbrünstig vor einer „Spaltung der Gesellschaft“. Das sagt einer, der gleichzeitig Leute ins Land lässt (oder holt), die „gespaltener“ zu allem, was uns wertvoll ist, gar nicht stehen könnten.

Auf diese Asylsucher zielt der Spruch denn auch gar nicht, wie Faeser uns enthüllt: Wir sollten uns nicht spalten lassen von denen, die „Hass säen“. Damit meint die Ministerin jene dunklen Gestalten, die schon seit vielen, vielen Jahren vor exakt dem warnen, was sich jetzt unter unseren entsetzten Blicken abspielt. Das sind die „Spalter“, vor denen wir uns hüten sollen – Solingen als Fanal für den „Kampf gegen Rechts“, sozusagen.

Devise: Frechheit siegt!

Ob das gut ankommt bei den Deutschen? Jede Nebelkerze ist irgendwann ausgebrannt und verströmt nur noch muffigen Geruch. Das mit dem „Spalten“ und dem „Säen“ stinkt sogar schon richtig und vernebelt gar nichts mehr, zu offensichtlich ist die Manipulation. Scholz ahnt das und hat daher noch etwas Neues mitgebracht, nämlich seinen „Zorn“, und der gelte diesmal nicht den „Rechten“, sondern tatsächlich „den Islamisten“. Allerhand! Der Kanzler ahnt aber, dass sein „Zorn“ allein dem Publikum nicht mehr reichen dürfte und setzt noch einen drauf nach der erfolgreichen Devise: Frechheit siegt!

Bei seinem Besuch in Solingen fordert Scholz, es müsse mehr abgeschoben werden. Das hatte er schon im Oktober 2023 im „Spiegel“ gesagt, um nur drei Monate später Demos gegen ein Privattreffen anzuführen, auf dem genau das, mehr Abschiebungen nämlich, diskutiert worden war. Nun dreht er sich schon wieder, als sei nichts gewesen. Kein Wunder, dass viele Deutsche ziemlich aus der Puste geraten bei dem Versuch, ihrem Regierungschef bei dessen wieselflinker Hakenschlägerei zu folgen. Auf welcher Position werden wir ihn morgen finden?

Des Kanzlers Innenministerin hatte schon vor dem Massaker in der „Klingenstadt“ an einem verschärften Messerverbot gewerkelt und schob die Idee jetzt noch einmal bedeutungsschwanger auf die Bühne. Nun, auf dem „Festival der Vielfalt“ in Solingen galt ein sol-

Die „Spalter“ der Gesellschaft sind für Faeser jene, die schon seit vielen Jahren vor exakt dem warnen, was sich jetzt unter unseren entsetzten Blicken abspielt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de